„Was wir verloren haben, darf nicht verloren sein!“

Ostland

Wochenschrift für die gesamte Ostmark

Herausgegeben von E. Ginschel und Dr. Franz Lüdtke in Berlin.

Erscheint wöchentl. einmal. **Bezug:** Durch die Post vierteljährl. 1.20 M. **Einzelnummer** 20 Pf. u. 5 Pf. Postgebühr. **Anzeigenpreis:** Für jeden Millimeter Höhe der 6gespalt. Zeile 30 Pf., bei Familien-, Ortsgruppen- u. Stellen-Anz. 20 Pf., bei Anz. im Anschluß an den Text auf Textbreite 1.20 M.

Nr. 14. | Berlin, 5. April 1929. | 10. Jahrg.

Stand des Schlußentschädigungs-Verfahrens.

Das Reichsentschädigungsamt hat bis einschließlich Sonnabend den **30.** März in Fällen **unter 20 000 M.** Grundschaden erledigt: **92 501** Fälle mit Entschädigungsbeträgen von zusammen rund **186 700 000 M. Ausgezahlt** wurden in **79 675** Fällen rund **174 600 000 M.**

In Schadensfällen **über 20 000 M.** wurde die Schlußentschädigung festgestellt in **29 105** Fällen mit Entschädigungsbeträgen von zusammen **670 000 000 M.** Ins Schuldbuch eingetragen wurden **25 152** Fälle mit zusammen **581 300 000 M.**

Die osteuropäischen Grenzen sind unhaltbar.

Der englische Zeitungskönig Lord Rothermere ist nun auch für Abänderung der deutsch-polnischen Grenze und die Beseitigung des Korridors.

Wie schon bei früheren Gelegenheiten, so hat auch bei der Zehnjahrfeier des Deutschen Ostbundes im Herrenhause kürzlich Bundespräsident Ginschel darauf hingewiesen, daß es wichtig ist, die Aussprache über die Notwendigkeit der Abänderung der deutsch-polnischen Grenze im In- und Auslande ständig im Fluß zu erhalten, damit die Ansprüche auf Abänderung dieser Grenze für rechtzeitig angemeldet gelten, wenn es zu der Abänderung der Grenzen in Osteuropa aus irgendeinem Grunde kommt, was früher oder später sicher der Fall sein wird. Er hat dabei auf die Aktion Lord Rothermeres in London hingewiesen, die im vorigen Jahre in der ganzen Welt Aufsehen erregte. Ursprünglich setzte sich der Bruder und Erbe Lord Northcliffs erst durch eine Reihe von Artikeln in der Londoner „Daily Mail“ und dann in zahllosen anderen Zeitungen hauptsächlich für die Wiederherstellung Ungarns, namentlich gegenüber der Tschechoslowakei, ein. Neuerdings setzt er den damit begonnenen Feldzug fort, indem er eine neue Aufsatzreihe in der „Daily News“, dem Hauptorgan der englischen Liberalen, beginnt, verbreitert aber jetzt die Grundlage seiner Bestrebungen sehr bedeutend, indem er in schärfster Weise betont, daß und warum die durch die Friedensverträge geschaffenen Verhältnisse in ganz Osteuropa unmöglich und unerträglich sind und schleunigst geändert werden müssen, wenn sie nicht die Ursache eines neuen Weltkrieges werden sollen.

Dreieinhalb Millionen Ungarn, so sagt Rothermere, seien heute gezwungen, vor den Toren der ungarischen Grenzen zu leben. Zehn Jahre lang habe man die Leute systematisch mißhandelt, unterdrückt und ausgeplündert. Könne sich da ein Mensch wohl wundern, wenn diese Leute jetzt erklärten, auch eine neuer Krieg könne ihnen keine größeren Leiden bringen als der sogenannte Friede?!

Pfarrer Lic. Georg Richter in Gollantsch,
der am 20. v. M. seinen 70. Geburtstag feierte, nebst Frau.
(Text siehe „Ostland“ Nr. 12, Seite 164.)

Österreich, so fährt Lord Rothermere fort, habe durch den Frieden von Saint Germain eine Armut durch 10 Jahre erlitten, die eine ungeheuer starke kommunistische Partei in Wien hervorgerufen habe. **Die Österreicher erblickten in dem Anschluß an Deutschland den einzigen Ausweg aus ihrer Lage;** sollte man aber den Versuch machen, solche Pläne zu verwirklichen, dann sei Europa wieder — dank der mangelnden Voraussicht seiner Staatsmänner — der Gefahr eines Krieges nahe.

Dasselbe gelte für die deutschen Verhältnisse. Jeder verständige Mensch, so führt er aus, sieht die kommenden Kriegsgefahren, wenn er an die östlichen Grenzlinien Deutschlands denkt und dabei gewahr wird, wie Ostpreußen durch den Weichselkorridor, dieses plumpe Mittel, den Polen den Zutritt zur Ostsee zu geben, vom übrigen Deutschland abgetrennt ist.

Zum Schluß kommt ein Appell an Chamberlain und die Feststellung, daß England mit Besorgnis darauf warte, daß sein Außenminister die Führung bei der **Beseitigung der tötlichen Gefahren** übernimmt, die die **Fehler der Friedensverträge in Europa** zurückgelassen haben.

Lord Rothermere ist der mächtigste Zeitungsmann der Welt. Er ist imstande, nicht nur in England, sondern durch direkte und indirekte Beziehungen auch in den englischen Kolonien, ja selbst in Amerika einflußreiche Blätter in Bewegung zu setzen, die seine Ideen in die Welt tragen. Mit welchen Erfolgen das geschehen kann, hat sein verstorbener Bruder Lord Northcliff während des Weltkrieges in einer für uns sehr fühlbaren Weise bewiesen. Wenn neben Lloyd George, der schon längst im Unterhause offen die Notwendigkeit, die Grenzverhältnisse in Osteuropa zu ändern und insbesondere auch die Unsinnigkeiten in der Grenzführung zwischen Deutschland und Polen zu beseitigen, ein Mann wie Lord Rothermere systematisch die Abänderung der Grenzen in Osteuropa verlangt, so ist das nicht nur ein Symptom für den Wandel der Anschauungen, der in dieser Hinsicht eingetreten ist, sondern vor allem eine wertvolle realpolitische Hilfe zur Verwirklichung des mit allen Mitteln zu erstrebenden Zieles, durch eine Neuordnung der Verhältnisse in Osteuropa einen neues Weltkrieg

zu verhüten und den europäischen und damit den Weltfrieden zu sichern.

Wenn ein in der Grenzmark Posen-Westpreußen erscheinendes Blatt zu dieser Fortsetzung der Aktion Lord Rothermeres bemerkt: „Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer!", so möchten wir demgegenüber darauf hinweisen, daß es sich hier nicht um eine vereinzelte Stellungnahme handelt, sondern daß seit der vor vielen Jahren erfolgten öffentlichen Stellungnahme der früheren Ministerpräsidenten Lloyd George und Nitti (Italien) in der ganzen Welt unausgesetzt Meinungsäußerungen veröffentlicht werden, die in gleicher Weise Stellung zu der Unmöglichkeit der osteuropäischen Grenzen nehmen. Diese Frage marschiert also auf der ganzen Linie. Sie wird nie wieder zur Ruhe kommen, bis sie gelöst wird. G.

*

Polen verlangt auch Pommern, Schlesien usw.!

Das Pilsudskiblatt „Glos Prawdy" setzte sich am 28. März in einem Leitartikel mit der „Kölnischen Zeitung" auseinander und schrieb dabei u. a.: Gegenüber den kindischen Behauptungen des Kölner Blattes müsse man feststellen, daß Deutsche und Polen nicht Freunde werden könnten, solange das Deutsche Reich unter dem Einfluß des preußischen Geistes seine habgierige Faust nach ethnographisch polnischen Gebieten, sei es in Schlesien oder Pommern (!) ausstrecke, solange die letzten Spuren dieser Absicht nicht von den in Berlin herausgegebenen **Landkarten des Deutschen Ostbundes** verschwunden seien. Man müsse dem westlichen Nachbarn nahelegen, sich endlich auf den Boden der durch den Versailler Vertrag gezogenen Grenzen zu stellen und seine tausendjährigen Eroberungsgelüste aufzugeben. Erst dann werde man ernsthaft über eine wirtschaftliche Annäherung zwischen Polen und Deutschland reden können. Der erste Schritt müsse von Deutschland ausgehen. Solange das nicht geschehen sei, behalte für die Polen die sprichwörtliche Feindschaft mit den Deutschen ihre Gültigkeit. — Das haben wir schon lange gewußt. Es ist aber gut, wenn die Richtigkeit unserer Überzeugung durch beachtliche polnische Stimmen immer wieder bestätigt wird. Zum Glück kommt es in dieser Frage nicht auf die Meinung der Polen allein an. Die Meinung der Welt aber ist, daß Polen nicht nur weiteres deutsches Land nicht erhalten darf, sondern daß die deutsch-polnische Grenze zugunsten Deutschlands geändert werden muß.

Fort mit dem Korridor!

Ostpreußens Landwirte an Danzig.

Der Landwirtschaftsverband Ostpreußen übersandte dem Danziger Landbunde zu seiner Tagung am 19. März in Danzig folgenden Gruß: „Sie dürfen versichert sein, daß wir uns mit Ihnen schicksalsverbunden fühlen und Ihren Bestrebungen vollen Erfolg wünschen. **Am Ziele unserer Wünsche steht die Wiedervereinigung mit Danzig, das wir trotz des Versailler Diktats immer als deutsches Land, immer als zu uns gehörig betrachten."** — Bravo!

Wieder ein französisches Buch gegen Polen.

Warnung eines Franzosen vor polnischer Begehrlichkeit.

Vor zwei Jahren hatte der französische Major Graf Olivier d'Etchegoyen seine Erlebnisse und Erfahrungen, die er während seines fünfjährigen Aufenthalts in Polen gesammelt hatte, in einer Schrift niedergelegt, die in deutscher Übersetzung den Titel führt: „Polens wahres Gesicht." (Leipzig, K. F. Koehler, 1927.) In diesem Buche warnte er seine Landsleute, die Polen allzu vertrauensvoll zu behandeln und ihnen allzuviel Gelder zur Verfügung zu stellen, denn in Geldangelegenheiten seien die Polen durchweg sehr unsichere Kantonisten. Man könne von den Polen sehr viel Grobheiten, ja Hohn und häßliche Schimpfworte erhalten, aber keine Rückzahlung eines Darlehns. Ganz besonders warnte er auch vor dem eingegangenen Bündnis mit Polen, das bei der Begehrlichkeit der Polen nach fremden Besitz leicht zu einer Gefahr für den Frieden werden könne.

In diesem Jahre ist unter dem Titel „Und morgen?" ein Buch von Pierre Valmigère erschienen, das die französische Politik gegenüber Deutschland und Polen behandelt. Auch in diesem Buche wird Frankreich vor Polen gewarnt und dem dringenden Wunsch Ausdruck gegeben, daß es zu einem deutsch-französischen Bündnis kommen möge, das dem Ideal der Gerechtigkeit und des Friedens entspreche, an welches das französische Volk glaube. Polen aber belaste schwer Frankreichs Schicksal. In der Einleitung dieses beachtenswerten Buches sagt der Verfasser wörtlich:

„Wie viele Franzosen wissen es, daß Polen noch lange nicht genug hat mit allem, was wir ihm gegeben haben? Selbst die polnischen Sozialisten wollen Schlesien von Beuthen bis Oppeln, die ganze Ukraine, Danzig und sogar Ostpreußen. Ich weiß, was ich sage, denn vor mir liegen die Reden polnischer Staatsmänner, polnischer Zeitungen, polnischer Bürger.

Und wir sollten um Polens willen einen künftigen Krieg mit Deutschland riskieren?

Wenn wir den Frieden wollen, dann müssen wir uns mit Deutschland vertragen. Begraben wir unseren alten Streit, die Zukunft muß auf neuer Grundlage aufgebaut werden; auf dem Fundament der Vernunft. Sagt nicht: Erst müssen wir alle Forderungen der Vergangenheit liquidieren. Nein, nein: Erst wollen wir Freunde werden, dann wird die Liquidation leichter sein als jetzt. Alle Schwierigkeiten erscheinen uns nur deshalb so groß, weil wir die Dinge immer nur innenpolitisch betrachten. Seht auf Deutschland! Mit ihm müssen wir Frieden haben. Wenn dieser Friede nicht geschaffen wird, dann ist ein Krieg in der Zukunft unvermeidlich..."

Es unterliegt keinem Zweifel, daß das französische Volk den Frieden haben will, daß aber seine Führer, mißtrauisch gegen Deutschland, für einen künftigen Krieg arbeiten. Auch das deutsche Volk ist durchaus friedlich gesinnt und wünscht keinen Waffengang gegen Frankreich. Eine friedliche Annäherung zwischen beiden Völkern kann aber nur erreicht werden, wenn das Mißtrauen beseitigt wird, das leider noch auf beiden Seiten besteht. Deutschland hat sich beim Abschluß des Locarno-Vertrages mit aller Entschiedenheit geweigert, eine Verpflichtung für ein Ostlocarno zu unterschreiben. Diese Weigerung ist ein Beweis ehrlicher Gesinnung und ein Fingerzeig, wie ein dauernder Friede zwischen Frankreich und Deutschland zu erreichen ist.

Hoffentlich findet auch das Buch Valmigères, eines mutigen Franzosen, die Beachtung in Frankreich und in Deutschland, die es verdient. G. L.

Foch und Polen.

Haßpredigt eines polnischen Priesters gegen die Deutschen.

Zum Gedächtnis des jüngst verstorbenen französischen Marschalls Foch hat in der Warschauer Kathedralkirche außer der amtlichen Trauerfeier ein großer öffentlicher Trauergottesdienst stattgefunden, zu dem die nationaldemokratische Partei und die ihr nahestehenden Verbände die Bevölkerung Warschaus geladen hatten. Nach der vom Warschauer Bischof zelebrierten Messe hielt der Prälat und Abgeordnete Nowakowski die Trauerrede. Er führte u. a. aus: Marschall Foch habe als bedeutendster Feldherr der Weltgeschichte (?!) die größte von germanischem Geist geschaffene Militärmacht besiegt, eine Macht, die von Eroberungsgier, Herrschsucht und einem höllischen Hochmut getrieben und erfüllt gewesen sei. Der Feind habe mit seinem protestantischen Einfluß und anti-katholischen Liberalismus Frankreich mit der Fäulnis moralischer Verderbtheit (!) zu erfüllen versucht. Der Apostel Paulus habe gesagt, der Gerechte wird seines Glaubens leben. Dieses Wort sei in Marschall Foch lebendig gewesen und habe sein Werk geleitet. **Im Weltkrieg hätten sich eigentlich nur zwei Mächte gegenübergestanden, einerseits Preußen als Brutstätte einer mit fremdem Blut, fremder Arbeit, fremden Tränen großgewachsenen und genährten Gewalt, deren höchster Grundsatz gewesen sei, daß Macht vor Recht gehe, und das diesen Sieg nur zur Festigung seiner traditionellen Eroberungsgier erstrebt habe. Andererseits Frankreich, das die Losung der Freiheit auf sein Banner der historischen Gerechtigkeit geschrieben habe. Marschall Foch, der in sich die Macht des katholischen Geistes verkörpert habe, habe den deutschen Moloch (!) besiegt, der auch die Polen unter seine Fahne haben zwingen wollen. Für diese Tat solle der Verstorbene gesegnet sein.**

Wie sagt doch Schiller? „Anders als sonst in Menschenköpfen malt sich in diesem Kopf die Welt!" Verschrobener und falscher kann man wohl Menschen und Dinge nicht darstellen, wie es in dieser Predigt geschehen ist, die den Marschall Foch, den erbitterten Feind Deutschlands, der unser Vaterland durchaus noch weiter zerreißen und das ganze linke Rheinufer Frankreich einverleiben wollte, der die Mitglieder der deutschen Friedensabordnung in brutalster Weise behandelte, als „den Sanftmütigen" bezeichnete!

Eine treffende Antwort.

In einem Leitartikel zur Verherrlichung des verstorbenen Marschalls Foch wirft der „Kurjer Poznánski" folgende Frage auf:

„Aber stellen wir uns einmal vor, was gekommen wäre, wenn Foch nicht gesiegt hätte. Was würde vor allem mit Polen geschehen sein?"

Darauf entgegnet die Bromberger „Deutsche Rundschau" sehr zutreffend:

„Auf die Frage, was wohl mit Polen geschehen wäre, wenn Foch nicht „gesiegt" hätte, geben wir die historisch einwandfreie Antwort: Polen war bereits vorher durch ungezählte deutsche Blutopfer im Kampf gegen den Zaren, im Kampf auch gegen alle anderen Völker, die unter Fochs Oberbefehl standen (Haller war damals noch nicht übergelaufen!), ein unabhängiges, freies Land geworden. Und wir erheben die Gegenfrage: Was wäre wohl mit Polen geschehen, wenn auch die Bundesgenossen Fochs im Osten den Waffenstillstand diktiert hätten? Vermutlich wäre dann auch das ehemals preußische Teilgebiet moskowitisch und bald darauf bolschewistisch geworden! — Der Tempel der Unabhängigkeit Polens wurde von deutschen Soldaten errichtet; Herr Foch baute höchstens einen Erker daran."

Die Verlotterung des Schulwesens in Polen.

Rückgang des deutschen Schulwesens in Polen im Lichte der Statistik.

Bei der Besprechung des Minderheitenschulwesens in Polen vor dem Unterrichtsausschuß des Sejm entwarf der deutsche Abgeordnete Dr. Prochnik ein erschütterndes Bild von dem aufsehenerregenden Rückgang des deutschen Schulwesens in Polen. An Hand statistischer Zahlen erbrachte er den Nachweis, daß das deutsche Schulwesen in Polen erschreckend rasch sich vermindert und dem Untergang entgegengeht. So betrug zum Beispiel die Zahl der deutschen Schulen im Jahre 1922 1101, 1923 901, 1924 765, 1925 631, 1926 534, 1927 431. In dem letzten Jahrfünft hat sich demnach die Zahl der deutschen Schulen um mehr als die Hälfte verringert. Auf 100 polnische Schulen kommen 37 staatliche Schulen, auf 100 Minderheitenschulen nur acht staatliche. Daraus sieht man, daß die Minderheiten den größten Teil ihrer Schulen selbst erhalten müssen. Aber auch gegen die deutschen Privatschulen führen die Polen einen rücksichtslosen Kampf, der darauf hinausgeht, auch diese Schulen, zu denen die Polen nicht einen roten Pfennig beizusteuern haben, zu vernichten. Sie wollen durchaus, daß die Deutschen ihrem Deutschtum entsagen und sich mit dem Polentum verschmelzen. Das wird ihnen jedoch niemals gelingen, zumal der Kulturunterschied zwischen Deutschen und Polen zu kraß in die Augen tritt.

G. L.

*

Polnische Schulnot.

200 000 schulpflichtige Kinder ohne Unterricht!

Polnische Blätter haben berechnet, daß im neuen Schuljahr in Polen 200 000 schulpflichtig werdende Kinder nicht aufgenommen werden können, da es an Schulräumen und Lehrkräften fehlt. Wahrscheinlich wird die Zahl sogar noch größer sein. Die Wochenschrift „Bluszcz" geht deshalb mit der Regierung scharf ins Gericht. Sie weist darauf hin, daß die weitaus größte Zahl dieser Kinder den untersten Bevölkerungsschichten angehört und daß ihre Verwahrlosung dadurch noch größer werden dürfte als das ohnehin der Fall ist.

Als sehr bezeichnend für die polnische Schulpolitik muß auch die folgende Meldung aus Rawitsch angesehen werden: „Nachdem schon seit Jahr und Tag **die Kinder aus Massel — deutsche und polnische — die Schulen in Rawitsch besuchen müssen,** und auch die bisherige Lehrerin die Wohnung im Schulgebäude geräumt hat, **wird das hübsche Schulhaus zu anderen Zwecken verpachtet."** — Echt polnische Wirtschaft!

Im Zeichen der Abrüstung.

Ungarische Blätter veröffentlichen eine interessante Statistik über die **Truppenstärke in den einzelnen Staaten.** Es stehen unter Waffen:

a) in den laut Friedensverträgen abgerüsteten Staaten, die angeblich „militaristisch" sind: in **Deutschland** 100 000, in Österreich 20 000, in Ungarn 35 000, in Bulgarien 19 000 Mann;

b) in den Ententestaaten, die angeblich „antimilitaristisch" sind: In Frankreich 227 500, in England 310 000, in Italien 356 000, in Belgien 66 800, in Sowjetrußland 1 050 000, in Polen 306 000, in der Tschechei 150 000, in Jugoslawien 143 000, in Rumänien 143 000 Mann.

Trotzdem heißt es immer wieder, daß der Friede durch Deutschland und Ungarn gefährdet werde!

Was ist in Polen los?

Polen ohne Finanzminister.

Nachdem erst am 8. März der polnische Finanzminister Czechowicz zurückgetreten war, weil der Sejm ihm wegen grober Überschreitung der Ausgaben das Vertrauen entzog und ihn vor den Staatsgerichtshof zu bringen beschloß, ist sein Nachfolger Dr. Grusinski während der Feiertage auch schon wieder zurückgetreten, und zwar angeblich auch wegen Überschreitungen des laufenden Haushalts (wahrscheinlich durch Pilsudski herbeigeführt, der in dieser Beziehung nach Belieben schaltet und waltet). Ferner will auch Ministerpräsident Bartel zurücktreten, Gesundheitsrücksichten vorschützend. Er hat Pilsudski mitgeteilt, daß er nicht in der Lage sei, die Umbildung des Kabinetts vorzunehmen. Er scheint also mit Pilsudski auch nicht mehr einig zu sein. Pilsudski will nun die Umbildung der Regierung offenbar selbst übernehmen. Jedenfalls führt er die Unterhandlungen einstweilen selbst. Zurücktreten sollen vor allem noch der Innen-, der Handels- und der Postminister.

Pilsudski wieder Ministerpräsident?

Der „Vossischen Zeitung" wird von ihrem Berichterstatter aus Warschau geschrieben: „Ganz offensichtlich findet um die Besetzung der maßgebenden Ministerposten weiterhin ein innerer Kampf im Pilsudski-Lager statt. Die Oppositionspresse verläßt sich darauf, daß der Staatspräsident Professor Moscicki die Ernennung eines radikalen Vertreters der sogenannten Oberstengruppe, die zu offen diktatorischen Regierungsformen übergehen will, ablehnen würde. Wahrscheinlich sprechen dabei in erster Reihe wirtschaftliche Rücksichten auf den Kredit Polens auf den ausländischen Geldmärkten mit.

Starken Bemühungen ist es in den letzten Tagen gelungen, den nach der Anklage des Finanzministers vor dem Staatsgerichtshof erheblich gesunkenen Kurs der polnischen Stabilisierungsanleihe in New York wieder um etwa einen Punkt zu heben.

Inzwischen bemühen sich einflußreiche Kreise, die Gegensätze im Regierungslager dadurch zu überbrücken, daß sie Pilsudski selbst noch einmal zur Annahme der Ministerpräsidentschaft bestimmen wollen."

Frankreich liefert Polen U-Boote.

Wie die kommunistische Pariser „Humanité" mitteilt, sind drei Hochsee-Unterseeboote für Polen auf einer französischen Werft in Le Havre im Bau.

Die polnischen Pfandbriefe.

Aus Paris wird gemeldet, daß dort Verhandlungen über die Gründung eines Zentralbankinstitutes für langfristige landwirtschaftliche Pfandbriefe in Polen schweben und vor dem Abschluß stehen. In polnischen Finanzkreisen verspricht man sich von der Gründung dieses Institutes große Vorteile und hofft, die polnischen Pfandbriefe, die bisher im Auslande nur ungern gekauft wurden, dann besser und rentabler unterbringen zu können.

Polen feiert einen neuen „Genfer Sieg".

Nachklänge zur Ulitz-Debatte.

Die gesamte polnische Presse feiert die Entscheidung des Völkerbundsrates zum Fall Ulitz als einen zweiten großen Sieg Polens über Deutschland. Die Warschauer polnischen Blätter sagen, der hauptsächlich gegen Polen gerichtete Plan Stresemanns, die Minderheiten unter Deutschlands Fittiche zu nehmen und ihren Kampf gegen die Regierungen zu führen, sei vollkommen zusammengebrochen. Die Kattowitzer „Polska Zachodnia" schreibt: Die letzten zwei Jahre polnischer Außenpolitik hätten Polen aus seiner Rolle als Angeklagter in die Rolle eines Staates gebracht, der angehört wird. Ulitz werde vor das polnische Gericht gestellt. Den Deutschen in Ostoberschlesien sei „kein Unrecht" geschehen, daher die deutsche Niederlage in Genf.

Ulitz aus der Haft entlassen.

Der Vorsitzende des Deutschen Volksbundes in Ostoberschlesien, Sejm-Abgeordneter Ulitz, wurde auf Antrag seines Verteidigers gegen eine Kaution von 70 000 Zloty am Ostersonnabend aus der Haft entlassen.

Die Bromberger Mühlen.

Die früheren Seehandlungsmühlen in Bromberg hat jetzt die staatliche polnische Getreide-Gesellschaft in Lublin übernommen. In zwei ihrer großen Speicher sollen staatliche Getreidereserven aufgestapelt werden.

Und wo bleibt der Osten?

Die Sanierung der Schichau-Werke.

Der Zweckverband der nordostdeutschen Industrie- und Handelskammern Stolp-Elbing-Schneidemühl hat zu der Frage der Sanierung der Schichau-Werke in Elbing folgendes Telegramm an den Reichskanzler gerichtet:

„Nationalpolitische und bevölkerungspolitische Gesichtspunkte erfordern **unbedingt Erhaltung von Schichau.** Die Ostpreußenhilfe erstrebt unter anderem Siedlung, und zwar mit außerordentlichen Mitteln. Stillegung der Schichaubetriebe bedeutet dagegen **Abwanderung von Tausenden von Menschen aus Ostpreußen.** Auch intensivere, kostspielige Siedlung kann diesen Menschenverlust in vielen Jahren nicht einbringen. Unterbringung der Industriearbeiter in landwirtschaftlichen Siedlungen ist aber erfahrungsgemäß unmöglich. Der spätere Ausgleich der durch eine Stillegung von Schichau herbeigeführten Schäden wird erheblich größere Aufwendungen erfordern als Erhaltung der Werke. Wir befürworten daher wärmstens Schichausanierung."

Die schwierige Lage der Schichau-Werft hat bereits die ganze Stadt Elbing in Mitleidenschaft gezogen. Der städtische Haushaltsplan von Elbing weist für 1929 ein Defizit von fast einer halben Million Mark auf, das nur durch Einsparung von teilweise dringend erforderlichen Ausgaben und Hereinnahme der letzten Reserven in Höhe von 500 000 Mark beseitigt werden könnte. Dabei ist mit einem erfolgreichen Ausgang der Sanierungsaktion für die Schichau-Werft gerechnet, deren Personalbestand auf etwa 2500 Köpfe angesetzt ist. Wenn im letzten Augenblick diese Hilfe doch ausbleiben sollte, so würde die Grenzstadt Elbing vor einer Wirtschaftskatastrophe stehen, die dann noch eine erheblich umfangreichere öffentliche Hilfe erfordern würde. Darum muß das Reich hier helfen.

Der Prozeß gegen den Farmer Langkopp.

Am 3. April begann beim Landgericht Berlin-Mitte die Verhandlung gegen den früheren Kolonialdeutschen Farmer *Langkopp* wegen des Attentats, das er am 3. März 1928 im Reichsentschädigungsamt gegenüber dem damaligen Vizepräsidenten des R. E. A., Geheimrat *Bach*, mit einer *Höllenmaschine* zu verüben versuchte, was schließlich zu einem Kampf zwischen Langkopp und Bach führte, bei dem auch andere Personen gefährdet wurden. Die Staatsanwaltschaft hat die ursprüngliche Anklage auf Mord fallen gelassen; die Anklage lautet vielmehr auf Erpressung und Bedrohung. Mitangeklagt ist der Kaufmann *Loof* aus dem Hannoverschen, den Langkoop seinerzeit mit nach Berlin gebracht und dem er gesagt hatte, er werde auf dem R. E. A. seine Entschädigung erhalten und ihm dann eine Summe, die er ihm schuldete, aushändigen. Ob und inwieweit Loof von dem Attentatversuch Langkopps unterrichtet war, wird erst die Verhandlung ergeben. Geheimrat Bach ist inzwischen in den Ruhestand getreten. Alle, die auf dem R. E. A. einigermaßen Bescheid wissen, sind übereinstimmend der Ansicht, daß Geheimrat Bach ein Beamter war, der den Verdrängten und Liquidationsgeschädigten im allgemeinen wohlwollend gegenüberstand und tat, was er konnte, um im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen die Geschädigten zu ihrem Recht kommen zu lassen. Wir erinnern nur daran, daß er als erster in die Flüchtlingslager ging, um als Sonderkommissar die vielen kleinen Schäden der in den Flüchtlingslagern untergebrachten Ostverdrängten auf ganz unbürokratische Art zu erledigen und den Verdrängten die Entschädigung an Ort und Stelle sofort auszuzahlen. Nicht nur in diesem, sondern auch in anderen Fällen hat er sich bei aller Treue gegenüber seinen Amtspflichten als ein wirklicher Freund der Geschädigten erwiesen. Das Langkoppsche Attentat richtete sich daher an die falsche Adresse.

Auf das Riesenheer der Verdrängten und Liquidationsgeschädigten wirkte dieses kopflose Attentat seinerzeit vielfach wie ein befreiendes Alarmsignal. Die den Dingen vorurteilslos gegenüberstehende „Vossische Zeitung“ schreibt darüber in Nr. 156 mit Recht:

„Der Fall Langkopp hat damals die Gemüter ungewöhnlich beschäftigt, die Öffentlichkeit besonders aufgewühlt. Tausende, Hunderttausende von Menschen, die, wie Langkoop, durch den Krieg ihr Letztes verloren hatten und nur ungenügend entschädigt wurden, hatten die Empfindung: er ist der Märtyrer für uns alle! ... Man durfte und darf heute noch nicht verkennen, daß die letzten Gründe eines Verzweiflungsschrittes, wie ihn der alte Afrikaner Langkopp schließlich getan hat, in einem *System* liegen, *das ungezählten Menschen in Deutschland schweres Schicksal, oft himmelschreiende Not bereitet hat.* In einem System, dessen Organisatoren und Funktionäre in den meisten Fällen ohne persönliche Schuld sind und das selbst mit einer grausamen Folgerichtigkeit sich aus dem Chaos des Krieges und der drückenden Nachkriegszeit entwickelt hat. Gegen *dieses System, das man, trotz allem, in seinen härtesten Auswirkungen hätte mildern können*, ist viel, wenn auch niemals genug, gesagt und geschrieben worden, und das abgerundete Bild des Langkopp-Prozesses wird gewiß Veranlassung geben, auf neue Einzelheiten einzugehen.

Menschlich ist dem Farmer Langkopp ohne Frage mehr als *ein* mildernder Umstand zuzubilligen. Ob seine Verzweiflungstat, die eben immer ein brutaler Gewaltakt bleibt und schlimme Folgen hätte haben können, auch *juristische* Milderungsgründe finden kann, werden die Richter zu entscheiden haben. In diesen Prozeßtagen soll, vor allem *von der Verteidigung aus, manches über das gesamte Entschädigungsproblem und die Methoden des Reichsentschädigungsamts* gesagt werden. Man wird also in Ruhe warten müssen.“

Die „Vossische Zeitung“ wendet sich dann gegen den *Versuch einzelner Splitterverbände, die Geschädigten zu Kundgebungen während der Gerichtsverhandlung vor dem Gericht zu veranlassen*, indem sie schreibt:

„Was aber soll man dazu sagen, daß einer jener Splitterverbände, die eine Anzahl von Geschädigten durch radikale Worte und lautstarke Demonstrationen um ihre Fahne geschart haben, seine Mitglieder auffordert, vor dem Gerichtsgebäude eine Kundgebung für Langkopp zu veranstalten! Erstens einmal besteht in Berlin ein strenges Verbot für Versammlungen unter freiem Himmel. Wissen das die Herren vom sogenannten „Schutzverband“ nicht oder soll es etwa Schwierigkeiten mit der Polizei geben? Und dann: welche Schlüsse soll man daraus ziehen, daß eine Organisation für einen Mann demonstriert, der (und sei er selbst tausendmal ungerecht behandelt worden) mit Höllenmaschine und Revolver gegen einen Beamten vorgegangen ist? Hier ist schwer auseinander zu halten, ob die durch eine Kundgebung zum Ausdruck gebrachte Sympathie einem vielleicht bemitleidenswerten Mann oder seiner in jedem Fall nicht scharf genug zu verurteilenden Tat gilt. Wir haben uns mehr als einmal verpflichtet gesehen, vor dem gefährlichen Treiben mancher Radikaler unter den Geschädigten zu warnen. Es ist wohl Zeit, diese Warnung gerade jetzt mit Nachdruck zu wiederholen!“

Wir können die Geschädigten auch unsererseits nur davor warnen, sich zu unbedachten Schritten hinreißen zu lassen, durch die sie unter Umständen in einen Prozeß wegen Landfriedensbruchs verwickelt werden könnten. Auch die Geschädigten, insbesondere auch die ostmärkischen Verdrängten verfolgen selbstverständlich den Prozeß mit lebhaftem Interesse. Wir werden seinen Verlauf und seine Ergebnisse eingehend mitteilen und sowohl im „Ostland“ wie durch Versammlungen wird, soweit das notwendig erscheint, zu den Ergebnissen des Prozesses klar und deutlich Stellung genommen werden. Einstweilen aber muß man diese Ergebnisse abwarten.

An den ersten beiden Verhandlungstagen waren die zahlreich erschienenen Geschädigten so vernünftig, *jede Kundgebung zu unterlassen.* Die Aufforderung des sogenannten Schutzverbandes ist also völlig wirkungslos verpufft.

Für alle Fälle war *ein stärkeres Schupoaufgebot* nach Moabit beordert, doch erwies sich dieses nicht als notwendig, da sich Zwischenfälle nicht ereigneten.

Langkopp, ein Mann von 53 Jahren, der mit seinem grauen, kurzgehaltenen Spitzbart und der goldenen Brille eher den Eindruck eines Schreibtischmenschen als eines draufgängerischen Farmers macht, wurde durch Zurufe von einzelnen Geschädigten begrüßt, als er mit seinen Rechtsanwälten Dr. *Frey*, Berlin, und Dr. Luetkenbrune, Göttingen, erschien. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor *Ziegel*, betonte einleitend, daß beim Gericht volles Verständnis für Leidenschaften herrsche, daß aber aus der Verhandlung *Erregung und Sensation ferngehalten* werden müssen und daß er demgemäß Zeugen und Sachverständige ersuchen müsse, sich streng an die Sache zu halten. Neben den Zeugen sind *etwa 20 Sachverständige* geladen, davon 12 von der Verteidigung unmittelbar. Erster Staatsanwalt *Köhler* weist darauf hin, daß das Gericht freie Wahl in der Vernehmung und Auswahl dieser letzteren Sachverständigen habe. Rechtsanwalt Dr. Luetkenbrune bestreitet das unter Hinweis auf ein Reichsgerichtsurteil. Der Vorsitzende weist darauf hin, daß diese Sachverständigen zum Teil Vorsitzende oder Referenten der *Splitterverbände* sind, die nicht als unparteiisch angesehen werden könnten. Ein Vertreter der sogenannten „Selbsthilfe der geschädigten Auslandsdeutschen“ mischt sich ein und beginnt mit den Worten: „Ich möchte diesem Mißbrauch des Ersten Staatsanwalts entgegentreten“, worauf ihm der Vorsitzende das Wort entzieht mit den Worten: „Derartige Äußerungen müssen Sie unterlassen.“ Das Gericht beschloß, *nur drei* von der Verteidigung geladene Sachverständige zu vernehmen, indem es sich auf den Standpunkt des Staatsanwalts stellte. Die Verteidiger baten, die abgelehnten Sachverständigen bis morgen im Saale zu belassen, da die Verteidigung sie nunmehr als *sachverständige Zeugen* laden lassen werde, so daß sie vernommen werden müßten. Auch der kommunistische Abg. *Jaddasch* befindet sich unter den abgelehnten Sachverständigen.

Langkopp schildert dann sehr eingehend seinen Lebenslauf und sein Mißgeschick in den Kolonien. Sein Vater betrieb in Verden eine Schuhmacherei. Er hatte sich als Reisender ein kleines Kapital gespart, mit dem er nach Südafrika auswanderte, wo er in Johannesburg eine kaufmännische Stellung fand. Als der Kaffernkrieg ausgebrochen war, zog er mit gegen die Kaffern. Nach dem Feldzug kaufte und verkaufte er Beutevieh. Er war im Begriff, sich hochzuarbeiten, als der Burenkrieg ausbrach. Er kam zu der Ansicht, daß den Buren durch die goldgierigen Engländer ein himmelschreiendes Unrecht angetan werde, und so meldete sich der 23jährige zur Burenarmee. Nach Beendigung des Krieges war er völlig mittellos geworden. Es gelang ihm dann, sich durch Lebensmittelhandel wieder etwas Geld zu erwerben, das er aber bald wieder verlor. Mit den letzten Pfennigen fuhr er nach Deutschland zurück, wo er eine Stellung bei einer Baufirma fand, die ihn nach Daressalam in Deutsch-Ostafrika entsandte. Schon nach kurzer Zeit hatte er jedoch Differenzen mit seinem Chef und wurde entlassen. Bei Dammarbeiten an der Eisenbahn kam er in das Hochland von Iringa, das er als ein wahres Eldorado schildert, wo *ewiger Frühling* herrsche. Er beschloß, sich hier niederzulassen und begann einen Ochsenhandel. Seine Geschäfte waren von großem Erfolg gekrönt. Er war bald Besitzer einer Schlächterei, eines Viehhandels, eines ausgedehnten Gemüsebaues — kurzum ein vermögender Mann. Er hatte ein Jahreseinkommen von ungefähr 25 000 Mark und gibt sein Vermögen bei Kriegsbeginn auf 30 000 Mark bar an, außerdem habe er Häuser und eine Farm mit über 400 Stück Vieh besessen. Wenn er alles zusammen auf 100 000 Mark geschätzt habe, so sei dies sehr gering. Der wirkliche Schaden sei viel höher gewesen. Als der Weltkrieg ausbrach, stellte er sein Bargeld und sein Vieh der Schutztruppe zur Verfügung. Er schildert dann seine Beteiligung an den Kämpfen der Schutztruppe, die halb verhungert sich den Engländern übergab, worauf seine Internierung in Ägypten erfolgte, nachdem Frau und Kinder vom Hof geholt worden waren. Langkopp ergeht sich dabei in scharfen Kritiken gegen verschiedene Stellen. In großer Erregung fuhr er fort: Wie ein Verbrecher kam ich schließlich mit einer Papiermütze auf dem Kopf nach Deutschland nach Hause. Tagelang habe ich hier geheult über die Zustände. **Geheime Mächte müssen doch am Werke gewesen sein, denn sonst hätte das deutsche Volk, das die ganze Welt in den Dreck gehauen hatte, den Krieg unmöglich verloren.** (Pfui- und Bravo-Rufe im Zuhörerraum.) **Das Ausland erhält alles, und wir müssen um unser Recht und unsere Entschädigung fortwährend betteln. Erst müßten doch wir Deutschen von unserem Vaterlande befriedigt werden und dann erst das Ausland. Und jetzt sitzt man gar in Paris beisammen, um auch das Letzte noch aus uns**

herauszupressen. Als ich diesen Standpunkt s. Z. auch auf dem Reichsentschädigungsamt geltend machte, sagte man mir: „Das Ausland hat die Macht, und darum bekommt es alles. Sie haben keine Macht und müssen darum froh sein, daß Sie überhaupt etwas bekommen.

Es wird nun **Langkopps Entschädigung** erörtert. Immer wieder dabei in Erregung geratend, berichtet Langkopp, wie er brockenweise abgefunden wurde und dadurch im Laufe der Zeit in immer größere Bedrängnis geriet. Es wurde uns gesagt, wir sollten das angeben, was wir für jede Sache bar bezahlt hätten. Wenn man aber zum Beispiel einmal einen billigen Kauf gemacht hatte, so war doch die Sache so viel mehr wert als die geleistete Barzahlung. Ich habe aber alles ehrlich angegeben, wie es verlangt wurde, manches habe ich noch vergessen. Es wird festgestellt, daß Langkopp als Endentschädigung 9000 Mark erhalten hat. Eine Nachentschädigung erhielt er nicht, weil ihm die Vorleistungen angerechnet wurden. Und eine Schlußentschädigung erhält er nicht, weil wegen seines Attentats ein Paragraph in das Kriegsschädenschlußgesetz gebracht worden ist, wonach das Recht auf eine solche verwirkt hat, der sich durch ein Verbrechen die Entschädigung gewaltsam zu verschaffen versucht hat.

Angeklagter Langkopp: Wie die Zigeuner auf dem Pferdemarkt handeln, so haben wir Handel auf dem Entschädigungsamt über unsere Ansprüche getrieben. Das ist doch kein Recht mehr! Zuletzt bekam ich gerade 1500 Mark in die Hand. Das reichte nicht einmal mehr für die Abreise ins Ausland. Langkopp hatte inzwischen einen mecklenburgischen Bauernhof, den er sich für die erste Entschädigung gekauft hatte, wieder verkauft und wollte erst nach Abessinien, dann nach Südafrika, konnte das aber nicht ausführen, weil die Entschädigung zu klein war und jede Teilzahlung entwertet in seine Hände kam.

Schon im Jahre 1920 hatte Langkopp wiederholt geschrieben, daß er für alles, was jetzt weiterhin geschehe, die Verantwortung ablehnen müsse. Schon damals will er die Absicht gehabt haben, seine Familie umzubringen und Selbstmord zu begehen. — Langkopp (sehr erregt): Was wahr ist, muß wahr bleiben. Ich wollte damals wirklich mit meiner Familie Schluß machen. Langkopp schildert dann eingehend weitere Versuche beim Reichsentschädigungsamt. Er will hier von den Beamten stets höhnisch und herablassend behandelt worden sein. Das sei der Dank dafür gewesen, daß man alles für sein Vaterland darangegeben habe. (Bei dieser Äußerung kommt es wieder zu **Kundgebungen im Zuhörerraum,** die vom Vorsitzenden scharf gerügt werden.) Des weiteren schildert Langkopp, wie er Leute im Reichsentschädigungsamt getroffen habe, die nicht gewagt hätten, die Büroräume zu betreten, aus Angst vor den Beamten. Eine Frau habe ihm erklärt, lieber wolle sie mit ihren Kindern verhungern, als noch weiter „im Entschädigungsamt betteln gehen".

Als es Langkopp immer schlechter ging, wandte er sich an den Reichstagsausschuß. Da er von dort keine Antwort erhielt, glaubte er jetzt den Zeitpunkt für gekommen, „entscheidende Schritte" zu tun. Ich fuhr nach Berlin und ging zum Auswärtigen Amt und zum Reichsentschädigungsamt — wiederum vergeblich.

Vorsitzender: War der Koffer schon vorbereitet und mit Schnüren versehen?

Langkopp: Ja, ich hatte aus der einen Patrone die Kugel entfernt und nur das Pulver darin gelassen. Auf die Pistole hatte ich einen Pfropfen gemacht. Wenn ich das Pulver zur Entzündung bringen wollte, konnte das niemals auf diese Weise geschehen. Das Ganze war darauf angelegt, daß es nach etwas aussehen sollte. Es konnte ja im Reichsentschädigungsamt von mir verlangt werden, daß ich den Koffer öffnen sollte. Dann müßte doch irgend etwas zu sehen sein. — Vorsitzender: Wenn Sie nur etwas vorzuweisen haben wollten, dann brauchte doch die Pistole überhaupt nicht geladen zu sein. — Langkopp: Das hätte ich auch machen können, ich habe es aber so gemacht. (Heiterkeit im Zuschauerraum.)

Beim Geheimrat Bach legte ich dann meine Forderung in Höhe von 112480 Mark vor. Wenn ich meinen ganzen vollen Schaden hätte einfordern wollen, dann wäre ich wohl an eine Million herangekommen. Ich sagte dann zu Geheimrat Bach: Wir wollen alles in Ruhe und Ordnung abmachen, Herr Geheimrat, es soll nichts passieren!

Schließlich ging es aber doch nicht so, wie ich es mir gedacht hatte, und ich erklärte ihm, daß ich hier ein gefährliches Ding bei mir hätte. Mein Ziel war, ich wollte das Geld noch einmal sehen; es sollte das Symbol sein für mein verlorenes Haus und Hof und für mein Recht, und wenn ich es hatte, dann wollte ich mir eine Kugel durch den Kopf schießen.

Ich habe das nur deshalb nicht getan, weil ich hierzu einen einwandfreien Zeugen benötigte, damit das Reichsentschädigungsamt über meinen Tod hinterher nichts Unwahres aussagen sollte. Ich setzte mich deshalb mit dem „Fridericus" in Verbindung und wollte, daß der Chefredakteur des „Fridericus" anwesend sei, wenn ich mich erschoß. Ich konnte ihn aber nicht erreichen. Auf diese Weise ist mein Selbstmord unterblieben. Ich bin ein guter Schütze. Auf wen ich angelegt hätte, der wäre weggewesen. Es lag mir aber nichts daran, jemanden, über den ich mich geärgert hatte, über den Haufen zu schießen. Als die Leute auf dem Korridor mich dann überwältigten, habe ich mir die größte Mühe gegeben, **mich selbst in den Kopf oder ins Herz zu schießen.** Es gelang mir aber nicht, da meine Arme umklammert wurden.

Vorsitzender: Glauben Sie sich nun irgendwie strafbar gemacht zu haben? — Angeklagter (bestimmt): Nein. — Vorsitzender: Sie müssen doch aber zugeben, daß Sie so nicht vorgehen durften und Ihr Weg vielleicht falsch gewesen ist. — Angeklagter: Ich kannte keinen anderen.

Die Verhandlung wird in den nächsten Tagen fortgesetzt. Sie dürfte die ganze Woche andauern.

*

Pressestimmen.

Die **„Nachtausgabe"** zu Scherls „Tag" (Nr. 77) schließt ihre vorläufige Stellungnahme zu dem Prozeß wie folgt: „Heinrich Langkoop ist ein Pionier, übervoll von Unternehmungslust, und seine Tatkraft und konzentrierte Energie ist es wohl auch gewesen, die ihn überrannte und zu jenem unüberlegten Gewaltakt verleitete. Aber Heinrich Langkoop ist noch mehr: er ist das Symptom einer Knechtschaft, unter der das Auslandsdeutschtum schmachtet, ohne gehört werden zu können, weil das Vaterland nicht helfen kann, weil das Versailler Diktat uns pekuniär die Hände bindet, weil wir arbeiten müssen in fremder Fron, ohne dem eigenen Bruder zum Helfer werden zu können." — So liegt die Sache nun doch nicht ganz. Etwas Wahres ist dran an dem hier Gesagten, aber erheblich besser wie es bisher geschehen ist, hätte das Vaterland schon für die Verdrängten und Liquidationsgeschädigten sorgen können, wenn es nur gewollt hätte!

Die **„Deutsche Tageszeitung"** beginnt ihren Bericht über den Prozeß wie folgt: „Aus dem Zuhörerraum erhebt sich mitten in der Verhandlung ein blasser Mann und ruft mit der Stimme eines Volkspredigers in den Saal: „Hohes Gericht! Die Angeklagten sind unschuldig! Schuldig sind . . ." Da schneidet der Vorsitzende dem unberufenen Redner das Wort ab. **Aber jeder weiß, daß hier die Stimme des Volkes spricht. Die Angeklagten mögen sich im Sinne des Gesetzes schuldig gemacht haben, die wirklichen Schuldigen sitzen nicht auf der Anklagebank."**

Die übrigen Zeitungen beschränken sich zunächst meist auf mehr oder weniger eingehende Berichte über den Prozeß.

*

Abg. Rönneburg Kommissar für Ostpreußen.

Wie aus Barth (Vorpommern) gemeldet wird, hat das preußische Staatsministerium im Einvernehmen mit der Reichsregierung den dortigen Landrat und demokratischen Reichstagsabgeordneten Rönneburg zum Staatskommissar für die Durchführung des Gesetzes über die wirtschaftliche Hilfe für Ostpreußen ernannt. Als seine Hilfsarbeiter sind Oberregierungsrat Dr. Tietmann (vom preußischen Landwirtschaftsministerium) und Dr. Laufer (Hilfsreferent der Preußenkasse) in Aussicht genommen.

Anmeldung von Wasserrechten.

Fristablauf Ende April!

Am 30. April 1929 läuft die Frist zur Anmeldung von Wasserbenutzungsrechten ab, die beim Inkrafttreten des Preußischen Wassergesetzes, nämlich am 1. Mai 1914, bestanden haben. Durch § 379 Pr. WG. ist die Aufrechterhaltung der wichtigsten Wasserbenutzungsrechte angeordnet worden. § 380 Pr. WG. schränkt diese Vorschrift aber in sehr bedeutsamer Weise ein. Die aufrechterhaltenen alten Wasserbenutzungsrechte sollen nach ihm erlöschen, wenn nicht bis zum 30. April 1929 ihre Eintragung in das Wasserbuch beantragt ist. Es genügt, daß der Antrag vor dem 30. April gestellt wird; die Eintragung braucht nicht innerhalb dieser Frist zu erfolgen.

*

Fürst Pleß verkauft Bad Salzbrunn.

Gerhart Hauptmanns Geburtsort, das bekannte Bad Salzbrunn in Schlesien mit dem prächtig eingerichteten neuen Hotel „Schlesischer Hof", bisher Besitz des Fürsten v. Pleß, ist in das Eigentum eines Berliner Konsortiums übergegangen, in dessen Mittelpunkt der Ökonom des Preußischen Landtages, Schröder, steht. Der Kaufpreis beträgt etwa sechs Millionen Mark. Bad Salzbrunn gehörte seit fünf Jahrhunderten zur Herrschaft Fürstenstein.

Bundesnachrichten.

Patenschaften für Ostbund-Ortsgruppen.

In der letzten Bundesversammlung des Deutschen Ostbundes regte der Vorsitzende unseres Landesverbandes für Sachsen-Anhalt, Gymnasialdirektor a. D. Dr. Liman, an, daß größere und leistungsfähige Landesverbände Patenschaften übernehmen möchten für Ortsgruppen in den Grenzgebieten, die sich infolge der dort herrschenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten in schlimmer Lage befinden, da die Mitglieder vielfach leistungsunfähig sind. Die Anregung ist auf fruchtbaren Boden gefallen. Nachdem der Landesverband Sachsen-Anhalt selbst eine solche Patenschaft bereits übernommen hatte, stellte in der Versammlung der Landesverband für Niederschlesien eine solche in Aussicht, und in seiner letzten Vertreterversammlung hat auch der Landesverband für Vorpommern eine Patenschaft für eine Ortsgruppe des Landesverbandes Westpreußen, jenseits des Korridors gelegen, übernommen. Wir würden es begrüßen, wenn diese praktische Betätigung des alten Ostbundgrundsatzes: „Einer für alle und alle für einen!" recht viel Nachahmung fände.

Aus der Bundesarbeit.

Landesverband Berlin-Brandenburg.

Die Ortsgruppe Berlin-Mariendorf-Tempelhof beging in eindrucksvoller Weise am 7. März ihr 2. Stiftungsfest in Verbindung mit einer Feier des zehnjährigen Bestehens des Deutschen Ostbundes. Aus dem Jahresbericht sei als besonders erfreulich hervorgehoben, daß die Ortsgruppe, die im Jahre 1927 mit 25 Mitgliedern begonnen hat, sich in der kurzen Zeit ihres Bestehens auf über 200 Mitglieder emporentwickelt hat. Die Ortsgruppenleitung hat sich bemüht, ostmärkische Arbeit auf kulturellem und sozialem Gebiet zu leisten. Sie war hervorragend beteiligt an der Kinderverschickung nach „Haus Ostland". Sie hat am Muttertag und zu Weihnachten ihre alten Mitglieder bedenken können und hat in besonderen Notfällen, bei Krankheit und Todesfall ihren Mitgliedern geholfen, soweit es ihr möglich war. Die Vereinsabende brachten stets einen Vortrag über ein kulturelles Thema; namentlich hat der „Ostmärkische Dichterabend", an dem Dr. Fritz Skowronnek, Waldemar Dahmer und Pfarrer Schmöckel aus eigenen Werken vorgelesen haben, großen Anklang gefunden. Die Festrede zum 10jährigen Bestehen des Ostbundes hielt am 7. März der Vorsitzende des Landesverbandes Berlin-Brandenburg, Herr Konrektor Vater, der auch drei verdienten Mitgliedern die Ehrenurkunde des Deutschen Ostbundes namens des Präsidiums überreichte, nämlich Frau Gewerberat Heerdegen, sowie den Herren Rektor a. D. Gabriel und Ostbund-Bürovorsteher Rose. Unser Vorsitzender, Herr Studienassessor Krüger, leitete die Versammlung in gewohnter, anregender Weise. Nach dem offiziellen Teil blieben die Mitglieder in landsmannschaftlicher Weise noch gesellig beisammen.

Der Verein der Soldauer zu Berlin feierte am 17. 3. in den Logensälen in Charlottenburg das 2. Stiftungsfest. Anwesend waren weit über 200 Personen. Durch den von Herrn Musikdirektor Grabowski verfaßten und von Frl. Ingeborg Willweber gesprochenen Vorspruch wurden alle Teilnehmer in die alte Heimat versetzt. Der 1. Vorsitzende, Herr Amtsgerichtsrat Dr. Willweber, begrüßte die Gäste und ganz besonders den Gesangverein vom Deutschen Ostbund mit seinem Dirigenten Herrn Musikdirektor Grabowski, worauf er die Treue zur alten Heimat betonte. Dann folgten mit großem Beifall aufgenommene Gesänge des Gesangvereins und Solovorträge gesungen von Frau Hauck und Frl. Charlotte Fuchs, am Klavier begleitet von Herrn Stobbe. Großen Eindruck machte das lebende Bild „Sehnsucht nach der Heimat". Für diese Darstellung war eigens ein Soldauer Bild, Rathaus und evangelische Kirche darstellend, vom Dekorationsmaler Landsmann Nowothka in Allenstein gemalt worden. Großen Beifall ernteten auch alle Mitwirkenden des Theaterstückes „Nur keine Sorge um Lieselott". Allen Teilnehmern wird der schön verlaufene Abend unvergeßlich bleiben.

Landesverband Ostmark.

Die Ortsgruppe Arnswalde, Verein heimattreuer Ostdeutscher, feierte am 9. Februar ein Winterfest. Der Saal war festlich geschmückt. Im Gedenken an die alte Heimat waren an den Wänden die Namen der bedeutendsten Orte der uns entrissenen Ostmark als stille Mahner angebracht. Vorsitzender Wiesner begrüßte die Festteilnehmer. So manche Träne habe die Ortsgruppe in den neun Jahren ihres Bestehens durch ihre Fürsorgearbeit getrocknet und manches Leid gestillt. Reicher Segen ist von ihr ausgegangen. Aber nicht allein deswegen, weil wir auf dem Wege der Abgeltung erlittener Verdrängungsschäden ein gut Stück vorwärts gekommen sind, fühlen wir uns beim Rückblick auf die neun Jahre seit Bestehen der Ortsgruppe befriedigt, sondern vor allem deshalb, weil in allen Teilen des Deutschen Reiches durch die rührige Tätigkeit des Ostbundes die Erkenntnis sich Bahn gebrochen hat, daß durch die Abtretung der Ostgebiete an Polen gewaltige und vorerst gar nicht zu ersetzende Verluste für ganz Deutschland entstanden sind. Unsere Losung „Was wir verloren haben, darf nicht verloren sein" muß von allen Deutschen aufgenommen werden. An diese Worte anknüpfend folgte die Vorführung des Films „Land unterm Kreuz", eindrucksvolle Bilder aus Oberschlesiens Blütezeit und der durch die polnische Gewaltherrschaft hereingebrochenen Not. Es war eine ernste Stunde, die uns der Film vermittelte und von nachhaltiger Wirkung. Erst allmählich kam die Freude zur Geselligkeit hoch.

Die Ortsgruppe Crossen-Oder hielt am 2. März ihre Jahreshauptversammlung auf der Hohenzollernhöhe ab. In seiner Begrüßungsansprache erinnerte der Vorsitzende an die Ereignisse vor zehn Jahren, welche zur Abtretung weiter Gebietsteile vom Reiche, besonders aber im Osten, führten. Durch namhafte Redner sei die Crossener Bevölkerung bei verschiedenen Veranstaltungen der Ortsgruppe darauf hingewiesen worden, daß Crossen jetzt bedrohtes Grenzland ist. Er gab bekannt, daß der Landesverband Ostmark im Juni seine Verbandstagung in Crossen abzuhalten gedenke. Dabei werden die Einheimischen erneut aufgerufen werden, die vaterländische Arbeit des Ostbundes zu unterstützen. — Den Jahresbericht erstattete der Kassenführer für den erkrankten Schriftführer. Er gab ein erfreuliches Bild von der Entwicklung und der Tätigkeit der Ortsgruppe. Die Mitgliederzahl ist von 101 auf 115 gewachsen. (Am Tage der Versammlung betrug sie sogar schon 120.) In 50 Fällen sind Anträge von Geschädigten bearbeitet worden. Nach erstattetem Kassenbericht wurde dem Kassenführer Entlastung erteilt. Der bisherige Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Neu wurde als Beisitzerin noch Frau Teichmann gewählt. Es wurde eine Frauengruppe gebildet, in deren Ausschuß die Frauen Baller, Blasig, Nier, Fräulein Pfeifer und Fräulein Pestke gewählt wurden. Mit einer kurzen Betrachtung über den Stand der Schlußentschädigung, schloß der 1. Vorsitzende den geschäftlichen Teil. Es folgte ein gemütliches Beisammensein, welches durch Darbietungen der Singgemeinde und einiger Mitglieder verschönt wurde.

Die Ortsgruppe Frankfurt a. d. O. (Verein heimattreuer deutscher Posener) hielt am 19. März eine Monatsversammlung im Deutschen Heim ab. Der Vorsitzende, Stadtrat Bartel, begrüßte die gut besuchte Versammlung, insbesondere die drei neu aufgenommenen Landsleute, welche er zur treuen Mitarbeit an unsern Ostbundzielen verpflichtete. Weiter erstattete der Vorsitzende Bericht über die Bundestagung und die eindrucksvolle Feier des zehnjährigen Bestehens des Deutschen Ostbundes in Berlin, an der er selbst und mehrere unserer Mitglieder nebst Fahne teilgenommen haben. Er gedachte der großen Verdienste, die sich der Deutsche Ostbund um die friedliche Wiedergewinnung unserer verlorenen Heimat, der Belange des Deutschtums im Osten und der Unterstützung seiner Mitglieder erworben hat und sprach dabei den Wunsch aus, daß es gelingen möge, das wieder zu erlangen, was wir verloren haben. Sodann überreichte der Vorsitzende den Herren Tischlermeister Wolff und Kaufmann Aug. Würtz die Ehrenurkunde des Deutschen Ostbundes für treue Mitarbeit an den Ostbundzielen. Darauf erzählte Frl. Neumann aus Schmarse bei Schwiebus von ihr selbst geschriebene „Lustige Dorfgeschichten" in Züllichauer Mundart: Wie die Pollien- Meiern eine Rees nach Berlin machte, wie sie Angst hatte, über die Frankfurter Brück zu fahren und wie es ihr in Berlin erging, und anderes so drollig, daß die Zuhörer aus dem Lachen nicht heraus kamen. Zum Schluß erfreute uns unsere Chorvereinigung noch mit drei vorzüglich vorgetragenen Liedern. Die Beteiligung an der Chorvereinigung, die von Herrn Kroenke so erfolgreich geleitet wird, müßte noch viel größer sein.

Ortsgruppe Friedeberg (Nm.). Der 1. Vorsitzende, Herr Kanzleisekretär Richter, ist mit dem 1. April d. J. nach Landsberg a. W. versetzt.

Landesverband Schlesien.

Vertreterversammlung.

Am 17. März fand die Vertretertagung des Landesverbandes Schlesien in Breslau statt. Nach der Begrüßung gab der Vorsitzende Herr Hauptmann a. D. Scharlach einen ausführlichen Bericht über die Bundestagung in Berlin und die erhebende Gedenkfeier im Herrenhaus. In der darauffolgenden Aussprache wurde vor allen Dingen die nunmehrige Ostbundarbeit in kultur- und nationalpolitischer Beziehung sehr lebhaft besprochen, und es konnte mit Genugtuung festgestellt werden, daß fast alle Ortsgruppen schon seit Jahresfrist und länger in dieser Hinsicht arbeiten. Nachdem von dem Vorsitzenden der Jahresbericht und von dem Schatzmeister der Kassenbericht erstattet worden war, wurde Entlastung erteilt und dann der Vorstand wiedergewählt. Die Tagung nahm einen sehr anregenden und harmonischen Verlauf.

Landesverband Niederschlesien.

Die Ortsgruppe Liegnitz hat in ihrer Jahreshauptversammlung nicht Oberlehrer E., wie in Nr. 12 des „Ostlandes" gemeldet, sondern den früheren Buchdruckereibesitzer und Zeitungsverleger Otto Eisermann (früher Lissa i. P.) in den Vorstand gewählt.

Die Ortsgruppe Primkenau veranstaltete am 9. Februar im Hotel „Schleswig-Holsteinisches Haus" einen Festabend. Der Saal war wie üblich bis auf den letzten Platz besetzt. Nach einem ostmärkischen Vorspruch, den Fräulein Hildegard Wendt ausdrucksvoll sprach, begrüßte Herr Pastor Schottke, selbst ein verdrängter Ostmärker, die Erschienenen im Namen des Vorstandes, worauf er die Festrede hielt, in der er ein packendes und ergreifendes Bild von der Tragödie des Ostens entrollte, auf die großzügige Tätigkeit des Ostbundes und die Fürsorge der hiesigen Ortsgruppe hinwies. Darauf wurde dem jetzigen Vorsitzenden der Ortsgruppe, Herrn Eisenbahnbetriebs-Assistenten Max Griesche, die Ehrenurkunde des Ostbundes überreicht. Theateraufführungen und Tanz beschlossen den Abend in angenehmster Weise. — Am 20. Januar fand die Hauptversammlung der Ortsgruppe statt. Die Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: Schottke, Pastor, Ehrenvorsitzender; Griesche, Reichsbahnbetriebs-Assistent, Vorsitzender; Becker, Landwirt, stellv. Vorsitzender; Gramenz, Friseur, Schriftführer; Siegmund, Postschaffner, Kassenführer.

Landesverband Vorpommern.

Die Ortsgruppe Altdamm hielt am 7. Februar ihre Hauptversammlung ab. Aus dem vom 1. Vorsitzenden erstatteten Jahresbericht war zu ersehen, daß die Ortsgruppe eine rege Tätigkeit entfaltet hat. An Veranstaltungen bot die Ortsgruppe außer den regelmäßigen Versammlungen ein Frühlingskränzchen, einen Heimatabend mit Lichtbildervortrag und eine Weihnachtsfeier, bei welcher 43 Kindern beschert wurde. Die Ortsgruppe ist Mitglied des Volksbundes für Deutsche Kriegsgräberfürsorge. Aus unserem Sterbeunterstützungsfonds, welcher von den Mitgliedern unterhalten wird, wurden bei drei Todesfällen die Hinterbliebenen mit Unterstützungen in Höhe von 50 bis 150 M bedacht. Als 1. Vorsitzender wurde Herr

Die ostmärkische Frau

1929

Halbmonatsschrift für die Ostmarkarbeit deutscher Frauen.
Mitteilungsblatt des Frauendienstes des Deutschen Ostbundes
und der Arbeitsgemeinschaft ostdeutscher Frauen.

7. Folge



Sinnspruch.

Was du auch tust, um reiner, reifer, freier zu werden, du tust es für dein Volk.

Gertrud Prellwitz, die Ostmärkerin.

Zu ihrem 60. Geburtstag am 5. April 1929.

Eine kurze Besinnung auf die schwer erwanderten sechzig Jahre, die aber doch, wie auch in der kleinsten Hütte, in der Rückschau immer viel leichter aussehen, als sie gewesen sind, und die wir dann so oft wie mit Rosen bestreut erkennen. In der ganzen Lebensarbeit und in dem ganzen Lebensgang der Gertrud Prellwitz klingt überall ein Ton, den wir so oft bei Grenzmenschen erspüren: eine unbewußte Angst um die Heimat und zugleich eine tiefe Liebe zu Heimat und Haus, die für das ganze Leben dieser Menschen immerzu ein kühler, erfrischender Born ist. So schreibt Gertrud Prellwitz selber in Wilms „Ostpreußischen Dichterbuch", „Tilsit im lieben Ostpreußenland ist meine Vaterstadt, und die Erinnerung an den schönen Strom mit seinem gewaltigen Frühlingseisgang ist mir ein dauernder, kraftspendender Besitz geblieben."

Und die Dichterin erkennt heute dankbar das Glück an, das ihr in jenem Kreis in Oberhof in Thüringen geworden ist, wenn sie zum Schluß in ihrer winzigen Selbstbiographie im „Ostpreußischen Dichterbuch" sagt: „Hier im Herzen Deutschlands, auf der Höhe des Thüringer Waldes, in der Lebensgegenwart von hunderttausendtausend kraftatmenden Tannen, umgeben von einem Kreis von jungen Menschen, die wie ich voller Dankbarkeit und Ehrfurcht gegen das Leben sind, habe ich nun das Glück, zu wohnen."

Ich muß es mir leider versagen, im Rahmen dieser kurzen Worte des Gedenkens und des Dankes die religiösen Anschauungen der Gertrud Prellwitz darzustellen, zu deren innerlicher Erringung ein wesentliches Stück ihres Lebens gehört und die im wesentlichen in den beiden Schriften „Weltfrömmigkeit und Christentum" und „Unsere neue Weltanschauung" festgelegt sind. Aber der Weg soll schnell grob angedeutet werden: er geht vielleicht von dem Wort aus, das Gertrud Prellwitz dem letzten der beiden Bücher vorstellt: „Menschengedanken über Gott wandern und kommen niemals an. Über uns leuchtet die Wahrheit und ruft uns mit Heimatgrüßen. Wir werden sie nie erreichen. Aber schon das Wandern ist Lohn; und das nimmer ruhende Suchen ist Glück, Reichtum und Kraft. Und es ist ein Finden auf jedem Schritt. Aber mit jeder Erfüllung wächst dem Herzen die Sehnsucht. Denn sie ist unendlich, die Menschenseele!" bis zu dem Gedanken: Der Religionsgehalt unserer neuen Weltanschauung und das Evangelium Jesu sind eins — Jesu Religion verstanden als Religion der freien Persönlichkeit! Und dazu — als Fußnote gedacht — ein Wort der Ellen Key aus einem ihrer Essays: Die moderne Menschheit möge den Mut haben, das einzusehen, daß Jesus ihr Idealbild **nicht** ist!

Ich muß es mir leider auch versagen, auf ihre Festspiele und Dramen einzugehen, und kann nur das Weihefestspiel „Oedipus" in ein paar kurzen Worten nennen. Es rückt den alten Sagenstoff um die Gestalt des Oedipus in die Beleuchtung der neuen Weltanschauung und legt das Schicksal des Menschen in die Verantwortung des eigenen Ichs, das im „Licht" seine Erlösung findet. Das ist das letzte Wort des sterbenden Oedipus: „Meine Brüder, kämpft! Ringt euch hinan! Dringt durch die Hüllen, dringt zu dem Licht! Im Lichte, da liegt unser Leben —!" Und ich muß es mir ferner versagen, auf die andern Werke noch einzugehen — wie gern hätte ich noch etwas zu den drei Drude-Bänden gesagt —, um wenigstens zwei ihrer Bücher nicht nur so im Vorübergehen zu streifen: das ist der Roman „Das eigene Ich", und das sind die drei Novellen „Das Geheimnis hinter Liebe und Tod".

Bei der Lektüre des Romans hat man unwillkürlich ein wenig Angst an manchen Stellen: es streift manchmal — so erscheint es dem Flüchtigen — hart die Grenze einer Kolportage in der Erzählung des Lebens dieses Nikolaus von Brugg, der fast in Lebensbesinnungslosigkeit (und vielleicht sieht er es selber als „nur ein Übergang"!) Offizier, Kellner, Chauffeur, Kaufmann und Filmschauspieler ist und dann durch ein psychologisch zwar sehr gewagtes, aber doch mögliches Erlebnis als Pseudo-Millionärssohn nach Amerika gelangt. Die Zeit nach dem Kriege, in der die Geschichte sich abspielt, gibt der Dichterin viel Gelegenheit, typische Zeittatsachen und -meinungen in einer gesunden, ich möchte sagen unbelasteten Lösungsmöglichkeit darzustellen — abgesehen von einigen allzukonsequenten Stellen, die fast zu einer Apologie des Films werden, denn diese Stellen können nur dann ihre Gültigkeit beanspruchen, wenn die Allgemeinheit den Film so sieht wie die Dichterin, und bis dahin sind die Wege noch nicht ergangen. Doch tief unter diesen Dingen und sie weit hinaushebend über die Sphäre des alltäglichen Durchschnittsromans lastet das Ringen dieses Menschen um sein eigenes Ich, der Versuch der Erkenntnis, des Erlauschens eines individuellen Rhythmus, und vor allem die Versuche, dem eigenen Ich entsprechend zu tun! Das ist hier das Wichtigste und Edelste des Romans! „— — damit ihm nicht eines Tages geschah, daß er nicht mehr wußte, wer er war." „Werde ich auch nicht mein Ich dabei verlieren?" Oder „Ach könnte ich dir doch ins Herz jubeln, was das für ein unendlicher Wert ist, das eigene Selbst!" Und an diesen Stellen ist auch die Verwandtschaft mit Drude zu suchen.

Dazu die drei Novellen: „Das Geheimnis hinter Liebe und Tod." Um es gleich zu sagen: Dieser Band gehört zu den wesenhaftesten und innerlichsten Büchern, die uns das Jahr 1929 geschrieben hat! Man hat die zweite Novelle „Von einem unbekannten Künstler" ein „kleines Meisterstück kultiviertester Erzählungskunst" genannt, aber damit nicht das Wesentliche weder dieser Novelle noch der andern beiden getroffen. Die erste, „Über dem Abgrund", klingt aus, nachdem der Künstler trotz seines Unfalls, der ihn für immer unfähig macht zu konzertieren, trotz seiner scheinbar verunglückten und oberflächlichen Ehe, das Leben und ein neues Schaffen als gottbegnadeter Komponist wiedergefunden hat: „Immer tiefer in die Liebe hinein! Immer tiefer, tiefer in das Leben hinein! In das Geheimnis hinter Liebe und Tod!" Und zu dem Bilde der Totenmaske jenes Mädchens, das mit einem glückseligen Lächeln auf den Lippen tot aus der Seine gefischt wird, heißt es in der zweiten Novelle: „Ganz nah und innig will ich sie halten. Aber vor dem Alltag will ich sie mit einem Schleier hüllen; nichts Lautes und Achtloses soll zu ihr hereinblicken. Nur wenn unser Herz ganz sich ihr weihen will, oder wenn unsere Seele sich aufhebt zum festlichen Glanz des Lebens, dem hochheiligen, zu dem sie nun ganz befreit ist, wollen wir den Schleier zur Seite schieben in Liebe und Ehrfurcht." Und dann noch die weisen Worte aus der dritten Novelle „Auf Tempelsstufen", dann haben wir jenes Geheimnis: „Ach, immer habe ich nur geklagt, wie unverstanden Lelei ist. Nun erst fange ich an zu ahnen, wie unverstehend mein armer, trüber, in die Enge gebannter Sinn noch ist — ach, wie wenig ich liebte!" Und ein paar Seiten weiter: „Nur ein Gelübde bindet den Menschen: Licht zu sein! Und ist nicht das Leben überall Weihrauch für die heilige Flamme der ewigen Liebe, des schaffenden Lichts?"

Und diese zarten, unaussprechbaren Geheimnisse gesagt zu haben, besser: diese Geheimnisse uns zutiefst erspüren zu lassen, das ist der dichterische Wert dieses letzten Buches der Gertrud Prellwitz, ein Wert, der so rein und so klar wie ein Spiegel unvergänglicher zeitferner und heiliger Dinge ist.

Willy Hans Bannert.

Die Ostmärkerin als Staatsbürgerin und in der Politik.

Vortrag von Elisabeth Brönner-Höpfner, gehalten auf der Ostbundfrauentagung am 9. März 1929.

Bis zum Jahre 1908 durfte man offiziell von einer politischen Betätigung der Frau nichts wissen. Frauen waren von der Mitgliedschaft in politischen Vereinen ausgeschlossen zufolge des Paragraphen, der Kindern und Narren verbietet, Mitglied politischer Vereine zu sein. Inoffiziell ist die Frau zu allen Zeiten politisch eminent tüchtig gewesen, und es gibt kein politisches Geschehen, das nicht letzten Endes von den Frauen beeinflußt worden ist. Galante Männer haben dafür den schönen Ausspruch „Unterrockspolitik" erfunden. Aber wir haben es erlebt, daß gerade die stärksten Männer den Einflüssen einer solchen „Unterrockspolitik" jederzeit sehr nachgegeben haben. Auch hier wie überall in der Politik zeigt sich das durch das ganze Erdengeschehen hindurchgehende Unwahre der Politik. Immer wieder müssen wir feststellen, daß die politische Moral das genaue Gegenteil der Moral an sich ist, und m. E. ist das unbedingt richtig, wenn wir behaupten, erst dann könne das Vaterland und alle Vaterländer der Welt könnten erst dann genesen, im tiefsten Innern glücklich sein, wenn die politische Moral in Einklang gebracht werden könnte mit der Moral an sich.

Die politische Betätigung der Frau steht im engsten Zusammenhang mit der Frauenbewegung. Es würde zu weit führen, wenn ich hier auseinandersetzen wollte, aus welchen Urgründen die sogenannte Frauenbewegung entstanden ist, wenn ich von ihren Begründerinnen, Vertreterinnen und den einzelnen Richtungen sprechen wollte. Die Älteren unter Ihnen wissen genügend von der Frauenbewegung, haben sie zum großen Teil miterlebt oder mitbekämpft. Den Jüngeren

freilich ist Frauenbewegung nur noch ein Kinderschreck. Ihnen erscheint eine Frauenbewegung, wie wir sie mit durchkämpft haben, als etwas Überflüssiges, denn freilich haben sie zum großen Teil all das, wofür wir eben kämpften. Oder aber sie erscheint ihnen als etwas, was man mißachten müßte, weil es sich richtet gegen die natürlichen Aufgaben der Frau. Sie sehen durch die Brille der Männer und haben vor Augen jene verhältnismäßig sehr wenigen Auswüchse der Frauenbewegung. Ich weiß, die Männer und auch viele Frauen werden anführen, die englischen Frauenrechtlerinnen mit ihren Hungerstreiks, mit ihren Demonstrationen und mit ihren Gewalttätigkeiten. Aber nennen Sie mir noch eine so umfangreiche und durchgreifende politische Bewegung — denn natürlich ist die Frauenbewegung eine politische Bewegung —, die sich mit verhältnismäßig wenigen Hungerstreiks, Demonstrationen und einem Dutzend Gewalttaten durchgesetzt hat. Ströme von Blut sind für andere und manchmal unwichtigere Bewegungen geflossen.

Wenn wir von der politischen Frau, von der Frau als Staatsbürgerin sprechen, so können wir alle jene Bestrebungen der Frauenbewegung, die sich auf bessere Vorbildung der Frau richteten, auf ihre berufliche Schulung und auf ihre beruflichen Möglichkeiten von vornherein ausschalten und brauchen nur die politische Frauenbewegung überhaupt anzuschneiden. Diese politische Frauenbewegung hat in erster Linie natürlich im Auge die Erlangung der politischen Gleichberechtigung der Frau. **Überall haben die Frauen dabei auch die Notwendigkeit der strengsten politischen Pflichterfüllung betont. Ja, sie waren willens, diese Pflichten zuerst zu erfüllen, um sich so die Berechtigung, Rechte zu erlangen, zu erkämpfen. Darüber hinaus aber haben die Frauen des Ostens sich im Gegensatz zu den anderen Frauenrechtlerinnen schon frühzeitig mit den großen politischen, mit den nationalen Fragen befaßt.**

Daß es so war, findet seinen Grund in dem nationalen Kampf, den unsere Grenzgebiete zu führen gehabt haben. Im „Reich" — wie man vor dem Kriege bezeichnenderweise das übrige Deutschland im Gegensatz zu den Ostprovinzen genannt hat — war deutsch sein eine Selbstverständlichkeit. Im Osten hieß deutsch sein sehr oft das Sichbehaupten gegenüber fremdstämmigen Bewohnern unseres Vaterlandes, und zwar gegenüber fremdstämmigen, deren politisches und nationales Wollen um ein Vielfaches dem unsrigen überlegen war.

Daß sich die Ostfrau dem nationalen Kampf des Deutschtums sofort bedingungslos angeschlossen hat, ist ein beredtes Zeichen für die politischen Qualitäten der Frau überhaupt. Vielleicht war es bei diesen ersten Ritterkämpfen der politischen Frau von außerordentlich guter Vorbedeutung, daß die Frau damals noch keine politischen Rechte hatte, d. h., daß sie noch nicht abgestempelt war als Parteimensch. So konnten die Frauen, ohne irgendwelche parteiliche Bindung, einzig und allein den großen Zielen des Nationalen im besten Sinne nachleben und nachstreben.

Als hernach mit der Erlangung der politischen Frauenrechte die Frauen sich so schön parteipolitisch einordnen mußten, ihren Stempel aufgedrückt bekamen, zeigte es sich, daß die Ostkämpferinnen den verschiedensten politischen Lagern sich zugesellten, also schon damals ihre politische Weltanschauung in sich fertig gehabt haben mußten und trotzdem einig sein konnten in der starken unbeeinflußten Verfolgung eines gemeinsamen großen Gedankens. Wir wollen nur einige ganz wenige Frauen nennen, die in der nationalen Ostbewegung vor dem Frauenstimmrecht hervorragend tätig gewesen waren: die Deutschnationalen Käthe Schirmacher und Maria Lischnewska, die Volksparteiliche Frau Pöhlmann, die Demokratinnen Martha Schnee und Frau Carstenn-Elbing.

Der Kampf um die Erhaltung der deutschen Art, weiter aber auch der Kampf um die Scholle, haben der Ostfrau ein ganz besonderes Gepräge aufgedrückt und haben die Ostfrauen zu so einer innigen Schicksalsgemeinschaft verschmolzen, daß man wirklich von einem „Typ" der Ostfrau sprechen kann, mag sie nun auf der äußersten Rechten oder auf der äußersten Linken stehen. Wir Frauen haben uns, wie ich eben erwähnte, den Parteien einordnen müssen. Wir haben, als wir nach langem Kampfe durch die Frauenrechtlerinnen, für die großen Massen aber doch sehr überraschend und unvorbereitet, das Frauenstimmrecht erhielten, uns den bestehenden politischen Parteien eingefügt, weil wir eben in der Zeit, die an sich unerhörte Unruhen und seelische Erschütterungen unserem Vaterlande brachte, nicht noch durch neue Umstellungen glaubten die Wiederherstellung der Ruhe gefährden zu dürfen.

Es sind damals schon Stimmen laut geworden, die nach einer Frauenpartei gerufen haben. Aber neben dem vorhin Ausgeführten waren es auch diese Gedankengänge, die uns dahin brachten, von einer solchen Forderung abzusehen: innerhalb der bestehenden politischen Parteien waren wir bei der Durchbringung unserer besonderen Frauenwünsche und -ideen für die Gestaltung des Vaterlandes und des Volksganzen mächtiger als in gesonderten Parteien.

Wir waren mächtiger deswegen, weil wir als wertvolle Stimmen von den Männern Berücksichtigung und Entgegenkommen erwarten durften, während wir wertlos wurden, wenn wir unsere eigene Partei gehabt hätten. Es ist uns Frauen oft genug gesagt worden: Ihr habt ja gar nichts zu geben gehabt, sonst hättet ihr den alten parlamentarischen Schlendrian ausgerottet und hättet unbelastet, wie ihr gewesen seid, über Bord geworfen, was alt und würdig des Unterganges war.

„Vom sicheren Port läßt sich's gemächlich raten." Freilich hat uns, die wir mit dabei sein durften, im ersten Parlament in der Nationalversammlung vieles nicht gefallen. Wir haben in uns das Verlangen gespürt zu revolutionieren, aber in allen von uns war die Selbstdisziplin stärker.

Es war genug der Revolution, übergenug, und es galt aufzubauen mit allen Kräften und mit allen Mitteln. **Wir sahen ein, daß es nur eine Art gibt, um unsere besonderen Ideen bei der gewaltigen Arbeit der Neuordnung und des Wiederaufbaues zur Geltung zu bringen, nämlich diese: in parlamentarischer Arbeitsgemeinschaft aller Frauen, in Ausschüssen, in besonderen Fragen, die uns angingen, Übereinstimmung zu erlangen und dann diesen so in heißem Kampf gewonnenen Frauenstandpunkt in den Fraktionen zu vertreten.**

Mir erscheint es als ein Zeichen von Selbsteinsicht und Bescheidenheit, wenn die Frauen zurückgehalten haben mit Neuerungen, die sie vielleicht selber dringlichst wünschten, aber eben im Interesse des Ganzen zurückstellten. Es ist für die ersten Frauen in den Parlamenten nicht als ein Tadel, sondern als ein höchstes Lob auszulegen, daß überall von ihnen gesagt worden ist: eigentlich reden die Frauen recht wenig.

Ich glaube wohl, daß es in diesen Kreisen nicht nötig sein wird — sicherlich haben wir alle die nötige Selbsteinsicht —, aber wenn ich mit jüngeren Frauen rede, dann richte ich an alle diese Bitte: Halte dich zurück, wenn du nicht wirklich etwas Wertvolles zu sagen hast. **Solche Einleitungen, wie: Ich schließe mich völlig dem, was der Vorredner gesagt hat, an und unterstreiche es nur, sollten bei uns Frauen niemals vorkommen, und niemals sollte auf die Frauen jenes schöne Wort zutreffen: Ein leidenschaftlicher Unsinn, wirkungsvoll vorgetragen, ist viel mehr wert als die wohldurchdachteste und gehaltvollste Rede. Wir Frauen können nur Achtung für unser Wort erlangen, wenn wir da schweigen, wo wir nichts zu sagen haben.** Dann dürfen wir auch einmal so sprechen, wie eine mir bekannte Parlamentarierin in der Fraktion gesagt hat, als zu einer Sache, die Frauensache und nur Frauensache war, von Männern, die sozusagen keinen Dunst von der Angelegenheit hatten, irgendwelche wertlosen Gegenreden gehalten werden sollten: „Verehrte Kollegen, ich habe geschwiegen bei den Angelegenheiten, von denen ich voraussetzen mußte, daß Sie davon mehr verstehen als ich und habe Sie viel, sehr viel reden lassen. Wenn aber diese Angelegenheiten zur Sprache kommen, wovon Sie nach ihren bisherigen Reden keinerlei Ahnung haben können, dann verlange ich, daß meine Worte als Sachverständige einfach den Wert von Aussprüchen einer Autorität haben. Ich habe mir dieses Recht, gehört zu werden, durch wochenlanges Schweigen erkämpft." Lassen Sie mich aber doch diese Gelegenheit benutzen, um die heikle Frage zu betrachten: Passen wir Frauen in die politischen Parteien, wie sie jetzt sind, überhaupt hinein oder — anders herum —: gibt es politische Parteien, die wir Frauen restlos als „unsere Partei" ansehen können? Wenn es schon manchmal für den Mann gilt, daß er nicht eine Partei finden kann, in die er restlos hineinpaßt, so gilt das für die Frau desto mehr. Daher erleben wir es auch, daß selbst in den wohldiszipliniertesten Parteien die Frau sich einfach der Parteidisziplin nicht fügen kann.

Täglich erleben wir es z. B., daß Frauen, die Parteien angehören, welche die Kirche glattweg verneinen, gar nicht einmal daran denken, ihre Kinder nicht taufen und einsegnen zu lassen, sich nicht trauen zu lassen, ihre Toten nicht mit geistlichem Segen zu Grabe tragen zu lassen.

Mir haben Frauen, die Parteien angehörten, in denen der Besitz als Sünde bezeichnet wird, glatt ins Gesicht hinein gelacht, wenn ich ihnen sagte: Ja, nach Ihrer Ansicht dürfen Sie ja einmal Ihren Kindern gar nichts hinterlassen, sondern das gehört der Allgemeinheit.

Wie unmöglich der Standpunkt der Negation von Erbmöglichkeiten für Frauen ist, werden so recht unsere Siedlerfrauen einsehen, die schließlich die Scholle nur bearbeiten im Hinblick auf die, welche nach uns kommen.

Solange die kommunistischen Ideen dahin gehen, die Kinder den Müttern abzunehmen und sie staatlich erziehen zu lassen, brauchen wir keine Angst vor dem Sieg des Bolschewismus zu haben; da machen die Frauen nicht mit, am wenigsten die Frauen des Ostens, die es gewohnt sind, ihre Kinder täglich unter Augen zu haben.

Ich sage, die Frauen passen nicht in die politischen Parteien hinein, denn jede Frau, wes Standes sie auch ist, ist von Natur aus zu gleicher Zeit national, und ich will nicht sagen international, aber übernational, d. h. jede Frau streckt in Gedanken über das eigene Land hinaus die Hände schwesterlich nach den Schicksalsgenossen in den anderen Ländern, nach den Müttern, und sie streckt die Hände in mitleidigem Erbarmen nach den Kindern anderer Länder aus.

Bei solchem Zwang zum Welterbarmen ist die Frau ungeeignet zur reinen Interessevertretung, wie sie teilweise in den Parlamenten geübt wird und wie sie bei der Aufstellung der Kandidaten für die Parlamente oft ausschlaggebend ist.

Ich habe mich nie befreunden können mit dem Gedanken, daß Abgeordnete nach Berufsgruppen aufgestellt werden, aber wenn gar Frauen z. B. als Vertreterin der Postbeamtin oder als Vertreterin der Lehrerin ausgewählt werden, so erscheint mir das als ein Luxus innerhalb der Parlamente, den wir uns einfach nicht leisten können.

Im Grunde sind die Männer ja längst dahintergekommen, daß es keinen besseren Schutz gegenüber der Frauenkonkurrenz gibt als die völlige Gleichstellung der Frau in den Berufen, d. h. also völlig dieselben Berufsvorbildungen, völlig dieselben Leistungen, völlig dieselbe Entlohnung. Bei der Beachtung solcher Gesichtspunkte fallen so unendlich viele Tausende von Frauen durch das Sieb der Auslese,

daß die Konkurrenz nicht mehr zu befürchten ist. Welche besondere Aufgabe hat nun die Frau im Staate zu erfüllen? Ich will die Frage von vornherein dahin beantworten: **Sie hat die allerwichtigste Aufgabe im Staat zu erfüllen, nämlich die: sie hat dafür zu sorgen, daß die Keimzelle des Staates, die Familie eben, gesund ist, denn nur der Staat kann ja gesund sein, der in seinen Zellen gesund ist, und zwar genügt hier die Frauentätigkeit in der Familie nicht nur, sondern sie muß selbstverständlich als Sachverständige — wie ich vorhin schon erwähnte — überall da sein, wo irgendwelche Gesetze geschaffen werden, die in irgendeiner Weise diese Keimzelle des Staates belangen oder berühren oder bei allem sonstigen öffentlichen Geschehen, das rückwirkt auf die Keimzelle des Staates.**

Wenn Sie diese Linie weiterführen, werden Sie sehen, daß die Frau letzten Endes eigentlich überall Mitarbeit leisten muß, denn, wie es gerade der Krieg gezeigt hat, steht es mit den großen Weltgeschehen in engstem Zusammenhang, was wir unseren Familien zu Mittag vorsetzen oder womit wir unseren Körper bekleiden. Vielleicht werden manche von Ihnen sagen: Ja, die Frau hat aber doch früher nicht als Staatsbürgerin und in der Politik mitgearbeitet, und es ist auch gegangen.

Sehr verehrte Frauen! Sie haben recht und doch nicht recht. Wenn in einem absolutistisch regierten Staat, wie z. B. in Rußland, wo der Bürger ja nur Objekt der Gesetzgebung ist, wo mit ihm regiert wird, davon gesprochen wird, die staatsbürgerliche Frauenarbeit ist nicht notwendig, so mag das in gewisser Weise zutreffen. Und da, wo von ganz starken Regierungen oder von einzelnen Persönlichkeiten — man nennt das ja wohl Diktatur — einfach alles geordnet wird, so daß der einzelne wenig Einfluß hat auf das öffentliche Geschehen, wäre es vielleicht eine Kraftvergeudung, wenn die Frau auch nur so mitmachen wollte, um mitzutun.

Jetzt aber ist es doch so, daß bei uns z. B. die volle Verantwortung für das politische Geschehen in die Hand des Volkes gelegt worden ist, daß wir den Staat gerade so haben oder ihn dazu machen können, wie wir ihn uns wünschen, wenn wir eben nur die nötige Energie aufwenden und wenn wir es verstehen, für unsere Idee Proselyten zu machen. Also: in unsere Hand ist es gegeben, die Voraussetzungen zu schaffen, daß unsere Familien — die Keimzellen des Staates — gesund und kräftig erhalten werden können. Darum, wenn eine Auswahl der Frauen für die öffentlichen Vertretungen — sei es in Parlameten, in Gemeindevertretungen oder in Organisationen — getroffen wird, so müssen in erster Linie Mütter herangezogen werden. Ich meine damit noch nicht einmal Frauen, die nun körperlich Mütter sind, sondern ich meine, es müssen unbedingt Frauen sein, die den mütterlichen Beruf im höchsten Sinne ausgeübt haben und ihn auszuüben fähig sind. Besonders notwendig ist das aber für die schwach besiedelten Gebiete und für die Grenzgebiete, wo diese staatlichen Keimzellen noch von unendlich größerer Wichtigkeit sind als sonstwo. **Im Interesse des Ostens, aber auch im Interesse des Volksganzen, dürften wir meines Erachtens nicht darauf verzichten, daß wir einige Siedlerfrauen als Sachverständige für die öffentlichen Vertretungen bekommen.** Von der Tüchtigkeit und von der Ausbildung der Frauen hängt es ab, ob Deutschland imstande sein wird, sich selbst zu unterhalten und unabhängig vom Ausland zu werden. Mir hat vor einiger Zeit ein sehr hoher Beamter erzählt, daß Ausländer einen Horror hätten vor deutschen Milcherzeugnissen. Sie sagten, sie äßen z. B. in Deutschland grundsätzlich nur dänische Butter. Ich weiß nicht, ob diese Ausländer, die so meinen, völlig recht haben mit ihrer Ansicht. Teilweise trifft aber der Vorwurf unbedingt zu. Es bleibt unendlich viel zu tun, unsere Landbevölkerung dahin zu bringen, daß alle Milcherzeugnisse eine weitaus größere Beachtung finden, als es bisher der Fall ist. Ich will mich nicht grundsätzlich auf den Standpunkt der Leute stellen, die dem Körnerbau in Deutschland von vornherein das Todesurteil sprechen. Darüber aber bin ich mir klar, daß die besseren Aussichten für die deutsche Landwirtschaft in der Verwertung der Milchproduktion liegen und in der Heranzüchtung von Fleischtieren.

Wir sind von den Ideen nun wieder zum Praktischen gekommen.

Aus diesen praktischen Betrachtungen heraus aber kommen wir zu der Forderung einer besseren Vorbildung der Frauen für alle die Berufe, die in irgendeiner Weise mit der Produktion zusammenhängen und — indem wir den Ring wieder schließen — zu der Forderung: überall da, wo Maßnahmen getroffen werden, die in irgendeiner Weise die Probleme berühren, Frauen als Sachverständige und zur Mitarbeit!

Haß und Streit ist im Leben, Haß und Streit ist am meisten in der Politik, und insofern, verehrte Frauen, haben wir die Probe auf das Exempel nicht bestanden.

Wir haben uns leider Gottes gar zu stark mit hineinziehen lassen in den Haß, haben da, wo wir eigentlich ausgleichen sollten, die Gegensätze noch verschärft, haben vielleicht mitunter noch stärker gehaßt als die Männer in den Parteien.

Wenn man längere Zeit mit an führender Stelle im politischen Leben steht, kommt man mit unfehlbarer Sicherheit zu jener Erkenntnis: von den verschiedensten Seiten aus müssen die Probleme der staatlichen Gestaltung gelöst werden, und es gibt kein größeres Verbrechen an dem Vaterlande als dieses, wenn man irgendeine Kraft zurückstößt oder brachliegen läßt.

Wenn sich schon Völker auf der Höhe ihres Glückes diesen Luxus nur schwer leisten können, so ist ein solches Zurückstoßen und Hintanhalten von Kräften, die nutzbar gemacht werden könnten, etwas Unentschuldbares für ein Volk in schwerer Not.

Wenn Frauen der verschiedenen politischen Parteien Arbeitsgemeinschaften bilden und so unter Hintansetzung ihrer besonderen Ansichten gemeinsam am Werke sind, leiten sie damit das große Hilfswerk zur Rettung unseres Vaterlandes in so würdevoller Weise ein, wie wir sie uns nicht besser vorstellen können.

Wir sind stolz darauf, daß die Frauen des Ostens mit zu den ersten gehört haben, die diese Arbeitsgemeinschaften bildeten.

Lassen Sie mich schließen mit der Bitte an Sie alle:

Schwestern des Ostens, reicht euch die Hände,
Laßt das verderbliche Streiten!
Wir, die des Lebens heiligste Güter
Sorgsam bewahren als treue Hüter,
Müssen den Weg bereiten.

Müssen denen den Weg bereiten,
Die aus Schmach und aus Schande
Unser geknechtetes Volk einst befreien
Und sich mit heißem Herzen weihen
Einzig dem Vaterlande.

Weihen einzig dem Vaterlande,
Daß es zum Bessern sich wende.
Niemals wird unser Reich vergehen,
Wenn wir in Treue zusammenstehen.
Schwestern, reicht euch die Hände!

Zum Berufsproblem der Frau.

Berufswahl und Berechtigungswesen.

In diesen Monaten sind wieder zahllose Eltern und Jugendliche vor die schwere Frage der Berufswahl gestellt. Wer möchte nicht nach Neigung und Eignung wählen! Und doch müssen so viele unter dem Zwang äußerer Notwendigkeiten entscheiden. Eine der stärksten Schranken ist heute das Berechtigungswesen, eine Ironie auf die von der jetzt regierenden Linken in Anspruch genommene Parole „Freie Bahn dem Tüchtigen".

Die Entwicklung der gesteigerten Vorbildung vollzieht sich nicht nur bei uns. Auch in Amerika hat sich der Zudrang zu den höheren Schulen seit 1900 verdoppelt. Bei uns allerdings hat er sich in derselben Zeit vervierfacht. Wir haben zurzeit annähernd 20 000 Abiturienten, an den Universitäten einschließlich der Technischen Hochschule etwa 94 000 Studierende. darunter 20 000 Juristen, 20 000 Philologen und 10 000 Studierende der Nationalökonomie. Die ungesunde Steigerung erklärt sich folgendermaßen: Seit dem Versailler Vertrag sind wir ein Volk ohne Raum. So sucht man sich mit erhöhter Ausbildung für den gesteigerten Existenzkampf zu rüsten. Durch den wirtschaftlichen Niedergang sind viele Betriebe eingeschränkt. Das Gewerbe hat schwer zu kämpfen. Das Handwerk hat keineswegs mehr goldenen Boden; daher streben auch Kaufmanns- und Handwerkersöhne nach der ruhigeren und gesicherten Beamtenlaufbahn. Die weitgehende Verstädterung der Bevölkerung erleichtert den Besuch der höheren Schulen, und die verhängnisvolle, in alle Schichten dringende Kleinhaltung der Familie ermöglicht in den Städten fast jedem Stand eine höhere Schulbildung der Kinder. Dazu ist der Wissensstand der höheren Schulen zweifellos gesunken. Unter anderen haben der Rektor der Berliner Universität und der Präsident des Juristischen Prüfungsamtes in Preußen kürzlich an offizieller Stelle die Erleichterung des Abituriums als Grund zur Überfüllung der Hochschulen angegeben, und am 7. März d. J. hat der Deutsche Hochschulverband auf seiner Tagung in München direkt von einer „Inflation der Bildung" gesprochen. Sehr traurig ist in diesem Ringen das Los aller Kreise vom Lande. Die Verarmung ermöglicht es ländlichen Geistlichen und anderen Akademikern oder höheren Beamten sehr oft nicht, ihre Kinder durch die Ausbildung in der Stadt in die gleiche soziale Stellung zu bringen, und durch die Reform der Lehrerbildung sind jetzt auch die bäuerlichen Kreise von dem Aufstieg in diesen geistigen Beruf so gut wie ausgeschlossen. Viel wertvolle kulturelle und ländliche Kraft geht damit unserem Nachwuchs in geistigen Berufen verloren.

Aber das Fehlen des ländlichen Nachwuchses fällt zahlenmäßig im Vergleich zur Verstädterung wenig ins Gewicht, und so haben wir gegenwärtig folgendes Bild: Überangebot und Berechtigungswesen übersteigern sich gegenseitig, so daß heute beispielsweise eine Schuhmacherinnung Obersekundareife als Vorbildung für ihre Lehrlinge fordern kann und mittlere Beamte mit Abiturium gar keine Seltenheit sind, denn 50 v. H. der Abiturienten kommen heute nicht mehr zum Studium. Daher hat das Abitur heute etwa noch die Geltung, die vor zehn Jahren das Einjährige hatte, die Mittelschule aber verödet trotz ihrer vorzüglichen Lehrpläne, und auch die Volksschule wird — während man gerade die Vorbildung ihrer Lehrer zu akademischer Höhe gesteigert hat — in ihrer Bewertung deklassiert; denn Behörden und Handel ziehen die höhere Berechtigung den besten Zeugnissen der niedrigeren Schulgattung vor, obgleich eine abgeschlossene Mittel- oder Volksschulbildung für viele Berufe eine geeignetere Vorstufe ist. Auch sollte man nicht allein das Zeugnis der höheren Schule, sondern vor allem Charakter und praktische Eignung entscheiden lassen, die z. B. bei den sozialen Frauenberufen — ebenso bei einer großen Zahl von männlichen Berufen — viel wichtiger sind als etwa eine abstrakte wissenschaftliche Befähigung. Vor allem wird der qualifizierten Arbeiterschaft und dem Handwerk der hochwertige Nachwuchs ent-

zogen, und da jetzt die Auswirkung des Geburtenrückganges seit 1914 beginnt, macht sich ein Lehrlingsmangel schon empfindlich bemerkbar. Auf der anderen Seite sind wir auf dem Wege zu einem akademischen Proletariat. Alle akademischen Berufe sind überfüllt. Dazu werden heutzutage nur zu oft die höheren Beamtenstellen nicht nach Eignung und Fähigkeit, sondern nach Parteizugehörigkeit besetzt. So scheidet noch manche Aufrückungsstelle als Krönung entbehrungsvoller Vorbereitung und langjähriger treuer Dienste für dazu vorgebildete Anwärter aus.

Die Abhilfemöglichkeiten liegen vor allem bei den Behörden, die heute die Anforderungen übersteigern. Leider haben noch kürzlich Reichspost und Eisenbahn für ihre mittlere Beamtenlaufbahn die Primareife gefordert. Der preußische Kultusminister Becker hat bei der letzten Beratung des Kultusetats im Hauptausschuß auf wiederholte Anfragen das Problem nicht näher berührt. Auch hat er immer noch nicht die Berechtigungen der Mittelschule geklärt. Um so erfreulicher ist, daß der Preußische Staatsrat bei seiner letzten Etatsberatung eine deutliche Erklärung abgegeben hat, daß seitens der Behörden des Preußischen Staates, der Kommunen und Kommunalverbände keine über die Obersekundareife hinausgehenden Forderungen für die mittleren Beamten gestellt werden sollten. In gleichem Sinne soll auch auf die zuständigen Vertretungen von Handel und Gewerbe eingewirkt werden, daß sie nicht zu hohe Anforderungen an die Lehrlinge stellen. Weiter empfiehlt der Staatsrat dringend, die jetzt schon überspannten Anforderungen an die Ausbildung der Fachlehrerinnen usw. nicht mehr heraufzuschrauben. Dr. Elisabeth Spohr.

Aus dem Preußen-Parlament.

Der Hauptausschuß des Preußischen Landtages behandelte unlängst den Abschnitt zum Wohlfahrtshaushalt, der sich mit der allgemeinen Volkswohlfahrt beschäftigt.

Soweit die Verhandlungen für unsere Arbeit von besonderem Interesse sind, bringen wir die Ausführungen der Frauen zum Abdruck.

Frau von Kulesza (DVP.) begründete den Antrag ihrer Fraktion auf Gewährung eines rechtlichen Anspruchs der Kleinrentner auf eine ausreichende Dauerrente. Sie wandte sich gegen den Berechtigungsfimmel. Die Vorbedingung zur Aufnahme in eine Wohlfahrtsschule dürfe nicht an den Besuch einer Schulart geknüpft werden. Die Forderungen und Ziele für die Ausbildung der Pflegerinnen seien aber nicht herabzusetzen.

Frau Abg. Heßberger (Ztr.) empfahl Unterbringung der Schülerinnen in der sozialen Fürsorge in besonderen Heimen, die den Schulen anzugliedern seien, und äußerte sich zu den Anträgen auf Schaffung eines Bewahrungsgesetzes für asoziale Elemente. Frau Abg. Dönhoff (Dem.) behandelte die Frage der Polizeifürsorgerinnen und erklärte, daß sich die Beamtensperre gerade für die Frauen recht ungünstig auswirke. In der weiteren Aussprache wurde von den einzelnen Rednern zum Ausdruck gebracht, daß die Pflege der Leibesübungen im Interesse unserer Jugend weiter gefördert werden müsse.

Frau Jane Voigt (DVP.) fand einen Widerspruch zwischen Aufgaben und deren Erfüllung bei dem Fonds, der für die Fürsorge für die gefährdete und verwahrloste Jugend einschließlich der sozialen Kinderfürsorge bestimmt ist. Mit der im Etat eingesetzten Summe von 400 000 ℳ kann nichts Durchgreifendes erreicht werden, nicht einmal in der sozialen Kinderfürsorge allein, die z. B. für die Einrichtung von Kindergärten an der langen Front unserer neuen Grenzen große Mittel braucht, um eine ihrer Hauptaufgaben, abgesehen von der sog. Betreuung, zu erfüllen, nämlich die Muttersprache, das höchste Kulturgut unseres Volkes, schon in den kleinen Kindern zu festigen.

Die Rednerin wies in diesem Zusammenhang auf den von der Volkspartei stets unterstützten Antrag hin, mehr hauptamtliche Jugendpfleger und Jugendpflegerinnen in den Grenzgebieten einzustellen.

Mehr Frauen in den Reichswirtschaftsrat! Nach der letzten Volkszählung gibt es 11½ Millionen erwerbstätige Frauen in Deutschland, darunter fast 4 Millionen verheiratete. Demgegenüber ist ein einziger Frauensitz im Reichswirtschaftsrat gesichert. Die Mitwirkung sozialpolitisch und wirtschaftlich geschulter Frauen liegt aber nicht nur im Interesse der Frau selbst und ist ein Gebot der Gerechtigkeit ihr gegenüber, sondern sie muß auch als im öffentlichen Interesse dringend notwendig anerkannt werden. Der Bund Deutscher Frauenvereine hat daher Schritte unternommen, eine bessere Berücksichtigung der sozialpolitischen und wirtschaftlichen Sonderbelange von Frau und Kind im künftigen Reichswirtschaftsrat herbeizuführen.

Aus der Ostbund-Frauenarbeit.

Jahresbericht des Frauendienstes Magdeburg.

Der Frauendienst ist im März 1927 gegründet, besteht also zwei Jahre. Als die Berichterstatterin in der Hauptversammlung der Ortsgruppe im Januar 1927 für die Bildung eines Frauendienstes eintrat, hatte sie mancherlei Widerstände zu überwinden. Die Männer befürchteten scheinbar unerwünschte Eingriffe in ihre Rechte, häufige Abwesenheit ihrer Frauen vom Haushalt, pekuniäre Opfer — dergleichen mehr. Die Arbeit des Frauendienstes hat vom Gegenteil überzeugt, und so hat sich auch der Vorstand der Ortsgruppe Magdeburg mit der Gründung des Frauendienstes nicht nur abgefunden, sondern ist bestrebt, unsere Arbeit nach Möglichkeit zu fördern. Der Frauendienst ist zum Segen für den Zusammenschluß der Mitglieder geworden und hat auch in die große Ortsgruppe regeres Leben gebracht. Die Frauengruppe Magdeburg steht jetzt auf festem Fuße, und niemand möchte sie missen. Die Mitgliederzahl ist von 40 auf 60 gestiegen. Die monatlichen Vorstandssitzungen und Mitgliederversammlungen sind stets gut besucht. Eine feste Einrichtung sind auch unsere „lichten Stunden" geworden, ebenso die Adventsfeier und der Faschingsabend, zu dem die Männer eingeladen und bewirtet werden.

Auch die Ausgestaltung des Muttertages liegt ganz in Händen des Frauendienstes, an diesem Tage sind alle Ostmärkerinnen über 65 Jahre unsere Gäste. Wir unterstützen vor allem bedürftige alleinstehende Frauen durch Beschaffung von Heimarbeit und regen immer wieder an, daß unsere Mitglieder bei Ostmärkern kaufen und notwendige Arbeiten an ostmärkische Gewerbetreibende vergeben. Der Vorstand genießt das vollkommene Vertrauen der Mitglieder und ist in der Hauptversammlung vom 14. März einstimmig neu gewählt worden. Die im Frauenschulungstag gegebenen Anregungen werden wir praktisch auswirken, und wir wollen weiter arbeiten in dem Gedanken an das Band, das uns verbindet, unsere Heimat, die Ostmark.

Klara Scheibner, Vorsitzende.

Der Frauendienst der Ortsgruppe Berlin-Süd

gab in seiner Hauptversammlung am 14. März, die in Kliem's Festsälen, Hasenheide, stattfand, seinen Jahresbericht bekannt. Danach haben im Vereinsjahr 8 ordentliche Mitgliederversammlungen stattgefunden. Die Zahl der ordentlichen Mitglieder beträgt 32, der Frauendienst hat den Tod eines Mitgliedes zu beklagen. Außer den Versammlungen treffen sich die Mitglieder des Frauendienstes an jedem 2. Donnerstag im Monat zu einem geselligen Beisammensein zum Kaffee. Sodann haben zwei Gesellschaftsabende stattgefunden, zu denen der Frauendienst die Muttergruppe eingeladen hat. Die Vorbereitungen zum Weihnachtsfest lagen auch in Händen des Frauendienstes und nahmen dank der würdigen Ausschmückung einen allseits befriedigenden Verlauf. Ebenso hat der Frauendienst sich an der allgemeinen Feier des Muttertages der Ostbundfrauen beteiligt. Aus dem Kassenbericht ging hervor, daß die Kassiererin, Frau Steinhorst, die Rechnungsführung mustergültig geführt hat. Der Vorstand wurde durch Zuruf einstimmig auf zwei Jahre wiedergewählt und besteht aus den Damen: 1. Vorsitzende Frau Blume, 2. Vorsitzende Frau Mühle, 1. Schriftführerin Frau Rapp, 2. Schriftführerin Frau Gehrke, 1. Kassiererin Frau Steinhorst, 2. Kassiererin Frau Morenz, Beisitzer Frau Bendt.

Der Frauendienst der Ortsgruppe Grünberg i. Schl.

kann auf eine erfolgreiche Tätigkeit im verflossenen Vereinsjahr zurückblicken. Der Vorstand besteht aus Frau Rechtsanwalt Tonn, Frau Hedwig Grossert, Frau Entres und Frau Sauer. In der Januarversammlung gab Frau Rechtsanwalt Tonn den Jahresbericht. Dem Frauendienst gehören etwa 50 Damen an. Die Weihnachts- und Adventsfeier fand am 13. Dezember im Saal der „Kaiserkrone" statt. Von hilfsbereiten Händen war für stimmungsvolle Ausstattung gesorgt. Zwischen Tannen und Lichtern grüßte das Ostbundwappen. Aus den Ausführungen der Frau Rechtsanwalt Tonn sei folgendes entnommen:

„Wie sich zum Weihnachtsfeste die Kinderwelt freut, so haben auch wir es für unsere Pflicht gehalten, Sie hierher zu rufen, um einige frohe Stunden unter dem Adventsleuchter zu verleben. Schauen wir einmal zurück, es sind zehn Jahre her, daß uns die Heimat entrissen wurde, damals ahnten wir noch nicht, welche Leidenszeit uns bevorsteht, und diese werden viele unserer Mitglieder noch nicht überwunden haben. Doch wir wollen den Mut nicht sinken lassen und hoffen, daß nicht verloren ist, was wir verloren haben. Heute aber wollen wir uns fröhlichen Gedanken hingeben, das Weihnachtsfest in alt gewohnter Weise zu feiern, und hoffe ich, daß Sie alle die richtige Weihnachtsstimmung mitgebracht haben und wünsche ich Ihnen allen einen vergnügten Abend."

Alle Veranstaltungen des Frauendienstes waren beseelt von dem Wunsche der Hingabe an die Ostmarkarbeit und im Interesse der Wiedergewinnung der verlorenen Heimat. Hdg.

Lehrgang für Gutstöchter.

Wir machen auf folgende Einrichtung aufmerksam, die auf solche Gutstöchter zugeschnitten ist, die ihren Beruf im Elternhause haben, deren Arbeit so unentbehrlich scheint, daß sie nicht auf längere Zeit unterbrochen werden kann. Für diese ist im Burckhardthaus, Berlin-Dahlem, ein kurzer Kursus eingerichtet worden, mit Vorträgen über religiöse und soziale Fragen, über Kinder- und Jugendarbeit, und mit praktischer Anleitung zum Anwenden des Gelernten in der Gemeinde. Der Zeitpunkt (vom 6. April bis 15. Mai d. J.) ist leider ungünstig, war aber aus technischen Gründen nicht anders möglich. Der Preis von 150 ℳ für Unterricht, Wohnung und Verpflegung ist für manche hoch, aber das Zusammenleben mit Gleichgestellten aus allen Teilen Deutschlands, der Gedankenaustausch mit Gleichgesinnten unter bewährter Leitung sind so wertvoll, daß die Schwierigkeit mehr als aufgewogen wird. Deshalb kann jeder Gutsfrau, die ihrer Tochter Freudigkeit stärken, jeder Gutstochter, die sich für ihren gottgegebenen Beruf ertüchtigen will, geraten werden, sich ein Programm des Lehrgangs für Gutstöchter von Fräulein von Tresckow, Burckhardthaus, Berlin-Dahlem, kommen zu lassen.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Frau Ruth Heerdegen, Berlin-Mariendorf. — Verlag: Deutscher Ostbund E. V., Berlin. Einsendungen an die Schriftleitung, Berlin W 9, Potsdamer Str. 14 (Fernruf: Nollendorf 1627). — Druck: Hempel & Co. G. m. b. H., Berlin SW 68.

Otto Schmidt, Fürstenstr. 10, wiedergewählt. Er hat vor acht Jahren **die Ortsgruppe gegründet und die Geschäfte mit einer** kleinen Unterbrechung bis heute geleitet. Als Stellvertreter wurde Herr Alfred Bürschel neugewählt. Zum 1. Schriftführer wurde Herr Otto Langkabel, Mühlenstr. 21, gewählt, welcher schon mehrere Jahre dem Vorstande angehört, **als Stellvertreter Herr Karl Martin, als Kassierer wurde Herr Gustav Vorwerk,** Stargarder Str. 3, **wieder-,** als Stellvertreter Herr H. Ziegler neugewählt. Beisitzer wurde Herr Otto Jasmund.

Die Ortsgruppe Labes hielt am 3. März ihre Hauptversammlung im Wagnerschen Gasthaus ab. Auf der Tagesordnung stand u. a. Neuwahl des gesamten Vorstandes. Es wurden gewählt zum ersten Vorsitzenden an Stelle des Gutspächters Niederbäumer der Stadtsparkassenrendant Zahlpahl, zum zweiten Vorsitzenden Lokomotivführer Rudolph in Ruhnow, zu Schriftführern Oberpostschaffner Hinz und Lehrerwitwe Dähn, zum Kassierer Rottenführer Hundt in Neukirchen und zu Beisitzern Gastwirt Schiller in Ruhnow und Maurer Gustav Rosenow in Labes. Bedauert wurde, daß noch ein großer Teil der Ostmärker abseits steht, weil sie den Ostbund nur als eine Organisation zur wirtschaftlichen Vertretung in Verdrängungsschäden betrachten und hierbei an einen weiteren Erfolg nicht mehr glauben. Es wurde deshalb darauf hingewiesen, daß wegen einer gerechten Entschädigung die Arbeit des Ostbundes noch nicht beendet ist, der Verein aber nicht nur wirtschaftliche Ziele verfolgt, seine Aufgaben vielmehr auch ideell sind. Es wurde beschlossen, die nächste Versammlung mit Lichtbildervortrag und anschließendem Vergnügen am 6. April beim Gastwirt Schiller in Ruhnow abzuhalten. Nach dem Absingen ostmärkischer Heimatlieder wurde die Versammlung geschlossen.

Die Ortsgruppe Seebad Misdroy veranstaltete am 27. Februar einen gutbesuchten Heimatabend. Nach einem Vorspruch und der Begrüßungsansprache folgte das bekannte Theaterstück „Heimatscholle", das mit großer Hingabe flott gespielt wurde. Großen Anklang fand Frau Waldowsky mit dem Vortrag einiger humorvoller ostpreußischer Sachen von Robert Johannes. Mit dem gemeinsamen Gesang eines vaterländischen Liedes wurde der offizielle Teil beschlossen. Bei gemütlichem Tanz tauschte man dann weiter heimatliche Erinnerungen aus.

Die Ortsgruppe Pyritz feierte am 16. Februar ihr Wintervergnügen. Nach einem von Frl. Borchardt wirkungsvoll vorgetragenen Vorspruch „Mein Heimatland" hielt der Vorsitzende, Postinspektor Ludwig, die Begrüßungsansprache. Er wies auf das zehnjährige Bestehen des Ostbundes und die Verdienste seiner Gründer von Tilly und Ginschel hin und schloß mit einem Hoch auf die alte Heimat und das Vaterland. Photographenmeister Sikorski (früher Posen) brachte das Melodram „Todspieler" von Münchhausen und zwei Gesangssoli: „Weinlied" und „Im Prater blüht der Flieder" zum Vortrage und erntete damit reichen Beifall. Ein lustiges Kinostück sorgte für Humor. Zwei Darbietungen des Sologeigers der Schützenhauskapelle gefielen so gut, daß er noch eine Einlage bringen mußte. Trotzdem am selben Abend noch zwei Vergnügen in Pyritz stattfanden, waren alle Räume des Schützenhauses gut gefüllt; denn „bei den Ostdeutschen ist's immer sehr gemütlich", so heißt es in Pyritz. Und so war es auch. Erst in den Morgenstunden endete das Fest.

Landesverband Westpreußen.

Ortsgruppe Marienburg (Westpr.). Bei der Monatsversammlung am 13. März legten der erste und zweite Vorsitzende, die Herren Müller und Galewki, ihre Ämter nieder. Letzterer gehörte der Ortsgruppe seit ihrem Bestehen (1920) an; er verzieht nach Wernigerode. In Anerkennung der Verdienste des Scheidenden um die Ortsgruppe und die deutsche Sache überhaupt ernannte die Versammlung Herrn Galewski zum Ehrenmitgliede. Die erforderliche Neuwahl des Vorstandes hatte folgendes Ergebnis: Oberpostinspektor Gruhn erster Vorsitzender, T. Ass. Schlie zweiter Vorsitzender, Hausbesitzer Haake Schriftführer, Schmiedemeister Gerth und Rentier Kettler Beisitzer. Am 23. März fand zu Ehren des Landsmannes Galewski ein Abschiedsabend mit Damen statt. Der erste Vorsitzende widmete dem Scheidenden und seiner Gattin warme Dankworte und überreichte ihm die Urkunde über seine Ernennung zum Ehrenmitgliede. In bewegten Worten dankte der Scheidende und versprach, auch in der neuen Heimat die Ostmark nicht zu vergessen. Musikstücke und Gesänge deutscher Ostmarkenlieder verschönten die würdig verlaufene Feier.

Landesverband Bezirk Magdeburg.

Die Ortsgruppe Wernigerode beging am 16. März ihr 8. Stiftungsfest, das trotz der herrschenden Wetterunbilden von Mitgliedern und Gästen zahlreich besucht war. Sowohl ein von Fräulein Erika Schirrmann vorgetragener Vorspruch wie die Ansprache des 1. Vorsitzenden brachten die Größe des Verlustes, den wir im Osten erlitten haben, und die Treue zur alten Heimat gemäß dem Ostbund-Leitgedanken „Was wir verloren haben, darf nicht verloren sein!" packend zum Ausdruck. Die Aufführung eines Einakters, Vorführungen des hiesigen Fechtvereins und Tanz mit humoristischen Unterbrechungen füllten im übrigen den Abend in angenehmer Weise aus.

Landesverband Sachsen-Anhalt.

Die Ortsgruppe Nordhausen feierte im Gesellschaftshaus „Zum Dom" Montag den 11. Februar ihr 9. Stiftungsfest. **Nachdem** Landsmann Warnke das Gedicht **„Friedrichs d. Gr. letzte Reise", das durch ein lebendes Bild illustriert und sehr beifällig aufgenommen worden war,** vorgetragen hatte, **hielt der Vorsitzende,** Landsmann Jagodzinski, die Festansprache, in der er zunächst ehrend **der im Grenzschutz Ost Gefallenen gedachte, dann den Stammesbrüdern in dem uns entrissenen Gebiet Treue gelobte, auf die Geschichte des Ostbundes, seine Tätigkeit und Erfolge näher einging und zur Unterstützung des Kampfes um die verlorene Altheimat und um ihre friedliche Zurückgewinnung aufforderte. Er schloß die erhebenden Worte mit einem Hoch auf das Vaterland.** Konzert- und Gesangvorträge sowie die Aufführung des lustigen Einakters „Bimmels Varieté" und eine Verlosung, zu der Nordhausener Firmen Spenden geliefert hatten, so daß dem Unterstützungsgrundstock ein erheblicher Betrag aus dem Erlös zugewiesen werden konnte, sowie ein schön verlaufener Ball füllten den Abend in angenehmster Weise aus.

Ortsgruppe Saalfeld a. d. S. Herr Krause hat sein Amt aus Gesundheitsrücksichten niedergelegt. An seiner Stelle ist zum 1. Vorsitzenden Herr Ludwig Ehrsam, Kaufmann in Saalfeld, Breite Straße 43, gewählt worden.

Landesverband Sachsen-Thüringen.

Die Ortsgruppe Erfurt beging am 16. März das 10jährige Bestehen des Deutschen Ostbundes und ihr 9jähriges Stiftungsfest. Das Fest war auch von Einheimischen stark besucht, und auch von den beiden Patenvereinen, dem Verein ehem. 6. Ulanen und dem Jungdeutschen Orden, waren zahlreiche Vertreter erschienen. Nachdem die Vereinsfahne und die Banner der Patenvereine unter den Klängen des Fridericusmarsches in den Saal gebracht worden waren, hielt der Vorsitzende, Herr Reichsbahnoberinspektor Kirchner, die Begrüßungsansprache. Von gut ausgeführten Konzertstücken umrahmt, folgten dann die einzelnen Vorträge und Ansprachen, in deren Mittelpunkt die Festrede des Vorsitzenden stand. Er warf einen Rückblick auf die letzten zehn Jahre, schilderte die Losreißung unserer Heimat und die Drangsalierung der Deutschen durch die Polen, die es meisterhaft verstanden hätten, die deutsche Regierung zu täuschen und unter der Maske der Loyalität Verrat zu treiben. Ein Beweis für ihre verräterische Vorarbeit sei es auch, daß sie 1919 **sieben Eisenbahnwagen Gold- und Silbergeld von Posen nach Warschau überführen konnten.** Er schilderte weiter die qualvolle Zeit für die Deutschen im Jahre 1919, die Ermordung deutscher Geiseln, die Internierung von Zehntausenden angesehener Landsleute in Szczypiorno, die wie Schwerverbrecher abgeführt wurden, und die Vertreibung etwa einer Million Deutscher. Sie atmeten mit einem Gefühl der Befreiung auf, als sie die polnische Grenze hinter sich hatten, und ahnten nicht, daß die meisten von ihnen ins Elend gingen. Ihr Los einigermaßen erträglich gestaltet zu haben, ist das große Verdienst des Ostbundes. Wir dürfen die uns angetane Schmach nie vergessen, aber auch nicht die Heimat. Er bat die Binnendeutschen, uns in Treue und Einigkeit zu unterstützen in unserm Bestreben, das Verlorene wiederzuerlangen. Der Rede ging ein von Frl. Kußner gesprochener, vom Vorsitzenden verfaßter Vorspruch voraus und folgte ein von Frl. Schleiff wirkungsvoll vorgetragenes Gedicht „Deutsche Klage und Hoffnung" von Herrn Kirchner. Frau Gottschlich wurde vom Vorsitzenden der herzliche Dank ausgesprochen für ihr segensreiches Wirken im Dienste der Armen und der Kinder der armen Verdrängten und als äußere Anerkennung die Ehrenurkunde des Ostbundes überreicht. Herr Schütz, der Vorsitzende des Vereins ehem. 6. Ulanen, richtete im Namen der Patenvereine in herzlichen Worten Grüße und Wünsche an die Ostmärker aus und schloß mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß das Deutsche Reich zu neuer Blüte kommen und der Osten uns zurückgegeben werde. Der Landesverbandsvorsitzende, Herr Ferntheil, sprach über die Gründung, die bisherige segensreiche Tätigkeit und die weiteren Ziele des Ostbundes. Alle Reden und Vorträge lösten lebhaften Beifall aus. Großen Anklang fand auch das von Frl. Passarge, Bromberg, eingeübte Singspiel „Die Zigeunerinnen" von Behann. Den Schluß des schönen Festes bildete ein gemütlicher Tanz.

Schl.

Landesverband Freistaat Sachsen.

Ortsgruppe Dresden. Stiftungsfest. — Monatsversammlung. Als „Jahrmarkt in Samotschin" wurde das Stiftungsfest am 2. März in Hollacks Festsälen gefeiert. Gleich die Eröffnungsansprache des „Oberbürgermeisters" (1. Vors.) — „er stand auf seines Daches Zinnen und schaute mit vergnügten Sinnen auf das beherrschte Samotschin" — gab dem Feste eine fröhliche Richtung. Der Höhepunkt der Fröhlichkeit wurde erreicht, als die fahrende Truppe Pirandello, der selbst der schlanke Bärenführer mit seinem Tanzpetz nicht fehlte, mit Musik und Gesang einzog und allerlei Genüsse darbot. Besonders gefielen die Gesänge der „Sängerinnen" Frau Syka und Frau Rapp und die Vorträge des „Direktors" Herrn Fölske. Schon vorher hatte Frl. Lepke die Besucher durch mehrere Lieder begeistert. In verschiedenen Buden konnte allerlei Schnickschnack gekauft werden. Auch eine Wahrsagerin hatte ihre geheimnisvolle Bude aufgeschlagen. Gesamturteil: Eine so ausgelassene Fröhlichkeit haben die Festsäle wohl selten gesehen. — Die Monatsversammlung (am 8. März) fand zum ersten Male im „Italienischen Dörfchen" statt. Aus dem „Johanneshof" mußten wir ausziehen, weil der Raum für unsere stetig wachsende Ortsgruppe nicht mehr ausreichte. Nachdem der stellvertretende Vorsitzende einige geschäftliche Mitteilungen gemacht und Herr Schilla einige Eingänge betreffs des Entschädigungswesens bekanntgegeben hatte, sprach Herr Konrektor Hinz über „Die Schulnot der deutschen Minderheit in Polen". Er wies nach, wie die Polen anfänglich große Versprechungen gemacht, diese in der ersten Zeit ihrer Herrschaft hier und da auch gehalten, dann aber bald vergessen hätten und sich heute

nicht im geringsten mehr um ihre im Minderheitenvertrage übernommenen Verpflichtungen kümmerten. Mußte doch der deutsche Abgeordnete Utta in der Sejmsitzung vom 7. Februar d. J. die Feststellung machen, „daß das deutsche Schulwesen in Polen bereits in Trümmern liegt. Über 80 v. H. unserer Schulen, die wir zur Zeit der Entstehung des polnischen Staates besaßen, wurden liquidiert". Jetzt wird es sich zeigen, ob die Polen den Kulturautonomiegesetzentwurf der Deutschen im Sejm annehmen und so den Deutschen dasselbe geben werden, was die Deutschen den Polen bereits in Deutschland im Minderheitenschutzgesetz gegeben haben. — Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt; nur Herr H. Fölske wurde als Leiter der Vergnügen neugewählt.

Landesverband Hannover-Braunschweig.

Die Ortsgruppe Alfeld a. d. L. hielt am 2. März unter dem Vorsitz des Herrn Grohn ihre Generalversammlung ab, in der nach einer Ansprache und nach Erstattung des Jahres- und Kassenberichts die Vorstandswahl erfolgte. Danach setzt sich der neue Vorstand wie folgt zusammen: 1. Vorsitzender: Herr Karl Conradt, 2. Vorsitzender: Herr Gustav Grohn, Schriftführer: Herr Willi Kolander, Kassierer: Fräulein Gertrud Liedke in Delligsen. Nach Erledigung des Geschäftlichen hielten Vorträge, der Gesang heimatlicher Lieder usw. die Versammelten bis in die späte Nacht zusammen.

Die Ortsgruppe Goslar hält ihre Versammlung nicht, wie in Nummer 12 irrtümlich berichtet wurde, an jedem ersten Donnerstag, sondern an jedem ersten Dienstag im Monat im „Goldenen Stern" ab.

Landesverband Rheinland-Westfalen.

Ortsgruppe Dortmund. Am 5. März fand im Speisesaal Hoesch ein Filmabend statt. Die Verwaltung des Eisen- und Stahlwerks Hoesch hatte den Saal zu dieser Veranstaltung kostenlos zur Verfügung gestellt. Der Film „Land unterm Kreuz", wenn auch hauptsächlich oberschlesische Verhältnisse betreffend, zeigte doch auch allgemein in ergreifender Weise die Not und das Elend der seiner Zeit vertriebenen ostmärkischen Flüchtlinge sowie die jetzigen unhaltbaren Zustände durch die Grenzziehung im Osten. Die Gesangsabteilung verschönte durch mehrere Lieder die gut gelungene Veranstaltung.

Ortsgruppe Elberfeld-Barmen. Ein Grenzlandabend vereinte am 26. Januar alle Grenzlandverbände im evangelischen Vereinshause in Elberfeld. Auch Elberfelder hatten sich zahlreich eingefunden. Einige Grenzlandverbände schilderten in ihren Darbietungen die Not der abgetrennten Gebiete und der vertriebenen Volksgenossen. Der Deutsche Ostbund beteiligte sich mit vier Programmnummern: „Im Flüchtlingslager", Weichsellied, gedichtet von Lachmann, vertont von Bergmann, Mitgliedern unserer Ortsgruppe, Volkstänzen und einer ostpreußischen Dialekt-Humoreske. „Im Flüchtlingslager" und das Weichsellied lösten eine ernste Grenzlandstimmung aus. Man schien solche Leistungen von Ostmärkern nicht erwartet zu haben. Dr. Maaß, Pastor Ihme und Fräulein Schuchardt, die Vorsitzerin des Wuppertaler Frauenvereins, fanden herzliche Worte für unsere Grenzgebiete. Ein Elberfelder Jugendorchester stellte treffliche Musik, und eine Jugendgruppe Elberfelds beteiligte sich gesanglich. Daran schloß sich der heitere Teil, zu dem die Volkstänze und das Radiohören in ostpreußischer Mundart reichlich beisteuerten. Es war ein gelungener Versuch, die Grenzmärker aller Himmelsrichtungen einander näherzubringen und die Einheimischen für ihre Bestrebungen zu erwärmen.

Die Ortsgruppe Köln hielt am 19. Januar ihre Hauptversammlung ab. Nach dem üblichen Jahres- und Kassenbericht, der von einer regen Tätigkeit im verflossenen Geschäftsjahre Zeugnis ablegt, wurde dem Vorstande Entlastung erteilt. Die vom Vorstande vorgeschlagenen Satzungsänderungen wurden angenommen. Da Herr Kaufmann Mißler seine Wiederwahl zum Vorsitzenden ablehnte, wurde Herr Regierungsinspektor Hein zum 1. Vorsitzenden gewählt. Es wurden ferner gewählt die Herren v. Kalkstein zum 2. Vorsitzenden, Boesler zum Schriftführer, Ruch zum 1. Kassierer, Nagorski zum 2. Schriftführer und Lorenz zum 2. Kassierer. — Am 3. Februar fand ein karnevalistischer Abend statt, der infolge seines gediegenen Programms zur vollen Zufriedenheit aller Teilnehmer verlief. — Das 10jährige Bestehen des Deutschen Ostbundes wird mit dem Stiftungsfest der Ortsgruppe am 11. Mai d. J. im Rudolfsaale gefeiert werden. — Die Monatsversammlungen der Ortsgruppe finden auch fernerhin an jedem ersten Sonnabend im Monat im „Fränkischen Hof" (Komödienstr. 32) statt. Gäste sind stets willkommen.

Landesverband Wasserkante.

Die Ortsgruppe Itzehoe hielt am 3. Februar ihre Hauptversammlung im Vereinslokal, Baumanns Gesellschaftshaus, ab. Der 1. Vorsitzende, Herr Mundhenk, gab einen Rückblick auf das abgelaufene Jahr. Der Kassierer erstattete den Kassenbericht, der einen Überschuß ergibt. Dem Vorstand wurde Entlastung erteilt. Statutengemäß schied die Hälfte des Vorstandes aus. Neu gewählt wurden zwei Kassenprüfer, ein Kulturwart und ein Beisitzer; wiedergewählt wurde der 1. Schriftführer. Ein gemütliches Wurstessen beschloß den Abend.

Die Ortsgruppe Stade hielt am 3. März eine gut besuchte Monatsversammlung ab. Nach Annahme einer Entschließung gegen die zu schematische Behandlung der Härtefondsanträge hielt Landsmann Bruck einen Vortrag über „Ostpreußen ein deutsches Land".

Ostmärkische Heimatnachrichten.

Persönliches.

Lehrer a. D. und Schriftsteller Franz Werner †.

In der Nacht zum 1. April ist der in Berlin-Pankow, Neue Schönholzer Straße 7 wohnhaft gewesene Lehrer a. D. und ostmärkische Schriftsteller Franz Werner im Alter von 67 Jahren infolge eines Herzschlages gestorben. Mit ihm ist eine in ostmärkischen Kreisen sehr bekannte Persönlichkeit dahingegangen. Werner war viele Jahre lang Lehrer in Bromberg und trat kurz vor dem Weltkriege in den Ruhestand. Nach Ausbruch des Weltkrieges stellte er sich dem Hauptfürsorgeamt in Posen zur Verfügung, bei dem er tätig war bis nach dem polnischen Umsturz, da Polen dieses Amt als deutsche Unterstützungsbehörde auflöste. Er ging dann nach Hamburg, wo er, als dem Deutschen Ostbund durch besondere Verordnung der Reichsregierung die Vorprüfung der Verdrängungsschäden übertragen wurde, in unsere Vorprüfungsstelle Hamburg eintrat, der er bis zur Beendigung ihrer Arbeiten als stellvertretender Leiter angehörte und in der er sich durch Pflichteifer, verständnisvolles Eingehen auf die Interessen der Geschädigten und soziales Verständnis auszeichnete. Später siedelte er dann nach Berlin über in der Hoffnung, hier für seine schriftstellerische Begabung ein weiteres Betätigungsfeld zu finden. Franz Werner ist früh als ostmärkischer Schriftsteller hervorgetreten. Sein Talent war, wenn auch begrenzt, so doch von scharfer Eigenart. Er begann in den 90er Jahren mit der Veröffentlichung ostmärkischer Skizzen in der „Ostdeutschen Rundschau" in Bromberg, dem damals verbreitetsten Blatte der Provinz Posen, das seit dem Umsturz „Deutsche Rundschau" heißt. Diese Skizzen, die bekannte Bromberger Persönlichkeiten aus den verschiedensten Ständen überaus markant charakterisierten, wurden von den Lesern mit brennendem Interesse verfolgt. In anderen Skizzen schilderte er die Eigenart ostmärkischer Lebensverhältnisse, insbesondere die in der Literatur bis dahin wenig berücksichtigten Verhältnisse der Bewohner der Netzeniederung, deren besondere Abart der plattdeutschen Sprache er von Jugend auf beherrschte. Die Schilderung des „Iggepan", des kräftigen zweiten Frühstücks der Landleute in der Netzeniederung, und anderer Eigenarten wird keiner, der sie gelesen hat, so leicht vergessen. Dieses Haftenbleiben der geschilderten Verhältnisse war nicht zuletzt zurückzuführen auf die außerordentlich markante, bildhaft klare und treffende Schilderungskunst Werners. Ermutigt von unserem Bundespräsidenten Ginschel, der damals Chefredakteur der „Ostdeutschen Rundschau" war, machte er sich dann an größere ostmärkische Erzählungen und Romane, von denen besonders „Heimatluft", „Aus dem Nichts" (beide bei Dreyer & Co., Berlin, erschienen) und „Der Paddenhof" (Karl Reißner, Dresden, 1910) angeführt seien. Den Umsturz in seiner alten Heimat, aus der auch er vertrieben wurde, und das ungeheure Elend der Verdrängten, die riesengroße Not der Flüchtlinge, das unendliche Elend und die kargen Freuden des Lebens der Flüchtlinge in den Flüchtlingslagern schilderte in dem in unserem „Ostland" seinerzeit abgedruckten Frühlingsroman „Heinrich der Jüngere". Dieser Roman ist seinerzeit von unsern Lesern mit großem Interesse verfolgt worden, namentlich von denen, die das Unglück gehabt hatten, in einem Flüchtlingslager untergebracht zu werden. Viele unserer Leser bekundeten ein leidenschaftliches Interesse für den Roman und konnten das Erscheinen seiner Fortsetzungen kaum erwarten. Das Urteil anderer war skeptisch. Die Handlung, obwohl nicht besonders spannend, war doch auch nicht uninteressant. Die Schilderung der Personen und Verhältnisse war auch in diesem Roman glänzend. Derartige Schilderungen waren eben seine starke Seite, während das Talent schriftstellerischer Komposition etwas weniger stark in ihm entwickelt war. (Wir wären in der Lage, den Roman in einer Buchausgabe erscheinen zu lassen, wenn unter unseren Lesern sich für die Neuherausgabe des Romans ein besonderes Interesse kundgäbe. Wir wären daher für eine kurze Mitteilung der Ortsgruppen wie auch der einzelnen Leser dankbar.) Im ganzen ist zu sagen, daß Werner mit dem ihm verliehenen Pfunde ehrlich gewuchert hat und daß er unter den Vertretern der ostmärkischen Heimatkunst immer einen guten Namen behalten wird. Wir werden dem trefflichen Schulmann und Schriftsteller, der sich zeit seines Lebens ehrlich mit der Welt herumgeschlagen, sein Deutschtum immer mannhaft bekannt hat und auf sein Ostmärkertum stolz war und der für die Eigenart des ostdeutschen Menschen und für die besonderen Verhältnisse des ostdeutschen Koloniallandes ein großes Verständnis und feines Unterscheidungsgefühl an den Tag legte, immer ein ehrendes Andenken bewahren.

Spediteur Max Kantel †.

Die Ortsgruppe Schwiebus schreibt uns: Am Ostersonntag haben wir unseren lieben Landsmann und Schatzmeister, den Spediteur Max Kantel, der am 27. März nach langem Krankenlager gestorben ist, zu Grabe getragen. Sein Leben war erfüllt von rastlosem Schaffen, dem er den beachtlichen Aufschwung seines Geschäftes aus kleinsten Anfängen sowohl in seiner alten Heimat Gnesen und dann auch wieder in seiner neuen Heimat Schwiebus zu danken hatte. Noch im Herbst v. J. konnten wir ihn zu seinem 25jährigen Geschäftsjubiläum beglückwünschen. Unserer Ortsgruppe und dem ostmärkischen Gedanken überhaupt war er immer mit Wort und Tat ein eifriger Förderer. Welcher Liebe und Verehrung er sich nicht nur bei seinen Landsleuten, sondern auch bei der übrigen Bürgerschaft erfreute, bewies die überaus große Beteiligung an seiner Beerdigung.

Abgeordneter Richard Spangehl †.

Infolge Herzschlages starb am 26. März im Landtagsbüro in Memel der Abgeordnete Richard Spangehl aus Nattkischken, ein bewährter Vorkämpfer des Deutschtums im Memelgebiet.

*

Sein 50jähriges Berufsjubiläum beging am 1. 4. der Geh. Sanitätsrat Dr. Warschauer in Hohensalza.

Sein 40jähriges Berufsjubiläum beging am 1. April Rektor Mohaupt in Bertlich bei Westerholt (Westfalen). Der Jubilar entstammt einer alten deutschen Lehrerfamilie. Geboren in Behle bei Schönlanke, wurde er im Seminar zu Paradies (1886—1889) vorgebildet und war vor dem Umsturz Hauptlehrer in Powitz (Krs. Witkowo). Wegen seiner Berufsfreude und wegen seines offenen geraden Charakters erfreut er sich auch in der neuen Heimat allgemeiner Achtung und Beliebtheit.

Pfarrer Agricola in Rothenburg a. d. O. ist in den Ruhestand getreten.

Konrektor Zempel in Gelsenkirchen-Buer ist am 1. April in den Ruhestand getreten. Herr Zempel, dessen Vater ebenfalls Lehrer war, ist am 22. Februar 1864 in Schanzendorf (Westpreußen) geboren. Vor der Abwanderung war er an der Knabenfürsorgeanstalt in Neuzedlitz tätig. Seit 1919 wirkte er an der evangelischen Hilfsschule in Buer-Mitte. Wegen seines geraden und biederen Wesens erfreut sich Herr Zempel in Kollegen- und Bekanntenkreisen allgemeiner Wertschätzung und Beliebtheit.

Verlobt: Frl. Charlotte Meer, Tochter der verw. Frau Konditoreibes. Hedwig M., Liegnitz, Raupachstr. 21 (früher Wollstein i. P.), mit dem Bankbeamten Fritz Gedeck, Liegnitz; Frl. Emma Heger in Lednagora mit Hermann Schäpsmeier in Lupendorf; Gerda Neukirch mit Emil Wollschläger, Posen; Hildegard Burow in Ostrowo mit Max Sawall, Schwiebus; Johanna Tschersich, Dom. Zakrzew bei Witaschütz (Kr. Jarotschin) mit Georg Ranke in Ruda Pabjanicka bei Lodz.

Silberne Hochzeit: Polizeiinspektor Fritz Goebbels, Berlin-Charlottenburg, Am Lützowplatz 14, früher Distr.-Komm. in Mogilno, mit Frau Emmy, geb. Walther, am 7. 4.; Schuhmachermeister E. Buschke, Harburg I, früher Gnesen, mit Frau, geb. Oestereich, am 4. 4.

Bejahrte Ostmärker: Berichtigung: Herr Kaufmann Kaskel Kozminski, Posen, Kleinegerberstr. 8, feierte am 26. 3. seinen 85. Geburtstag und ist nicht gestorben, wie durch Versehen im „Ostland" S. 176 berichtet; Frau verw. Konditoreibes. Ida Scholz, Kassel, Aug.-Vikt.-Str. 76 (früher Krotoschin), am 25. 3. 60 J.; Gemeindeverordn. Albert König, Friesack (Mark), früher Schneidermeister in Budsin, Krs. Kolmar, am 1. 3. 62 J.; Hauptlehrer i. R. Stanislaus Lawoniczak, Münster i. W., Gallitzinstr. 32 (früher Jakschitz, Krs. Hohensalza), am 2. 4. 75 J.; Wwe. Bertha Fiweger, Posen, Parkstr. 3, bei ihrer verheirateten Tochter Nadolska wohnend, am 3. 4. 80 J. (die infolge eines Beinbruchs seit acht Jahren bettlägerige Greisin gehört zu den ältesten Mitgliedern der Christus-Kirchengemeinde); Wwe. Karoline Janusch, Berlin-Charlottenburg, Olbersstr. 5 (früher in Steinort bei Ostrometzko), am 10. 4. 83 J.

Gestorben: Martha Hildebrandt, geb. Schüler, Lippehne (Neum.), früher Kempen i. P., am 10. 3., 59 J.; der frühere Gutsbesitzer Herrmann Fischer, Königsberg, am 24. 3., 76 J.; der frühere Mühlengutsbesitzer Max Koschlig, früher in Wyszyny, zuletzt in Namslau, infolge einer schweren Operation am 26. 3 in Breslau, 49 J.; der Direktor der Landwirtschaftlichen Schule in Reppen, Landwirtschaftsrat Wilsdorf, am 27. 3.; Landwirt Herrmann Weichert in Karlowice, Bez. Posen, am 2. Osterfeiertag im Diakonissenhause in Posen; Fräulein Hedwig Hoppe in Posen am 29. 3.; Leibhusaren-Obermusikmeister a. D., Zollsekretär Peters in Danzig-Langfuhr, 42 J.; Altveteran Samuel Wittkowski aus Freywalde b. Goldau, 91 J.; Gutsbesitzer Stattmiller, Kykoit b. Fischau (Westpr.); Böttchermeister Gustav Wolski in Freystadt (Westpr.) am 5. 3., 73 J.; Landgerichtsrat a. D., Geheimer Justizrat Alfred Kny in Schweidnitz, wo er 24 Jahre tätig war und sich um den Ausbau des Stadtmuseums verdient gemacht hat, 70 J.; Frau Ww. Berta Hein, geb. Jahnke, in Köln (Mutter des jetzigen Vorsitzenden unserer Kölner Ortsgruppe, des Herrn Regierungsinspektors Max Hein) am 4. 3., 74 J.; Gutsbesitzer Otto Pieper in Staykowo am 24. 3., 71 J.; Pastor Max Grüner in Naselwitz bei Freiburg i. Schles. am Ostersonntag, 58 J.; Stadtrat a. D. Gustav Tilgner in Breslau (früher ehrenamtlicher Dezernent des Grundeigentums und der Straßenreinigung) am 28. 3.; Fabrikbesitzer Hugo Blottner in Bojanowo am 1. 4., 45 J.

Aus Posen.

Argenau. Der Leiter der Kuklinskischen Schneidemühle, Joseph Biener, wurde von einem einstürzenden Bretterstapel erschlagen.

Ostrowo. Die Stadtverordneten beschlossen, den Wojewoden zu bitten, den pensionierten Starosten von Koschmin, Czewielska, vertretungsweise als 2. Bürgermeister einzusetzen.

Posen. Verhaftet wurden, wie der „Kurjer" berichtet, am 28. März die Direktoren der Fabrik „Surofosfat" T. Mikolajczak, Dr. Labendinski und Ingenieur L. Marcinkowski. Die Verhaftung steht im Zusammenhang mit betrügerischem Konkurs und Beiseiteschaffung von Werten. Mikolajczak hatte seinerzeit eine Destillation in Gnesen unter der Firma „Tabromik" gegründet, die aber liquidiert wurde.

Wirsitz. Wegen Not und Kummer erhängte sich die 42jährige Witwe Ida Umerle in Karnowo.

Wongrowitz. Von einem Zuge überfahren ließ sich Schlossermeister Paul Wiesner von hier, der an Nervenzerrüttung litt. Er wurde getötet.

Aus Westpreußen.

Rehden. Die Leiterin der höheren Privatschule, Fräulein Anna Thomas, ist am 1. April unter großen Ehrungen aus dem Schuldienst geschieden, in dem sie seit 50 Jahren tätig war. Vor 35 Jahren übernahm sie die Leitung der damals kleinen Privatschule mit zwölf Kindern. Ihrer tüchtigen Leitung verdankte es die Anstalt, daß sie es im Laufe der Jahre auf 70 Kinder brachte und auch nach dem Umsturz durchschnittlich von etwa 50 Kindern besucht wird.

Aus der deutschen Ostmark.

Schneidemühl. Die Ausschreibung der hiesigen Oberbürgermeisterstelle hat 73 Meldungen zur Folge gehabt. Unter den Bewerbern befinden sich: Oberbürgermeister, erste Bürgermeister und Bürgermeister 35, Stadträte, Magistratsräte, Stadtsyndici 21, Landräte, Oberregierungsräte und Regierungsräte 8, Rechtsanwälte 4, Regierungs- und Gerichtsassessoren 3, Regierungsbaumeister 1, Verwaltungsdirektoren 1.

Stettin. Die Pommersche Getreidekreditbank hat durch statutenwidrige Kreditgewährung **ihr gesamtes Aktienkapital von 300 000 Mark verloren.**

Diese Nummer umfaßt einschließlich der Beilagen „Ost-Archiv" und „Die ostmärkische Frau" 20 Seiten.

Die Verlobung unserer Tochter Else mit Herrn Richard Kochmann zeigen an

E. Kochmann
u. Frau Thekla, geb. Fuchs.

Danzig, Schüsseldamm 49 (früh. Schokken)

Ostern 1929.

Ihre am 3. April stattgefundene Vermählung geben bekannt

Willy Stöweno u. Frau
Hedwig, geb. Lange.

Stettin, Steinstr. 5

(früher Posen — Schleusenau-Bromberg) (Frankfurt/Oder)

Nachruf!

Am 27. März wurde unser Landsmann und allverehrtes Vorstandsmitglied, der Schatzmeister unserer Ortsgruppe, Herr Spediteur

Max Kantel

durch den Tod aus unserer Mitte gerissen. Viel zu früh ist dem Wollen und Wirken dieses echt deutschen, von edler Gesinnung erfüllten Mannes, dem wir alle in Liebe und Verehrung zugetan waren, ein Ziel gesetzt worden. Die Ortsgruppe, die ihm viel zu verdanken hat, beklagt tief den Verlust eines ihrer Treuesten und Besten, von dem das Wort Geltung hat: Wir haben einen guten Freund verloren, doch uns war er mehr. In unserem Gedenken aber lebt er fort.

Deutscher Ostbund,
Ortsgruppe Schwiebus
Rutschke, 1. Vors.

Am 25. März 1929 erlöste ein sanfter Tod meinen lieben Mann, unseren lieben, guten Vater, den treuen Bruder seiner Schwestern, den früheren Rittergutspächter auf Gumnowitz

Ottomar Deter

im 59. Lebensjahr von schwerem Leiden.

Marie Deter,
geb. Schimmelpfennig,
Ruth Deter,
Hedi Deter,
Hans-Christian Deter.

Berlin W 35, Lützowstr. 73.

Am 21. März entschlief sanft nach kurzem schweren Leiden mein lieber Mann, unser treusorgender Vater, unser lieber Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der **Dentist**

Hugo Rentel

im 49. Lebensjahre.

In tiefer Trauer:
Frau Marta Rentel, geb. Kattner, und Kinder.

Sagan, im März 1929
(früher Grätz).



Am 28. März verstarb nach langem, mit Geduld ertragenem Leiden, in dem Glauben an ihren Erlöser, meine gute unvergeßliche Mutter

Frau Ottilie Nochowicz

geb. Forbrich, verwitwete Lokomotivführer im Alter von 79 Jahren.

Um ein stilles Gedenken bittet ihr Sohn

Bruno Nordmann,
Berlin-Niederschönhausen,
Waldowstraße 6
(früher Bromberg).

Wer kennt

die Anschrift des Grundstücksbesitzers Albert Brandenburg in Rosko, Kreis Czarnikau; der Eheleute Ludwig und Minna Zellner in Rosko, Kreis Czarnikau; der Erben nach Samuel und Friedericke Barth in Krotoschin.

Ortsgruppe Berlin-Nord

Monatsversammlung

am Montag, den 8. April 1929, abends 8 Uhr im 1. Kriegervereinshaus, Chausseestr. 94. **Vortrag** des Herrn Pastor Gürtler über: **„Ein Besuch in Schottland."** Zahlreichen Besuch von Mitgliedern u. Gästen erwartet

der Vorstand:
Schulz. Okowiak.

Wer kennt

die Anschrift des Herrn **Albert Mallon**, früher in Labenz, Kr. Briesen Westpr.? Mitteilung erbitt. **Eduard Stahnke, Zehna** bei Güstrow in Mecklenburg.

Wer kennt

die Adresse des Herrn Lehrers **Waldau**, fr. in Rosko, zuletzt in Blumental?

Häusler,
Berl.-Mariendorf,
Kaiserstraße 121.

Wer kennt

die Anschrift des Schneiders **Valentin Zilt**, fr. Bromberg - Schwedenhöhe, und dessen Ehefrau **Florentine**, geb. **Manthey?** Unkosten werden vergütet.

Stadtsekretär
Paul Menzel,
Halle/S.,
An der Marienkirche 4.

Ostmärker

Witwer 57 Jahre, ohne Anh., Reichsbeamter, Assistenten-Gruppe, eigenes Hausgrundstück mit Gartenland, sucht

Damenbekanntschaft

im Alter von 40 bis 50 J., ohne Anh., mit etwas Verm., zwecks Heirat. Anonym, Vermittlung zwecklos. Offerten, nur ernstgemeinte, mit Bild, welches zurückgesandt wird, unter 2877 an das Ostland erbeten.

Junger
Ostmärker
Kaufm., wünscht zwecks Erholung

Landaufenthalt

Gelbiger ist gewillt, alle Arbeiten zu verrichten. Angebote unter 2838 an das Ostland erbeten.

Ein gutgesinnter, ruhig.,

solider Mann

(Ostmärker), Beamter, Ww., 40, ev., 1,65 gr., alleinstehend, gesund, kräftig, 9 Mille Verm. und Zweizimmer-Einrichtung, wünscht gleichgesinnte Landwirtstochter, Ostmärkerin b. 34, m. Vermögen, zwecks baldiger Heirat kennenzulernen. Einheirat in Landwirtschaft oder Zinshaus bevorzugt. Vermittler zwecklos. Off. u. 2836 a. d. Ostland.

Pflegt die Gräber

Die Kreuzkirchengemeinde in Lissa bittet alle ihre ehemaligen Mitglieder, welche liebe Angehörige auf dem Lissaer Friedhofe zur letzten Ruhe gebettet haben, die Gräber pflegen zu lassen. Viele Grabhügel sind schon verfallen u. müssen eingeebnet werd., wenn sie nicht bald wieder hergestellt werden. Die Friedhofskommission wird die Pflege anordnen und beaufsichtigen; auch die Niederlegung von Kränzen u. Blumen z. Gedenktagen wird besorgt. Das Pflegegeld f. ein Grab beträgt jährlich 5 M. Bei Grabstätten mit mehreren Gräbern erfolgt besondere Vereinbarung. Die Pflegekosten sind einzusenden auf das Postscheckkonto der Lissaer Vereinsbank Breslau Nr. 5784 mit dem Vermerk: Friedhofsverwaltung der Kreuzkirche, Grabpflege. Alle Anfragen sind zu richten an das Evangl. Pfarramt der Kreuzkirche in Leszno (Pozn), Polen.

Lissa, im März 1929.

Evangelische Kreuzkirchengemeinde.
D. Smend.

Altershalber suche ich für meine ca. 70 Mg. gr. Landwirtschaft einen

Wirtschaftsgehilfen

der mit sämtl. Arbeiten u. Maschinen vertraut ist. Engsten Familienanschluß. Gehalt nach Vereinbarung.

E. Wolff, Frauenhagen, Post Schönermark, Kr. Angermünde.

Ostmärker,

Bäckergehilfe

20 J., m. guten Zeugn., in Feinbäckerei u. Konditorei bew., sucht für sof. od. später Stellung, event. auch als Volontär in Kond. Gegend gleich. Off. unt. 2863 an das Ostland erbeten.

Jüngerer

Hausdiener

für Kantinenbetrieb für sofort gesucht. **Kantine Niederfinow, Post Hohenfinow.**

Suche für sofort einen

Müllerlehrling

Ernst Santer, Altenlohm, Kreis Goldberg, Haynau, Schlesien, fr. Kreis Hohensalza.

Ostmärkerin, welche das Plätten erlernt hat, sucht Stellung als

Plätterin

Gegend gleich. Angeb. bitte zu senden an **Else Schenkel, Hamm i. Westfalen,** Feidickstraße 93, II.

19jähriges

Mädchen

sucht zum 1. 5. oder 15. 5. Stellung in christl. ges. Hause m. Familienanschluß zur weiteren Ausbildung im Haushalt. Angebote unter H. K. 2847 an das „Ostland" erbeten.

Fleißiges, ehrliches, ev.

Alleinmädchen

17—18 Jahre, für Gutsbeamtenhaushalt gesucht. Ang. mit Bild unt. 2843 a. d. Ostland.

Arbeitsfreudige

Haustochter

nicht unter 18 Jahren, für Geschäftshaushalt gesucht. Familienanschluß und Taschengeld wird gewährt.

A. Knappe, Ammendorf b. Halle a. Saale.

Ehemaliger Ostmärker in Rheinland, verh.,

sucht Stelle in Landwirtschaft

oder **Fuhrgeschäft,** mit sämtlichen landwirtschaftlich. Arbeiten und Pferden vertr. Führerschein 3 b f. Kraftwagen. Grund: dauernde Streitigkeiten m. Stiefsöhnen und Frau. Angebote unter 2884 an das „Ostland".

Suche für sof. am liebsten

Landwirtssohn

der mitarbeitet, für 60 Morg., daselbst findet

Haustochter

bei etwas Taschengeld Aufnahme.

Wiemer, Ostmärker, **Gr. Neuendorf, Oderbruch,** Kr. Lebus.

---

2 ev. nat. ges.

Hausmädchen

sucht zum 1. April 1929 **Oberinspektor Hartwig,** Rittergut Branitz bei Kottbus N.-L.

Es werden für sof. ges.

1 Kindermädchen

i. Alter von 15-16 J. f. 2 kl. Kinder i. Alter von 2-3 J. Meld. an **Frau Schmetzke, Zückericker-Loose,** Post Zollbrücke, u. für die Landwirtschaft

1 Mädchen

nach einem Ort bei Bad Freienwalde/O. Meldungen an **Weimann,** Schriftführer der Ortsgruppe in Wriezen/O.

Im festen Auftrage zu verkaufen: Altershalber

Landgasthof

in gr. Dorf b. Wriezen, 25 Jahre in einer Hand, ca. 3 Mg. m. **Garten am Gehöft. Pr. 16000 M.,** Anz. 6000 M., Rest steht 20 Jahre. Käufer sof. kommen, da Seltenheit.

Landwirtschaft

12 Mg. eigen, 14 Mg. Pacht, gr. Dorf, gute Gebäude, 2 Pferde, 2 Kühe usw. Pr. 10000 M., Anz. 4000—5000 M., Rest steht.

Landmaterialwarengesch. mit 1/2 Konzession, 1a. mass. Geb., 1 Mg. Garten, 70 M. Tageskasse. Preis 15000 M., Anzahlung 10000 Mark.

6 Landhäuser v. 2000 M. Anzahlung an. Landwirtschaften und Gasthöfe in jeder Größe.

Märk. Güterzentrale, Bevais b. Wriezen a. O. Rückporto.

Siedlerstellen

i. d. Grenzmark, Schlesien und Brandenburg, 60 bis 80 Mg., guter Boden, mit Inventar, Anz. 10000—12000 M., bei Eigeninventar entsprech. weniger, Rest z. billig. Zinsfuß, 1 Freijahr, ferner einige größ. Wirtschaften und Restgüter hat abzugeben **Deutsche Ansiedlungsbank A.-G. Berlin-Halensee,** Seesener Straße 30.

Baustellen

Wochenendterrain, Industriegelände m. Gleisanschluß an Pflasterstr. in aufblüh. Industriestadt hier, Vorortverbg., Wald- und Wasserparzellen mit Wiesen und Acker verk. billig □m von 20 Pf. an. Direkt vom Eigent. Bequeme Ratenzahlungen. Anfragen Rückporto.

Paul Gensch Landwirt, Fürstenwalde/Spree, Lindenstr. 13, früher Friedenwalde-Neuborui.

Geschäftsgrundstück

Hauptgeschäftsstr. lebh. Stadt zu verkaufen. Preis 24000 M., Anz. 8000—10000 M., 4-Zim.-Wohnung sofort frei.

Bäckereigrundstück

8 Sack wöchentl., Preis 16000 M., Anz. 6000 M.

Kolonialw.-Geschäft

alte Firma, Hauptgeschäftsstraße 4200 M., Miete 2000 M., 4-Zim.-Wohnung frei.

Ortsgruppe Strelitz, Mühlenstr. 3.

Eilangebot

Wegen anderweit. Unternehmen beabsicht. ich, mein Grundst., besteh. aus Wohnh. m. 6 Wohn. u. Kolonialwarengesch., 2 mass. Stallung. und Scheune, ca. 4 Mg. Land und 6 Mg. Pachtland, m. od. ohne Inv. billig zu verkaufen. Anzahl. 5000—6000 M.

H. Benck, Lübtheen i. Mecklenburg, Fr. Fr. Colonie 1.

Reelles Angebot

Veränderungshalb. verkaufe ich mein **Milch-, Lebensmittel- u. Obstgeschäft** in Berlin W mit anschl. tauschl. 3 kl. Zimmern u. gr. Küche. Zu übern. ca. 10000 M. erford. Ernsthafte Reflekt. wollen sich an die Geschäftsst. d. Ostlands unter 2883 wenden.

Fabrikgrundst.

m. Schuppen, Nebengeb., ca. 1 Mg. Land, für alles geeignet, auseinandersetzungshalber für nur 7000 M. sof. zu verkaufen. Wohnung kann mit gering. Kosten hergerichtet werden. Desgl. **Gärtnereigrundst.,** gute konkurrenzlose Existenz m. 3-Zim.-Wohn. billig zu verkaufen. **K. Much, Naumburg a. B.,** Saganer Straße 33.

Erwerbsgut

im Oderbruch, in guter Kultur, ca. 300 Mg. inkl. 70 Mg. zweischn. gute Wiesen, dicht an Dorf u. Bahn gelegen, prima massiv geräum. Gebäude, herrschaftlich. Wohnhaus mit allem Komfort, erstkl. Inventar, 9 gt. Pferde, erstkl. Rindvieh, 24 Milchkühe, 15 Färsen, 1 Zuchtbulle. Elekt. Licht und Kraft. Grundsteuer-Reinertr. 10 M. pro Mg. Preisforderung 550 M. pro Mg. Anzahlung nach Vereinbarung. Auch z. Siedeln f. 3 Stellen geeignet, da passende Gebäude vorhanden.

Landwirtschaft

mit guten massiven Gebäud., dicht an Chaussee und größerem Marktflecken gelegen, Land in einem Plan am Gehöft, Weizenboden, altershalber mit cirka 20000 M. Anzahlung. Außerdem mehrere gute

Wirtschaften

von 150 Mg. (alter Besitz) in best. Lage, sowie kleinere Wirtschaften zu günstigen Preisen u. Bedingungen, weiter Landgrundstücke und Geschäftsgrundstücke jed. Branche verkäuflich.

Otto Blödhorn, Letschin (Oderbruch), Telephon 66.

Landwirtschaft

36 Mg. Weizenboden, einschließl. 6 Mg. prima Wiesen, Haus massiv, Stall u. Scheune Fachwerk, wird mit sämtl. tot. Inv. für den Spottpreis von 17000 M. verkauft. Anz. nach Übereinkunft. **Albert Heisler, Scharchow,** Bahnst. Jassow b. Cammin in Pommern.

Verkaufe mein

Hausgrundstück

in Meiersberg, Kreis Ückm., mit 4 Mrg. Land u. Wiese. Pr. 4000 M. Anzahlung nach Vereinbarung. Wohnung frei. **Bartsch, Klosterwalde,** Post Templin.

Preuß. Südd. Klassen-Lotterie

bietet jetzt riesige Gewinnchancen

400 neue Gewinne zu 1000 M.

Keine Preiserhöhung oder Vermehrung der Lose.

1. Ziehung 19. u. 20. April

1/8	1/4	1/2	1/1
3.—	6.—	12.—	24.— M.

Daher sichern Sie sich, ehe die Lose vergriffen, schnellstens ein Los bei

W. Busch

Staatl. Lotterie-Einnehmer

Guben, Königstr. 7, früher Domäne Zwölfhufen.

Möbeltransporte

per Möbelwagen und Auto, Einlagerung ganzer Wohnungseinrichtungen, Speditionen aller Art übernimmt

Rabe, Möckernstraße 137, Tel. Bergmann 9670-71 (früher Bromberg)

Berliner Kuhstall

21 Kühe, 2 Pferde, selten reichliches Inventar, große Stallräume und 3-Zimmer-Vorderwohnung mit Kammer, beste Lage Berlins, sofort wegen Krankheit zu verkaufen. Näheres durch **Lüdecke,** Berlin SW, Nostizstraße 14.

Landsleute! Landsleute!

Möbel jeder Art

kaufen Sie gut und billig bei

Otto Fietze, Inh. Gustav Kiwi,

Brandenburg/Havel, Hauptstraße 69, früher Schwersenz/Posen.

Gut, 252 Mg., davon 165 Mg. sehr guter, ertragreicher Boden, 62 Mg. Wiese, 25 Mg. lebender Wald. Äußerst günstige Lage, 4 km v. Kreisstadt, 5 km v. Industriestadt, 1/4 Stde. von Bahnstation. An Chaussee. Gebäude mass., in gutem Zustand. Lebendes und totes Inv. vorhanden. Sofort verkäuflich. Anzahlg. nach Übereinkunft. Ang. unt. 2825 an die Geschäftsst.

Einfamilienhaus

m. 2 Stuben, 1 Kammer, Küche, Stall u. Elektr., alles mass., m. 1 1/2 Mg. Obst- u. Gemüsegarten, in gesunder Gebirgsgeg. gelegen, für Ruhesitz oder Schneider, Schuhmacher gut geeignet, da großes Dorf von über 1500 Einw., Bahn- u. Auto-Verbindung, unt. günstigen Bedingungen sofort zu verkaufen u. zu beziehen. Kaufpreis bis 4000 M. nach Vereinbarung u. Zahlung. Angebote an

H. Neumann, Gerlachsheim O.-L., Kr. Lauban.

Ostseebad

Buch, Papier, Andenken und Strandartikel, Jahresgeschäft ist krankheitshalber sofort zu verkaufen. Für Buchbinder konkurrenzl., da keiner am Platz. Off. unter 2871 an das Ostland erbeten.

Geschäftshaus

m. 4 Geschäften, Restauration m. 7-Zim.-Wohn. wird frei. Ums. 1/2 Tonne tägl. Preis 90000 M., Anz. 25000—30000 M., Rest m. 7% langfristig. **H. Fischer, Greifswald,** Pestalozzistraße 24.

Verwertung von

Entschädigungsforderungen

Beratung, Vorschüsse, Beleihung, Ankauf zu höchsten Kursen und schnellstens durch

Ostmärker-Aufbau G. m. b. H.
Berlin W 9, Potsdamer Straße 14
Dr. Polke. Bürgermeister a. D. Müller.
Tel. Nollendorf 2775.

Polnische Hypotheken

Forderungen, Wertpapiere, Grundstücke in Polen kauft für das Bankhaus

Edmund Suwalski,
Bydgoszcz (Polen)

Emil Wollenberg,
Bln.-Charlottenburg,
Mommsenstraße 46.
Tel. Bismarck 4663.

Ostmärker!

Achtung! Provisionsfrei!

Günstige Angebote!

	M
Molkerei m. Wohnhaus u. Land Nähe Breslau	20 000
Haus- u. Geschäftsgrundstück i. Kurort a. d. Ostsee	25 000
Holzbearbeitungsfabrik Nähe Cüstrin	25 000
Wohn- u. Geschäftsgrundstück Nähe Treuburg Ostpr.	30 000
Wohnhaus Nähe Königsberg i. d. Neumark	35 500
Geschäftsgrundst. m. Kolonialwarenhandlg. i. bed. Donaustadt Bayerns	45 000
Fabrikgrundst. m. Villa u. Bauland i. Oberfranken	50 000
Eckgrundst. m. Eisenwaren- u. Wirtschaftsartikelgesch. i. kl. Stadt Schleswigs	50 000
Geschäftsgrundst. Nähe Friedrichshafen a. Bodensee	64 000
Geschäftsgrundst. i. bed. Stadt a. Rhein	78 000
Miets- u. Geschäftsgrundst. i. bed. Industriestadt Badens ..	79 000
Getreide-, Düngemittel- u. Kohlengroßhandlg. i. Bayern	120 000
Restaurationsgrundst. m. Landwirtschaft Nähe Stettin	130 000
Grundstück m. Landwirtschaft i. gr. Stadt Pommerns	150 000
Café in Seefeld in Tirol	30 000

Keine Provision!
Illustrierte Prospekte kostenlos durch:

Koch & Co., Berlin W 10
Hohenzollernstraße 16.
Fernsprecher: B 3 Nollendorf 5933.

Landsleute! Bedient Euch Eurer Organisation!

Schuldbuchforderungen

verwertet zu höchsten Kursen
Beleihung zu günstigen Bedingungen
Zinssatz $8^1/_2$ %

Ostmärkische Spar- und Darlehnskasse
e. G. m. b. H.
Berlin SW 11, Dessauer Straße 8 II
Sprechzeit 1—5 (außer Sonnabend).
Bei schriftlichen Anfragen Rückporto.

RESTAURANT GRUND

BERLIN N 113, Bornholmer Straße 75

AUSSCHANK
von echt Bamberger Hofbräu und Engelhardt-Bier. Um geneigten Zuspruch bittet hochachtungsvoll **JOSEF GRUND**
Tel.: Humboldt 7495 (früh. Posen, Auguste-Viktoria-Str. 19, gegenüber der Jägerkaserne)

Möbeltransporte

Julius Schumacher Berlin W

in Berlin und nach außerhalb per Bahn und Automöbelwagen, Wohnungstausch, Lagerung.

Steglitzer Straße 91, Fernsprecher: Lützow 94 u. 6798

Mitglieder!

Bedient Euch nach Möglichkeit Eurer Organisation und ihrer Einrichtungen.

1. Geschädigtenhilfe
Diese Abteilung hilft den Mitgliedern bei der Verwertung ihrer **Schuldbuchforderungen** und bei allen damit zusammenhängenden Angelegenheiten.

2. Versicherungsstelle
des Deutschen Ostbundes. Sie vermittelt alle Versicherungen zu günstigsten Bedingungen.

Deutscher Ostbund e. V., Berlin W 9,
Potsdamer Str. 14. Tel.: Nollend. 1627-29.

Pr. Klass.-Lotterie

Lose 1. Kl.

Lüttich Staatl. Lotterie-Einnahme
Stettin, Augustastr. 8
(früher Hohensalza.)

Empfehle
meinen Landsleuten unsere beliebte

Pommersche und Knoblauchwurst

Täglich frisch.
Max Zittlau, Fleischermeister, **Berlin N 58,** Naumerstraße 24, Ecke Prenzlauer Str., Tel. Humboldt 7115. Früher Graudenz.

Holländisches Konsortium kauft und beleiht

Schuldbuch-eintragungen

Anfragen an **Gustav Schneider, Berlin NW 6,** Schiffbauerdamm 15.

Der Kirchenrat der ev. Kreuzk. Posen-Poznan richtet an alle, die ausgewand. sind, die herzl. Bitte: lasset die Gräber eurer hier ruhenden Angehörig. pflegen; helfet beitragen, unsere Friedhöfe in Ordnung zu erhalten. Alle eingegang. Aufträge werden sofort ausgeführt, beaufsicht. Anfragen werden beantwortet durch den Ältesten, Herrn **Ernst Goritz,** Posen-Poznan, ul Wroniecka 11

Obstbäume

Beerensträucher, Ziergehölze, Rosen, u. dergl. liefert Ihnen preiswert

Otto Müller,
Baumschulen, **Schivelbein i. Pom.** Fernspr. Nr. 324. Verl. Sie bei Bedarf Preisliste. Ostmärker erhalten auf die Tagespreise 10 % Rab. War früher im Bezirk der ehemal. Kgl. Ans.-Kom. für Posen u. Westpreußen tätig.

Schreibmaschinen

neu, gebr., sämtl. Syst. billigst. (Etagengeschäft)
Spangenberg, Berlin, Potsdamer Str. 100.

Optiker Stephan

Berlin SO, Schlesische Straße 39-40
Telephon: Moritzplatz 4273

Kostenlose Augenuntersuchung
Fachmännische Bedienung
Reparaturen sofort
Eig. Werkstatt im Hause
Lieferant für Krankenkassen
Mitglied der Ortsgruppe Berlin-Ost
Ostbundmitglieder erhalten 10 % Rabatt

Ostmärker
Werbt für Eure Bundeszeitung **Ostland**

Preuß. Staatslotterie

Jetzt besonders günstig!
Gewinne und Prämie wie bisher, aber außerdem

400 neue Gewinne à 1000 Mk.

trotzdem die **alten Lospreise:**

3.—	6.—	12.—	24.— M.
1/8	1/4	1/2	1/1

Bestellen Sie bitte daher baldigst Ihr Los bei

Dr. Alfred Dütschke

(früher Ostrowo)
Staatliche Lotterieeinnahme
Berlin S 14, Alexandrinenstr. 40

1. Ziehung 19. und 20. April

Verlag: Deutscher Ostbund E. V., Berlin W 9, Potsdamer Straße 14. — Fernruf: Nollendorf 1627—29. — Postscheckkonto: Berlin 104726.
Verantwortlich für die Schriftleitung: I. V.: Alfred Petrau, Berlin. — Druck: Hempel & Co. G. m. b. H., Berlin SW, Zimmerstraße 7/8.

Ost-Archiv und Heimatmuseum

Beilage zum „Ostland“, Wochenschrift des Deutschen Ostbundes E. V.

Jahrgang 1929, 4. Folge

Der ostdeutsche Volksboden.

Von Dr. Franz Lüdtke.

Immer mehr ringt sich die Überzeugung durch, daß zur Lösung praktischer und besonders politischer Fragen auch die Geschichtswissenschaft beizutragen habe. Viele unserer Forscher stehen nicht mehr abseits des pulsierenden Lebens, sondern suchen mit der Klarlegung der Wahrheit ihrem Volk zu helfen. Haben andere Nationen schon längst ihre Wissenschaft, in vielen Fällen sogar eine Pseudowissenschaft, zur Lösung und Durchführung politischer Zeitfragen aufgeboten, so wirkten die deutschen Wissenschaftler zumeist, sehr zum eigenen Schaden, in einer vielleicht vornehm erscheinenden, aber lebensfremden Abgeschlossenheit. Was ist Geschichtswissenschaft? Doch das Wissen um staatliches und völkisches Geschehen. Auch die Zeitgeschichte wird von der Geschichtswissenschaft erfaßt. Aber mehr: sie kann von ihr beeinflußt werden. Die Art und Weise, wie beispielsweise das Vertragswerk von Versailles zustande kam, zeigt, welche Rolle der Gelehrtenwelt auch bei politischen Dingen zufallen kann. Vor den ahnungslosen „Sachverständigen“ des Feindbundes vermochte die polnische und tschechische „Wissenschaft“ Deutschland zu benachteiligen. Es ist bekannt, wie mit der völlig falschen Theorie einer urslawischen Besiedlung der Ostlande in Versailles Geschäfte gemacht wurden. Aber schon lange vor dem Weltkrieg haben unsere Gegner mit Fälschungen und schiefen Darstellungen gearbeitet, während die unpolitische deutsche Wissenschaft das Nachsehen hatte und erst zu spät aufgeboten wurde.

Wenn selbst ganze Kreise des deutschen Volkes den Osten leichtherzig aufgegeben haben, so nicht zuletzt deshalb, weil sie selbst infolge des Versagens unserer Wissenschaft und Schule den Osten für slawisch hielten und so den Slawenvölkern ein höheres Recht auf ihn zubilligten als Deutschland. Noch heute sind diese Irrtümer in unserem Volksbewußtsein nicht ausgerottet, werden vielmehr da und dort liebevoll gepflegt. So ist es um so mehr zu begrüßen, wenn jetzt kraftvoller als früher die Wissenschaft selbst in die Schranken tritt und mit der Erforschung und Darlegung der wirklichen Verhältnisse unserem Volk und unserer politischen Entwicklung dienen will.

In dieser Absicht hat der Leipziger Universitätsprofessor Geh. Rat Dr. Wilhelm Volz einen Stab bedeutender Forscher aufgeboten, um zu den Fragen des Ostens Stellung zu nehmen. Auf diese Weise entstand das Werk „Der ostdeutsche Volksboden“ (Verlag Ferdinand Hirt, Breslau).

Deutlich wird hier ausgesprochen, daß das Land bis zur Weichsel hin seit 3000 Jahren germanisch-deutscher Volksboden ist, daß zwar im 6. und 7. Jahrhundert n. Chr. bis zur Elbe und Saale hin Slawen vorgedrungen sind, dann aber bereits im 10. Jahrhundert die Rückbesiedlung durch die Deutschen begann. Über das primitive, fast kulturlose Slawentum trug die deutsche Hochkultur, namentlich durch unermüdliche Siedlung, den Sieg davon. Die Rückgewinnung der Ostlande ist kein Sieg mit dem Schwert, sondern ein Kultursieg.

In einer grundlegenden Arbeit berichtet Prof. Kötzschke-Leipzig über den Ursprung und die geschichtliche Bedeutung der ostdeutschen Siedlung. Im Lichte der antiken Geschichtschreibung sehen wir germanische Stämme vom Rhein bis zur Weichsel wohnen; vom 6. zum 7. Jahrhundert tritt im Osten das Siedlungsbild als ein wesentlich gewandeltes hervor, wo slawische Stämme in den von den Germanen teils mehr, teils weniger aufgegebenen Landstrichen Niederlassung gefunden hatten. Im Augenblick, als in unserer Sprache das Wort „deutsch“ aufklingt, setzt der östlich gerichtete Vorstoß des deutschen Volkes zur Wiedergewinnung der verlorengegangenen Gebiete ein. Neben dem deutschen Mutterlande entsteht ein großes östliches Kolonialgebiet, in das sich die Überschußbevölkerung der Heimat ergießt, zusammengefaßt in einer Aufgabe, die alle deutschen Stämme und Stände vereint und nicht für Deutschland selbst, sondern für ganz Europa und darüber hinaus von Bedeutung wird. Wie sowohl Kötzschke als auch Prof. Dopsch-Wien und Prof. Holtzmann-Halle nachweisen, sind die Ostlande durchaus nicht von ihrer germanischen Gesamtbevölkerung verlassen worden. Vielfach, so in Schlesien und Böhmen, blieben die Deutschen da und dort im Lande und behielten Heimatrecht, ja, sie haben auf Staat und Kultur beispielsweise des Landes Böhmen einen maßgeblichen Einfluß ausgeübt. Durch die zuerst von Bretholz aufgestellte „Urgermanentheorie“ wird selbstverständlich die Bedeutung der ostdeutschen Kolonisation nicht verkleinert. Sie erst ist es gewesen, die den Osten bis weit über die Weichsel hinaus dem Deutschtum erschlossen hat. Aber gerade den Tschechen gegenüber mit ihrer rücksichtslosen Unterdrückungspolitik gegen alles Deutsche verdient der Hinweis Beachtung, daß noch im 10. Jahrhundert bestimmte Gebiete Böhmens von Deutschen besiedelt waren und noch gar nicht zu dem erst langsam sich bildenden Slawenreich gehörten. Orte wie Niemes in Böhmen, Niemtschitz in Mähren, Nimptsch in Schlesien, Niemeck in Brandenburg und Nehmten in Holstein, die alle mit dem slawischen „niemci“ = deutsch zusammenhängen, sind Zeugnisse für altdeutsche Besiedlung noch in slawischer Zeit. So erhielten sich die germanischen (vandalischen) Silingen südlich von Breslau in den „Slenzanen“; ihre Hauptstadt wurde von den Slawen Niemci (Nimptsch) genannt. Wie schon Gustav Freytag hervorgehoben hat, haben auch in Schlesien deutsche Namen und Vorstellungen (Oder, Rübezahl) dauernd fortgelebt.

Während Prof. Schlüter-Halle die Urlandschaft (Verteilung von Wald und Siedlung) untersucht, geben Prof. Seger-Breslau und La Baume-Danzig die Ergebnisse der prähistorischen Forschung. Scharf wird der Theorie slawischer Gelehrten entgegengetreten, es seien die Träger der bronzezeitlichen Kulturen Slawen gewesen; soviel steht fest, daß es keine Slawen waren, wenn man diese vermutlich illyrischen Stämme auch nicht als Germanen ansprechen kann. Jedenfalls besteht kein kultureller Zusammenhang zwischen ihnen und den erst in später nachchristlicher Zeit aus dem ferneren Osten eindringenden Slawen. Auch in vorgeschichtlicher Zeit unterliegt der Osten verschiedenen Wanderungsbewegungen, die schließlich für viele Jahrhunderte dem nordischen Germanentum hier Ansiedlungsmöglichkeiten verschaffen.

Wie rücksichtslos die fremdvölkische Pseudowissenschaft fälscht, zeigt Prof. Much-Wien, der sich dagegen wendet, daß man beispielsweise die markomannischen und quadischen Siedler Böhmens und Mährens, die das Land ein halbes Jahrtausend besaßen, totzuschweigen sucht.

Nur kurz sei auf den Inhalt der weiteren Abhandlungen hingewiesen. Prof. Vasmer-Berlin erklärt auf Grund der Betrachtung von Lehnwörtern und Ortsnamen die Gegend am Pripet und mittleren Dnjepr als die Urheimat der Slawen. Prof. Gierach-Reichenberg begründet die Richtigkeit der obenerwähnten Bretholzschen Anschauungen auch auf sprachwissenschaftlichem Wege. Prof. Kötzschke gibt ein Bild der deutschen Wiederbesiedlung Ostelbiens, die in diesem Jahr auf eine tausendjährige Geschichte zurückblicken kann. Über die mecklenburgischen Verhältnisse berichten Prof. Beltz-Schwerin und Archivdirektor Witte-Neustrelitz, während Prof. Krollmann-Königsberg und Archivrat Dr. Keyser-Danzig das Deutsch-Ordensland behandeln. Das tragische Schicksal des deutschen Volkes tritt hier mehr als einmal hervor, besonders aber bei der Niederwerfung des Deutschen Ritterordens 1453—1466, die nicht durch Polen, sondern durch die deutschen Stände des Ordenslandes erfolgt. Indessen gelangt schließlich an die Stelle des Ordensstaates der neue preußische Staat, von dem die Wiedergeburt Deutschlands ihren Ausgang nahm. Aber auch in dem lange Zeit von Deutschland abgetrennten Teil des Ordensgebietes hat sich das Deutschtum erhalten können, wie auch Prof. Laubert-Breslau nachzuweisen vermag, daß das von Friedrich dem Großen 1772 erworbene Westpreußen größtenteils sein Deutschtum bewahrt hatte.

Von Interesse sind die Aufsätze von Dr. Lorenz über die Kaschuben, Prof. Ehrlich über die alten Preußen, Dr. Gollub über die Masuren und Archivdirektor Kaufmann-Danzig über Westpreußen in polnischer Zeit. Gegenwartsprobleme erörtern Prof. Aubin-Halle und Graf Baudissin, der Grundsätzliches über die innere Kolonisation vorträgt und weniger auf die als unpraktisch erkannte Zurückführung städtischer Bevölkerung aufs Land als vielmehr auf Hilfe und Seßhafterhaltung der eigentlichen landwirtschaftlichen Bevölkerung drängt.

Aus dieser Skizzierung des Inhaltes des Volzschen Werkes geht die Verbindung von wissenschaftlicher Forschung und praktischen, insonderheit politischen Fragen deutlich hervor. Wir dürfen dem Herausgeber Dank wissen und wünschen nur, daß eine Neuauflage des Werkes bzw. ein zweiter Band die Belange von Posen, Pommern, Brandenburg, Sachsen, Schlesien und Oberschlesien mehr berücksichtigt, als es bisher geschah. Vor allen Dingen ist der Nachweis des Deutschtums im Posener Lande und eine grundlegende Darstellung der schlesisch-oberschlesischen Verhältnisse von Wichtigkeit. Vergessen wir nicht, daß Posen uns zum größten Teil entrissen ward, daß die reichsten Gebiete Oberschlesiens den Polen überantwortet wurden und daß Mittelschlesien herbe Verluste zu tragen hat. Auch die Litauer- und Memelfrage bedarf wissenschaftlicher Klarlegung. Ferner ist eine Erörterung darüber, was Gesamtdeutschland seinem Osten in wirtschaftlicher und kultureller Beziehung verdankt, dringend am Platze; erst durch eine völlige Wandlung der Anschauungen im Reich über den Osten kann dieser die Stellung erhalten, die ihm gebührt. Wiederholt ist im geschichtlichen Ablauf Deutschland in seiner Existenz nur durch die Bevölkerung Ostdeutschlands bewahrt und gerettet worden. Wer aber in Deutschland weiß etwas davon? Auch der wissenschaftliche Nachweis solcher Beziehungen muß sich praktisch politisch auswirken.

Die Entwicklung der deutschen Volksratsbewegung in Westpreußen.

(1. Fortsetzung.) Von Fr. K. Kriebel.

In welch verzweifelter Lage sich die deutschen ostmärkischen Gebiete in jener Zeit befanden und wie die Polen es verstanden hatten, die Feindbundmächte in der deutschen Ostmarkenfrage hinter das Licht zu führen, besagt eine Note, die die englische Regierung am 8. Januar 1919 der deutschen Regierung überreichen ließ, worin sie die deutsche Regierung aufforderte, künftig jede Herausforderung der polnischen Bevölkerung in Ost- und Westpreußen, Posen und Schlesien zu unterlassen. Sie wies weiter darauf hin, daß die Zukunft der deutschen Ostgrenzen von den Entscheidungen der Friedenskonferenz abhängen werde und daß die Mächte bei Beurteilung der Frage notwendigerweise beeinflußt würden durch die Fähigkeit oder Unfähigkeit der Deutschen, Gebiete mit gemischter polnischer Bevölkerung zu verwalten.

In ihrer Antwort auf diese Herausforderung der englischen Regierung sprach die deutsche Regierung ihr Befremden aus, daß von ihr gefordert würde, „alle Provokationen der polnischen Bevölkerung in Ost- und Westpreußen, Posen und Schlesien zu unterlassen. Die Auffassung der britischen Regierung könne nur darauf zurückgeführt werden, daß die Alliierten über die Vorgänge an der Ostgrenze Deutschlands nicht unterrichtet wären, denn seit der Annahme der Wilsonschen Grundsätze durch die deutsche Regierung hätte sich eine Provokation der Polen an die andere gereiht“. In der Antwort heißt es weiter, daß in weiten Gebieten der Provinz Posen die deutsche Bevölkerung durch Terrorisierung zur Flucht veranlaßt würde. Die deutsche Bevölkerung richte dauernde Hilferufe an die Reichsregierung.

In Ostpreußen kann man von einer nationalen polnischen Bewegung überhaupt nicht sprechen. Auch von den Gegenden, die von den Polen zu den ihrigen gerechnet werden, liegen der Reichsregierung überall Petitionen aus jüngster Zeit vor, in denen sie gegen eine Lostrennung vom Deutschen Reiche entschieden Widerspruch erheben.

Klipp und klar wurde hier zum ersten Male von amtlicher Seite mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit ausgesprochen, wie weit die Dinge im Osten bereits gediehen waren. Daß der Einspruch im Auswärtigen Amt in London irgendwelche Beachtung finden würde, bezweifelte die deutsche Bevölkerung der gefährdeten Ostgebiete sehr und mit Recht. In London war die wirkliche Lage selbstverständlich ganz genau bekannt, aber die Absicht der Feindbundmächte, Deutschland durch Lostrennung seines wichtigsten Kolonisations- und landwirtschaftlichen Gebietes zu schwächen, lag auf der Hand. Und diese Absicht war den deutschen Volksräten in diesen Gebieten bekannt. Darum die endlose Flut der Petitionen und Eingaben an die Reichsregierung, nichts zu unterlassen, was zur Rettung ostdeutschen Landes geschehen könnte.

Die Erkenntnis von der furchtbaren Gefahr, die der deutschen Ostmark drohte, war, dank der Aufklärungsarbeit der deutschen Volksräte, mehr und mehr aufgegangen. In einer am 17. Januar 1919 stattgefundenen Versammlung des Deutschen Volksrates in Culmsee, an der viele Hunderte deutscher Männer und Frauen teilnahmen, fand diese Not erschütternden Ausdruck in Telegrammen, die sowohl an den Minister Hirsch als auch an den Staatssekretär Erzberger gerichtet wurden. Diese Telegramme lauteten:

„Wir bekennen hiermit, daß wir unverbrüchlich an unserm deutschen Volkstume festhalten und unsere deutsche Heimatprovinz Westpreußen dem deutschen Vaterlande erhalten wollen. Wir bitten, mit aller Kraft für einen wirksamen Schutz des bedrohten Deutschtums im Osten einzutreten und das Verbleiben des gesamten Kreises Thorn, der überwiegend deutsch ist, beim alten Mutterlande durchzusetzen.“

Ministerpräsident Hirsch gab überhaupt keine Antwort. Die Antwort des Staatssekretärs Erzberger lautete:

„Bestätige dankend gestriges Telegramm. Von mir aus wird alles geschehen, um Abtrennung deutscher Gebietsteile vom Reiche zu verhindern. Staatssekretär Erzberger 3835.“

Die Versammlung am Freitag, den 17. Januar 1919, nahm keinen ruhigen Verlauf. Erschienen waren auch zahlreiche Polen, die die Versammlung durch laute Zwischenrufe und Lärm zu stören suchten. Der Hauptredner des Abends, Rektor Dr. Wagner-Danzig, mußte seinen Vortrag infolgedessen abkürzen. Bei der folgenden Aussprache meldete sich zunächst ein Pole Napiorkowski zum Worte, der behauptete, Posen und Westpreußen seien urpolnisch, die Provinzen wären aber von den Deutschen geraubt. Die Arbeiterratsmitglieder Stanislaus Nehring und Lewicki wandten sich gegen den Grenzschutz, da er den ersten Schritt zum alten Militarismus bilde.

Die Aufstandsgefahr in Westpreußen.

Um diese Zeit machte die Stadt Culmsee einen durchaus polnischen Eindruck. Polnische Fahnen wehten von den Häusern, und polnische Adler hingen an jedem Fenster, hinter dem Polen wohnten. Der Deutsche fühlte sich nur geduldet und wartete die Gelegenheit ab, um der Stadt für immer Lebewohl sagen zu können. Den eintreffenden Soldaten wurden von der polnischen Wachmannschaft, die aus 24 Mann bestand, die Waffen abgenommen. So hatten die Polen nach und nach mehrere hundert Gewehre an sich gebracht, und die Deutschen mußten befürchten, daß es bei einem Versuche des Grenzschutzes Ost, in Culmsee Quartier zu beziehen, zum Blutvergießen kommen würde. Die Hinverlegung von Grenzschutz nach Culmsee erschien dem Deutschen Volksrat unter diesen Umständen für bedenklich. Sollte es jedoch dazu kommen, so wären — nach der Meinung des Deutschen Volksrats — 2000—3000 Mann zuverlässige Truppen nach Culmsee und in die Umgegend der Stadt zu werfen.

Am 27. Januar 1919 wurde Culmsee von der Sturmabteilung Roßbach nach kurzem Gefechte genommen. Die Gefahr, vorzeitig vom Reiche losgerissen zu werden, war für den südlichen Teil der Provinz Westpreußen damit abgewendet. Wie groß diese Gefahr für Westpreußen tatsächlich war, geht aus einer Zeitungsnotiz hervor, die die Thorner Presse am 4. Februar 1919 brachte:

„Verhaftungen wegen Verdachts der Spionage und des Landesverrats. Am 30. Januar wurde der Unterzahlmeister Rychlicki von der 4. Ersatz-Maschinengewehr-Kompagnie wegen Verdachts der Spionage verhaftet. In den bei ihm durchsuchten Papieren fand sich auch belastendes Material gegen eine Reihe polnischer Persönlichkeiten in der Stadt, infolgedessen weiter verhaftet wurden: Rechtsanwalt Szuman, Zahnarzt v. Janowski, Handelslehrer Kuchta, Redakteur Brejski von der „Gazeta Torunska“, Pfarrer Wysinski von St. Marien, Bürogehilfe Wazniak und Malermeister Sulecki. Es liegt gegen diese der Verdacht des Vergehens gegen § 81, Abs. 4 des Strafgesetzbuches (Landesverrats-Paragraph) vor. Da die Verhaftungen zu Unruhen unter der polnischen Bevölkerung Anlaß geben konnten, wurde der Belagerungszustand über Thorn verhängt.“

Ein weiterer Vorfall, der ebenfalls beweist, daß die Polen gewillt waren, die Festung Thorn in ihre Hand zu bekommen, ereignete sich am Abend des 1. Februar 1919. Als der Kommandant eines Forts seine Posten abging, bemerkte er, daß sich zwei Trupps in Stärke von etwa 30 Mann dem benachbarten Fort näherten. Er rief die Leute an, worauf auf ihn zwei Schüsse abgegeben wurden. Erst durch ein heftiges Feuergefecht, das die Fortbesatzung eröffnete, wurden die Angreifer vertrieben.

Tatsächlich hatten die Polen die Absicht, Ende Januar bzw. Anfang Februar Westpreußen mit bewaffneter Hand zu nehmen. Die unverantwortliche Haltung deutscher Arbeiter- und Soldatenräte hätte ihnen — wie in Posen — den Erfolg gesichert. Bezeichnend ist der Aufruf des Thorner Arbeiter- und Soldatenrates:

Arbeiter! Soldaten!

Volksgenossen Westpreußens!

Eure westpreußische Heimat ist in Gefahr. Reaktionäre Elemente und sogenannte „Vaterlandsverteidiger“ sind am Werke, den Sozialismus und die Errungenschaften der Revolution zu zerstören, damit der alte Militarismus sich zur Gründung einer Junker- und Militärrepublik mit dem Kapitalismus die Hand reichen kann.

Sozialisten Westpreußens! Seid auf der Hut und erstickt derartige Bestrebungen sofort im Keimen! Wir wollen eine geeinigte deutsche Republik, die die Früchte der Revolution ausbauen soll. Laßt Euch nicht von Andersdenkenden beeinflussen und als Mittel zum Zweck einer Junkerherrschaft benutzen! Soldaten! Der alte Militarismus streckt wieder seine Fangarme nach Euch aus. Das alte Joch, das Ihr 4½ Jahre zur Genüge kennengelernt habt, soll Euch wieder blühen. Schon wird die Verteidigung unseres Ostens als Mittel für den Militarismus ausgenutzt. Wir fühlen uns alle als Deutsche und haben auch den festen Willen, unser deutsches Vaterland aus unserem eigenen freiheitlichen Gefühl heraus gegen fremde Übergriffe zu schützen.

Aber, Kameraden und Volksgenossen, hütet Euch und bedenkt, daß Ihr die Revolution gemacht habt, und daß Ihr die Führung behalten müßt. Verteidigt Euer Vaterland bei einem Angriff! Aber laßt Euch nicht durch falsche Worte betrügen, sonst werden später Eure Erfolge gegen Euch ausgenützt. Wir rufen Euch zu:

Sozialisten! Schützt Eure Heimat selbst und laßt Euch den „Heimatschutz“ nicht durch den Militarismus diktieren, der Euch wieder zum unbedingten Kadavergehorsam verdammt.

Raube. Böhme. Flöter. Urbanski. Goldak. Hinze.
Sokolowski. Makowski.

Also „der Heimatschutz“, der Grenzschutz, war die Gefahr, vor der gewarnt werden mußte. Man kann die Warnung verstehen, wenn man die Unterschriften unter dem Aufrufe liest. Raubes Bemühungen, die Festung Thorn den Polen auszuliefern, waren dem Grenzschutz Ost nicht unbekannt geblieben. Seiner Verhaftung entzog sich Raube leider rechtzeitig durch die Flucht. Er tauchte später in Danzig auf, wo durch seine Machenschaften über den Freistaat viel Unglück gebracht worden ist.

Wie weit die Vorbereitungen der Polen für den Aufstand bereits gediehen waren, besagt ein Flugblatt des Deutschen Volksrates für Westpreußen, das unter der Überschrift:

Die polnische Heeresorganisation in Westpreußen!
Alles zum Losschlagen bereit!

erschienen war.

Die Landung der polnischen Hallersoldaten in Danzig war als gegebener Zeitpunkt zum Losschlagen in Aussicht genommen. Auf die Versicherungen der Polen, daß sie nicht daran dächten, Westpreußen vor der Entscheidung durch die Friedenskonferenz mit Gewalt vom Deutschen Reiche loszutrennen und dem polnischen Staate anzugliedern, gaben die deutschen Volksräte nichts. Die Vorkommnisse in Posen waren eine furchtbare Warnung und Lehre für die Deutschen Westpreußens. Darum mußte das unheilvolle Wirken des Unterstaatssekretärs Helmut von Gerlach unbedingt bei der Reichsregierung ausgeschaltet werden. Mit einer entsprechenden Forderung wandte sich der Deutsche Volksrat an die zuständigen Stellen in Berlin. Diese Forderung wurde von den deutschen Volksräten in Westpreußen allgemein

unterstützt, und H. v. Gerlach mußte auch als „politischer Kulissenschieber“ offiziell verschwinden, leider viel zu spät.

Anfang Januar 1919 versandte der Oberste polnische Volksrat in Posen, dem auch Mitglieder aus Westpreußen angehörten — insbesondere gehörte dem Kommissariat des Obersten polnischen Volksrats von Posen Dr. v. Laczewski in Graudenz an —, den nachfolgenden Aufruf zur Bildung einer polnischen Armee und Zahlung von Beiträgen für das polnische Heer.

Polen!

Zur Verteidigung unserer heiligsten Güter gezwungen, sind wir zum Kampfe gegen die überfallenden Abteilungen des Heimatschutzes angetreten. Unser von patriotischem Geiste durchhauchtes Volk hat nicht länger die deutsche Provokation leiden können, und es hat in elementarer Gegenbewegung die Fesseln der Knechtschaft abgeworfen. Gestützt auf das Vertrauen der allgemeinen Gesamtheit, haben wir die Macht in unsere Hände übernommen zur Erhaltung der Ruhe und Ordnung sowie der öffentlichen Sicherheit für alle Einwohner des Landes ohne Unterschied der Konfession und der Nationalität.

Wir verlangen kein Blutvergießen, aber die einmal erlangte Macht lassen wir uns nicht entreißen. Obgleich wir zu jeder Zeit zu einem gerechten Waffenstillstand bereit sind, tobt der Kampf doch. Indem wir das Land vor der Raubsucht der sich mehrenden irregulären Banden (gemeint ist der Grenzschutz) sichern und die polnische Macht auf faktische Kraft stützen wollen, haben wir das Werk der militärischen Organisationen begonnen. Auf die ausgegebene Parole sind zahlreiche Scharen der tüchtigsten Söhne des Vaterlandes in die Reihen der polnischen Freiwilligen geeilt. Gegenwärtig handelt es sich darum, aus den bisher losen Abteilungen eine straffe und reguläre Armee herauszubilden, welche nicht nur für unser Teilgebiet, sondern auch für die Zukunft und auch für ganz Polen die Grundlage der Ordnung nach innen und der Sicherheit nach außen sein möchte.

Der weitere Inhalt des Aufrufes beschäftigt sich mit der Versorgung der polnischen Soldaten und fordert große freiwillige Geldopfer für das polnische Heer. Die Plünderung in Tuchel, Entwaffnung des Grenzschutzes in Berent, Kampf mit dem Militär in Czersk u. a. m. zeigen, wie weit die polnische Gefahr für Westpreußen bereits gediehen war. Ein bezeichnender Beleg dafür ist auch in dem Bericht des polnischen Kreisvolksrates Culm am 8. Januar 1919 an das Danziger Unterkommissariat enthalten, in dem es von den in Gründung befindlichen polnischen Volkswehren heißt:

„Die Volkswehren sollen z u r z e i t untätig sein, aber in Bereitschaft für den Fall einer Notwendigkeit bleiben.“ Durch die Verhaftung des Unterzahlmeisters Ryschlicki in Thorn waren die Satzungen der polnischen „Kriegervereine“ in deutsche Hand gelangt. Diese boten den klaren Beweis, daß die Polen mit den Gründungen von „Kriegervereinen“ tatsächlich gewaltsame und aggressive Absichten in Westpreußen verfolgten. Die Satzungen besagten folgendes:

I. (1) Man muß sich bemühen, möglichst viel tüchtige polnische Soldaten in die Soldatenräte hineinzubringen.

(2) Es ist von großer Wichtigkeit, daß die Polen Vertrauensleute bei der Post und Eisenbahn einstellen.

II. (1) Es müssen Sicherheitskompagnien gebildet werden, die den Reserveregimentern zuzuteilen sind.

(2) Die Aufgabe der Kompagnien soll es sein, Wachen bei Kasernen, Bahnhöfen, Versammlungen, Militärmagazinen sowie Stadtpatrouillen zu stellen.

(3) Für diese Kompagnien muß beim stellvertretenden Generalkommando von der Intendantur des V. K. A. ein Zahlmeister angefordert werden, der von der Regierung in Berlin die Löhne empfängt.

III. (1) Die Kreisorganisationen handeln im Einvernehmen mit den Militärorganisatoren für Stadt- und Landkreise.

(2) Die Militärorganisatoren sollen mit den Sokol- und Scout- (Pfadfinder-)Vereinen in Verbindung treten, um mit diesen die polnischen Soldaten gut ausbilden zu können.

IV. (1) In Städten, wo kein Militär ist, soll eine Bürgerwehr nach dem parlamentarischen Gesetz gegründet werden.

V. (1) Die Jahrgänge 96—99 sollen sich in den nächsten Garnisonstädten melden, jedoch nicht aus der Provinz herausgeschickt werden. Junge Leute von 17—20 Jahren, die im Sokolvereine keine Verwendung finden, sollen bei den Bürgerwehren eingestellt werden.

(2) Leute, die außerhalb der Provinz geschickt zu werden wünschen, sollen nach Kalisch oder Czenstochau geschickt werden, wo Posener Regimenter formiert werden.

VI. (1) Aus dem Felde zurückgekehrten Truppen, welche demobilisiert werden sollen, ist sämtliches Militärmaterial, das sie besitzen, abzunehmen. —

Die Satzungen sind nur auszugsweise wiedergegeben, doch geht aus diesem Auszuge zur Genüge hervor, daß die gewaltsame Losreißung Westpreußens beabsichtigt war. Man muß sich gegen diese Satzungen den Aufruf des Thorner Soldatenrates vor Augen halten, um seine ganze Erbärmlichkeit recht würdigen zu können. Die polnischen Volkswehren waren militärische Formationen, die der polnischen obersten Heeresleitung unterstanden.

Bei der Auflösung einer Versammlung des polnischen Kriegervereins Jednosz (Einigkeit) in Schönau, Kr. Schwetz, wurden ebenfalls wichtige Schriftstücke beschlagnahmt, die die hochverräterischen Bestrebungen der polnischen Kriegervereine klipp und klar beweisen.

Die deutschen Volksräte in Westpreußen standen diesen polnischen Bestrebungen nicht müßig gegenüber. Sie riefen die Deutschen ebenfalls zu den Waffen. Im Landkreise Thorn waren die Deutschen durchweg militärisch gut organisiert. Der deutsche Volksrat in Culmsee war hier mit bestem Beispiele vorangegangen. Die Bewachung der Stadt wurde der Regrostkompagnie (Abkürzung für Reserve-Grenzschutz Ost) übertragen. Dies besagt folgende Bekanntmachung:

„Von Montag den 2. Juni d. J. ab werden die Wachen und Patrouillen von der der 35. Infanterie-Division angegliederten

Regrostkompagnie Culmsee

gestellt, die dieselben Befugnisse wie die militärischen Wachen und Patrouillen haben.

Ihren Anordnungen ist unbedingt Folge zu leisten.

Culmsee, den 30. Mai 1919.

Die Ortskommandantur.
Meyer, Oberstleutnant.“

(Fortsetzung folgt.)

Die deutschen Dorfsiedlungen der Provinz Posen im 13. und 14. Jahrhundert.

(Fortsetzung.) Von **Hugo Ißmer**-Kassel.

4. Die deutsche Besiedlung Posens im 13. Jahrhundert.

Wir nennen 1210 das Ausgangsjahr der planmäßigen deutschen Siedlung, weil es als solches urkundlich verbürgt ist. Am 3. Juli 1210 überwies Herzog Wladislaus Odonicz, inmitten eines glänzenden Gefolges, in feierlicher Handlung an Winemar, den Abt des Zisterzienserklosters zu Schulpforta bei Naumburg an der Saale große Landstriche um seine Burg Priment (Kr. Bomst) als Schenkung zur Besiedlung mit Deutschen. Durch diesen Willensakt gab der Fürst kund, daß er die Klöster für die berufensten Vermittler bei der Ausführung dieses Kulturwerkes hielt. Und in der Tat, von ihnen ging in der Folgezeit Gründung und Besiedlung einer stattlichen Zahl von Dörfern mit Deutschen aus. Zu den Klöstern rechnen wir im folgenden, unter dem Allgemeinbegriff „Geistlichkeit“, auch die Bischöfe, Domkapitel und übrige Geistlichkeit.

Dem Beispiele der Landesherren und Geistlichkeit folgten dann auch die Adligen. So unterscheiden wir, soweit wir es urkundlich feststellen können, drei Ursprungsarten der Gründung: Siedlungen des Landesherrn (sofern von ihm die Gründung ausging), der Geistlichkeit und des Adels. Die Beamten des Landesfürsten wollen wir dem Adel zuweisen, weil nicht feststellbar ist, ob sie im Auftrage des Fürsten oder aus eigenem Antriebe die Gründungen vornahmen.

Wir finden in den Urkunden den Zusatz, daß die Dörfer mit „deutschem Recht“ gegründet wurden. Da die Opolebauern auf ihrer niedrigen Kulturstufe von diesem deutschen Recht gar keinen Gebrauch hätten machen können, so liegt es nahe, alle im 13. Jahrhundert gegründeten Dörfer als solche anzusprechen, die, zugleich mit deutschen Bauern besiedelt, als reindeutsche gelten können. Wie wertvoll man das deutsche Recht einschätzte, ersieht man daraus, daß Bischof Bogußal von Posen 1246 für alle Dörfer seines Bistums, desgleichen Erzbischof Johannes von Gnesen 1262 für die seinigen das deutsche Recht erwirkte.

G r ü n d u n g e n d e s L a n d e s h e r r n W l a d i s l a u s O d o n i c z.

1210 Kr. Bomst, Gursko, Mauche, Radstädt (Radomierz), Schleunchen.
Kr. Fraustadt, Bukwitz, Dommik,
Kr. Schmiegel, Dluzyn, Kluczewo, Siekowo,
Kr. Schrimm, Rienginki.

Alle diese Dörfer bestanden zwar schon, werden aber in der Schenkungsurkunde von 1210 und sind wohl auch mit deutschen Bauern besiedelt worden.

B o l e s l a u s V. (1227—1279).

1266 Kr. Gnesen, Siemianowo,
Kr. Schroda, Zerzen, Zerzykowo,
1272 Kr. Kolmar, Prochnowo,
Kr. Wreschen, Borzykowo,
1273 Kr. Fraustadt, Ober-Pritschen.

L e s z e k II., d e r S c h w a r z e, (1279—1289), Przemisl † 1296.

1280 Eine Anzahl Dörfer in der Umgegend von Kalisch. Obwohl diese Stadt nicht zur Provinz Posen gehört, führen wir sie an, da anzunehmen ist, daß sich unter diesen Dorfgründungen auch solche, westwärts von Kalisch, in Südposen befanden.
1284 Kr. Posen-Ost, Gurtschin,
1292 Kr. Schrimm, Drzonek, Rochowo.

G r ü n d u n g e n d e r G e i s t l i c h k e i t.

K l o s t e r L e k n o

1233 Kr. Wongrowitz, Panigrodz,
1282 Kr. Wongrowitz, Durowo, Kopaschin, Rgielsko.

K l o s t e r L u b n i c a - O l o b o k.

1250 Kr. Ostrowo, Olobok,

K l o s t e r T r e m e s s e n.

1247 Kr. Mogilno, Wilatowen (oder bereits 1239).

Kloster Obra.

1257 Kr. Bomst, Schilz (Siedlec),
1280 Kr. Bomst, Obra, Jazyniec,
1287 Kr. Bomst, Kielkowo.

St. Klarenkloster Gnesen.

1262 Kr. Gnesen, Rybno,
Kr. Obornik, Plawno,
1284 Kr. Gnesen, Winiary,
1295 Kr. Gnesen, Obora, Woznik, Zernik (Z. erhielt vor 1289 deutsches Stadtrecht),
1298 Kr. Witkowo, Grotkowo,
Kr. Wongrowitz, Stawiany.

Johanniterkonvent in Posen.

1268 Kr. Schroda, Siedlec.

Konvent der Kreuzherren in Hohensalza.

1268 Kr. Hohensalza, Batkowo, Marulewo.

Kloster St. Vinzenz in Breslau.

1280 Kr. Kempen, Opatow, Lenka Opatowska, Slupy.

Kloster Strelno.

1282 Kr. Hohensalza, Lojewo.

Dominikanerinnenkloster in Posen.

1282 Kr. Birnbaum, Bialokosch,
Kr. Kosten, Donatowo,
Kr. Samter, Roschki,
Kr. Schrimm, Grimsleben,
1296 Kr. Posen-Ost, Piontkowo.

Kloster Byszewo-Crone.

1286 Kr. Bromberg, Byszewo, Fünfeichen (Popielewo), Luczmin, Salno, Trischin, Wiensowno, Wierzchucin,
1288 Kr. Bromberg, Szczytki,
1289 Kr. Bromberg, Trensatz,
1292 Kr. Bromberg, Bösendorf (Zlawies).

Bistum Posen.

1290 Kr. Gostyn, Domachowo, Ziemlin,
1293 Kr. Posen-West, Kobylniki,
vor 1294 Kr. Wreschen, Galenzewo,
1296 Kr. Wongrowitz, Mrowinietz,
1297 Kr. Schmiegel, Lubnica,
um 1297 Kr. Posen-West, Komorniki,
1299 Kr. Schroda, Winagora.

Erzstift Gnesen.

1284 Kr. Strelno, Sokolniki,
Kr. Witkowo, Polanowo.

St. Adalbertskirche in Kalisch.

1294 Kr. Jarotschin, Breitenfeld.

Gründungen des Adels und der Beamten des Landesfürsten.

Erbherr Bogumil von Gorka.

1282 Kr. Kosten, Gorka.

Graf Peter Prusinowski.

1289 Kr. Krotoschin, Kobierno, Tomnice,
Kr. Jarotschin, Prusinowo.

Graf Johann von Galewo.

1291 Kr. Jarotschin, Radlin.

Graf Miroslaus.

1294 Kr. Schrimm, Jaszkowo, Mieczewo, Rogalin,
Kr. Schroda, Dembitsch, Luboniec, Pentkowo, Piglowice.

Thomislaus, Kastellan von Gnesen.

1284 Kr. Grätz, Otusch,
Kr. Obornik, Krenzoli,
Kr. Samter, Biezdrowo, Choyno, Gaj, Nojewo, Ottorowo, Pakanie, Peterawe,
Kr. Schwerin, Freude (Ociesze).

Stephan, Kastellan von Kröben.

1284 Kr. Gostyn, Podrzetsche,
Kr. Rawitsch, Görchen (später Stadt), Osiek, Slonskowo, Sowy,
Kr. Schrimm, Maslowo.

Boguslaus, Kastellan von Usch.

1288 Kr. Kolmar, Jaktorowo.

Graf Nikolaus, Wojewode von Gnesen und Kalisch.

1299 Kr. Jarotschin, Slupia.

Nikolaus, Wojewode von Pommern.

1296 Kr. Obornik, Erlenhain (Olszyna), Gosciejewo.

Thilo, herzoglicher Protonotar.

1286 Kr. Schroda, Giecz.

Petrus Winiarczyk, Hofdiener.

1289 Kr. Schroda, Lagiewniki, Wenglewo.

5. Die deutsche Einwanderung im polnischen Urteil.

Bischof Bogufal II. von Posen (um 1250) schreibt in seiner Chronik: „Wer weiß nicht, daß die Deutschen tüchtige und mutige Leute sind?“ Sonst aber war, wie übrigens bis in die jüngste Zeit, die polnische Geistlichkeit gegen die Deutschen eingenommen, gewiß aus dem ganz natürlichen Grunde, weil sie sich in ihrem Machtgebiet durch die Deutschen eingeengt fühlte. Waren doch in den Klöstern fast ausschließlich, in den Domkapiteln aber zahlreiche Deutsche. Und nun kam noch gar die Besiedelung polnischen Landes durch Deutsche. Der Kampf der polnischen Geistlichkeit führte zur Einberufung einer Landessynode (1257), auf der die Lehrtätigkeit der Deutschen von der Kenntnis der polnischen Sprache abhängig gemacht wurde. Es handelte sich um die Erklärung lateinischer Schriftsteller! Auf einer zweiten Landessynode (1285) wurde der Beschluß gefaßt, daß kein ausländischer Priester zum geistlichen Dienst oder zu einer kirchlichen Pfründe in Polen zugelassen würde außer mit ausdrücklicher Zustimmung des zuständigen Bischofs. Diese Bestimmung gilt übrigens auch heute noch in der katholischen Kirche überall, aber in damaliger Zeit mußte diese Maßnahme, zumal sie ja der Willkür ausgeliefert war, nur feindselig gedeutet werden, wenn man bedenkt, daß in Polen von der Einführung des Christentums an die ganze Folgezeit hindurch die deutsche Geistlichkeit, Weltpriester und Mönche, von den Landesfürsten gerufen, von den Bischöfen bisher nicht zurückgewiesen, gewirkt hatte.

Erzbischof Jakob von Gnesen richtete gar 1285 an die Kardinäle ein Schreiben, in dem es unter anderem heißt, daß „durch die Einwanderung der Deutschen, sowohl Ritter (!) als Kolonisten, vielfaches Unheil über Polen gekommen sei; denn das Volk würde durch die Deutschen der löblichen angestammten Rechte und Gewohnheiten beraubt“. Trotzdem gibt er (1284) seinem Dorfe Polanowo (Kr. Witkowo) deutsches Recht!

Auch der Adel zeigte sich in der Mehrzahl den deutschen Einwanderern feindselig gesinnt. Aus einem sehr verständlichen Grunde. Der für den polnischen Adligen frondende Bauer war unfrei, der deutsche Bauer aber frei; die Gefahr war groß, daß der Pole unter dem Einfluß der Deutschen eine höhere Kulturstufe erreichte und sich eines Tages seiner Fesseln entledigte.

Allein die Landesfürsten des 13. Jahrhunderts erkannten restlos die Segnungen der deutschen Siedelung an. Dies kommt auch in der stehenden Wendung bei Stiftungsurkunden zum Ausdruck: „Wir gründen die Stadt . . . zu deutschem Recht, da wir auf die Hebung unseres Landes, so wie es sich ziemt, bedacht sind.“

(Fortsetzung folgt.)

Neue Schenkungen.

Weitere Stiftungen und alle sonstigen Sendungen erbitten wir an die **Archivabteilung des Deutschen Ostbundes, Berlin W 9, Potsdamer Straße 13,** die überweisung von Geldsendungen für den Freundeskreis des Ost-Archivs auf das **Postscheckkonto des Deutschen Ostbundes,** Berlin 104 726, mit ausdrücklichem Bemerken: „Für den Freundeskreis . . .“

Es spendeten Bilder und Ansichten aus der verlorenen Ostmark, Bücher, Broschüren, Festschriften, Zeitungen aus der Notzeit, Hefte Posener Heimatzeitschriften, Ausweise aus der Kriegszeit,

Herr Betriebsdirektor Joseph Vogt, Berlin N. 31; Fräulein Gertrud Dorien, früher Crone (Brahe), jetzt Fürstenwalde (Oder); Herr Schriftsteller Gerhard von Gottberg, Stettin; Frau Gewerberat Ruth Heerdegen, Berlin W 9; Herr Obersteuersekretär Georg Heinrici, Landsberg (Warthe); Herr Dr. med. Arthur Müller, Berlin-Rosenthal, er spendete u. a. auch die Jahrgänge 1912—1917 des Kreisblatts des Kreises I Nordosten der Deutschen Turnerschaft (Reg.-Bez. Bromberg);

Herr Hotelbesitzer Wilhelm Dahms, Sellin auf Rügen, früher Lissa i. Pos., spendete die „Vermehrte Sammlung Geistlicher Lieder zum Gebrauch der Evang. Lutherischen Gemeine zu Lissa“ aus dem Jahre 1767;

Frau Oberpfarrer Bode, Buckow (Märk. Schweiz), aus dem Nachlaß ihres verstorbenen Gatten, des Landrats von Plettenberg, Kolmar i. Pos., u. a. verschiedene gebundene Jahrgänge der Kolmarer Kreiszeitung und ein Gipsmodell des Kolmarer Kriegerdenkmals;

Herr Bürgermeister a. D. Müller, Berlin SW. 61, u. a. außer dem Bibliothekskatalog der Kaiser-Wilhelm-Bibliothek von 1912 auch den gebundenen Jahrgang 1908 der Zeitschrift „Aus dem Posener Lande“;

Herr Lehrer Bininda, Vors. d. Ortsgr. Cammerau (Kr. Groß-Wartenberg-Land), zwei photographische Aufnahmen ermordeter Soldaten aus Rawitsch aus der Zeit des Polenaufstandes vom 27. Dezember 1918. Durch Herrn Bininda erhielten wir von einem Mitglied seiner Ortsgruppe eine größere Anzahl deutscher und polnischer Urkunden aus dem Anfang des 19. Jahrhunderts.

Besprechung.

Langenscheidts Taschenwörterbuch der russischen und deutschen Sprache. Neubearbeitung in neuer russischer Rechtschreibung. Teil I: Russisch-Deutsch von Karl Blattner. XVI, 564 Seiten. Ganzleinenband. 4,80 Mark. Langenscheidtsche Verlagsbuchhandlung (Prof. G. Langenscheidt) G. m. b. H., Berlin-Schöneberg.

Durch die neueingeführte russische Rechtschreibung und die vielen sprachlichen Veränderungen und Neubildungen auf allen Gebieten der Wissenschaft haben die Neubearbeitung des vorliegenden Taschenwörterbuchs veranlaßt. Durch Hinweis bei einzelnen Worten auf entsprechende Beispiele sind alle Zweifel hinsichtlich Deklination, Konjugation, Betonung usw. behoben; das langbewährte Aussprachesystem nach Toussaint-Langenscheidt erstrebt und ermöglicht Verlebendigung des sprachlichen Könnens. Durch dieses Wörterbuch hat der Verlag seine führende Stellung in allen Fragen alter und neuer Sprachwissenschaft aufs neue befestigt und ausgebaut.

Ptr.

Verantwortl. für die Schriftleitung: Dr. Franz Lüdtke, Berlin-Oranienburg. — Verlag: Deutscher Ostbund E.V., Berlin. Einsendungen an die Schriftleitung, Berlin W 9, Potsdamer Str. 13 (Fernruf Lützow 9120). — Druck: Hempel & Co. G. m. b. H., Berlin SW 68.